BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
19. Wahlperiode

Plenarprotokoll 19/39
04.11.2009

39. Sitzung

Mittwoch, 4. November 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten 2413

Ausscheiden des Abgeordneten Rüdiger Kruse CDU
Nachrücken der Abgeordneten Vera Jürs CDU 2413

Ergänzung und Änderung der **Tagesordnung** 2413

Aktuelle Stunde 2413

Fraktion der GAL:

Wer gegen wen? Kultur – Kommerz – Stadtentwicklung

mit

Fraktion der CDU:

Für ganz Hamburg – stadtverträgliche Entwicklung des Gängeviertels

und

Fraktion der SPD:

Gängeviertel – Stadtentwicklung nach dem Motto "Alles muss raus"

Dr. Eva Gümbel GAL 2413
Brigitta Martens CDU 2414
Dr. Christel Oldenburg SPD 2415
Norbert Hackbusch DIE LINKE 2416
Dr. Karin von Welck, Senatorin 2417
Jens Kerstan GAL 2418, 2427
Jörg Hamann CDU 2419, 2428
Andy Grote SPD 2420, 2425, 2429
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2421, 2426
Anja Hajduk, Senatorin 2422
Antje Möller GAL 2423
Dr. Lutz Mohaupt CDU 2424

Fraktion DIE LINKE :

Schwarz-grüne Haushaltsakrobatik – statt klarer Informationen planloser Aktionismus

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission
– Drs 19/4219 – 2429

Ergebnis 2433

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. März 2009 „Zusätzliche Betriebsprüfer für Hamburg“ Drs. 19/2361
– Drs 19/4275 – 2430

Jens Kerstan GAL 2430
Thomas Kreuzmann CDU 2431
Dr. Andreas Dressel SPD 2431
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2432

Kenntnisnahme 2433

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Zusätzliche Belastungen der Kommunen verhindern - weitere Absenkung des Bundeszuschusses für Kosten der Unterkunft und Heizung stoppen
– Drs 19/4399 – 2433

Elisabeth Baum DIE LINKE 2433
Egbert von Frankenberg CDU 2434
Elke Badde SPD 2435
Antje Möller GAL 2436
Dora Heyenn DIE LINKE 2436

Antrag wurde zurückgenommen 2436

Senatsmitteilung:

Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg
– Drs 19/4242 – 2436

Hjalmar Stemmann CDU 2436
Anja Domres SPD 2438
Linda Heitmann GAL 2439
Kersten Artus DIE LINKE 2440

Beschluss, Kenntnisnahme 2442

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3921:

1. Anpassung des Haushaltsplans 2009/2010 auf der Grundlage der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009 und der Konjunkturmaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Entwurf eines Gesetzes über das "Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg" zur Finanzierung des Doppelhaushalts 2009/2010 und der Folgejahre (Senatsantrag)
– Drs 19/4327 – 2442

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Haushaltsanpassung in der Wirtschafts- und Finanzkrise
– Drs 19/4491 – 2442

Dr. Peter Tschentscher SPD 2442, 2450
Roland Heintze CDU 2444
Jens Kerstan GAL 2446, 2452
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2448

Beschlüsse 2453

Antrag der Fraktion der CDU:

Lücken in der Forschungsförderung schließen – Vermarktung von Erfindungen stärken
– Drs 19/4404 – 2454

Beschluss 2454

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Subsidiaritätskontrolle und Mitwirkungsmöglichkeiten
– Drs 19/4405 – 2454

Bettina Machaczek CDU 2454
Rolf-Dieter Klooß SPD 2455
Michael Gwosdz GAL 2456
Christiane Schneider DIE LINKE 2457

Beschlüsse 2458

Antrag der Fraktion der SPD:

Hamburg setzt ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen
– Drs 19/4278 (Neufassung) – 2458

dazu

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Wanderausstellung "Tatmotiv Ehre" erweitern – Gewalt gegen Frauen in Deutschland sichtbar machen
– Drs 19/4490 – 2458

und

Antrag der Fraktion der GAL:

Internationaler Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen" 2009 – zehn Jahre UN-Gedenktag
– Drs 19/4504 – 2458

Gabi Dobusch SPD 2458, 2463
Karen Koop CDU 2459
Nebahat Güclü GAL 2460, 2462
Kersten Artus DIE LINKE 2461
Antje Möller GAL 2463

Beschlüsse 2464

Bericht des Eingabenausschusses

Eingaben
– Drs 19/4204 – 2464

Bericht des Eingabenausschusses

Eingaben
– Drs 19/4205 – 2464

Beschlüsse 2464

Sammelübersicht 2464

Beschlüsse 2464

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet (II)
– Drs 19/3835 – 2464

Christiane Schneider DIE LINKE 2464
André Trepoll CDU 2466
Jenny Weggen GAL 2466
Dr. Monika Schaal SPD 2467

Beschluss, Kenntnisnahme 2467

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 27. Mai 2009 "Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg" Drs. 19/3177
– Drs 19/4171 – 2467

Beschluss, Kenntnisnahme 2467

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3192:

Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP) Haushaltsplan 2009/2010 Äußere Erschließung Verkehrsinfrastruktur HafenCity (Teil 4), Westliche Anbindung der HafenCity (Senatsantrag)
– Drs 19/4169 – 2468

Beschlüsse 2468

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3856:

Planung und Errichtung des "Rathausforums Harburg" als neues Verwaltungszentrum im Bezirk Harburg Errichtung, Anmietung und Einrichtung des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt sowie des Sozialen Dienstleistungszentrums (Senatsantrag)
– Drs 19/4178 – 2468

Beschlüsse 2468

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3756:

Haushaltsplan 2009/2010 Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres Kapitel 8520 – Wasserschutzpolizei-Schule, Titel 8520.511.63, Verpflichtungsermächtigung für den Neuabschluss eines Wartungsvertrages für die Hard- und Software der Radarsimulationsanlage (Senatsantrag)
– Drs 19/4394 – 2468

Beschlüsse 2468

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3789:

Realisierung des "Hauses des Waldes" im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes hier: Bereitstellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts zugunsten der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hamburg e.V. (SDW) (Senatsantrag)
– Drs 19/4395 – 2468

Beschlüsse 2468

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3857:

Haushaltsplan 2009/2010 Abschlussbericht zur Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens "Schriftgut Hamburger Archive und Bibliotheken retten – Säurefraß stoppen!" (Drucksache 18/4851 vom 24. August 2006) Nachforderung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2010 a) 800 Tsd. Euro bei dem Titel 3660.971.20 "Maßnahmen zum Erhalt säuregefährdeter Bestände in wissenschaftlichen Bibliotheken" b) 200 Tsd. Euro bei dem Titel 3750.971.01 "Maßnahmen zum Schutz vor Papierzerfall und Säurefraß" (Senatsantrag)
– Drs 19/4396 – 2469

Beschlüsse 2469

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3988:

Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung, Kapitel 3410 "Förderung der außeruniversitären Forschung" hier: 1. Nachforderung von Haushaltsmitteln (Zuweisung an die Max-Planck-Gesellschaft – MPG –) 2. Planungsänderung mit Mehrkosten (Investitionsmaßnahme PETRA III beim DESY) (Senatsantrag)
– Drs 19/4397 – 2469

Beschlüsse 2469

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3584:

Bezirkliche Seniorenarbeit und Verstärkung des bezirklichen Sozialraummanagements (Senatsantrag)
– Drs 19/4457 – 2469

Beschlüsse 2469

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Bücherhallen Iserbrook und Rissen geöffnet lassen
– Drs 19/4398 – 2470

Beschlüsse 2470

Antrag der Fraktion der GAL:

Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken hier: Ergänzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII
– Drs 19/4407 – 2470

Beschlüsse 2470

Antrag der Fraktion der SPD:

Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zum "Fall Lara"
– Drs 19/4420 – 2470

Beschluss 2470

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich beginne zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Diese gehen heute an den Vizepräsidenten Ploog. Herzlichen Glückwunsch im Namen des gesamten Hauses.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mit Schreiben vom 21. Oktober hat mir der ehemalige Abgeordnete Rüdiger Kruse mitgeteilt, dass er sein Bürgerschaftsmandat zum 31. Oktober 2009 niederlegt. Herr Kruse war seit Oktober 2001 Mitglied der Bürgerschaft und wirkte in zahlreichen Ausschüssen, insbesondere im Europa-, Umwelt-, Kultur- und im Haushaltsausschuss, mit, dessen Vorsitz er seit Juni 2009 innehatte. Er war zudem in der 17. Wahlperiode Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Personalentscheidungen und in der 18. Wahlperiode Mitglied im Sonderausschuss Verwaltungsreform. Seit März 2004 gehörte er dem Fraktionsvorstand der CDU-Fraktion an.

Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Herrn Kruse für die geleistete Arbeit und wünsche ihm für seine neuen Aufgaben in Berlin Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach Mitteilung der Kreis- und Bezirkswahlleitung im Bezirk Eimsbüttel ist nach der Wahlkreisliste 7 der CDU Frau Vera Jürs nachgerückt. Liebe Frau Jürs, Sie waren in der Vergangenheit schon einige Zeit Mitglied der Bürgerschaft und sind insofern bestens mit den Aufgaben vertraut. Ich begrüße Sie herzlich wieder in unserer Mitte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um einen weiteren Punkt ergänzt wird. Es handelt sich dabei um den Bericht des Haushaltausschusses aus Drucksache 19/4457, der als Tagesordnungspunkt 32a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Die Drucksache liegt Ihnen vor.

Darüber hinaus haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, dass der Tagesordnungspunkt 45 vertagt werden soll. Dabei handelt es sich um den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/4277.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

> Wer gegen wen? Kultur – Kommerz – Stadtentwicklung

von der Fraktion DIE LINKE

> Schwarz-grüne Haushaltsakrobatik – statt klarer Informationen planloser Aktionismus

von der CDU-Fraktion

> Für ganz Hamburg – stadtverträgliche Entwicklung des Gängeviertels

und von der SPD-Fraktion

> Gängeviertel – Stadtentwicklungspolitik nach dem Motto: "Alles muss raus"

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste, dritte und vierte Thema gemeinsam debattieren zu wollen. Ich rufe sodann zur ersten Debatte auf. Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es sei mir gestattet, an dieser Stelle das erste Wort an die Künstler zu richten. Ich möchte Ihnen ganz besonders für das besonnene Verhalten in den letzten Wochen – man kann schon sagen, in den letzten zwei Monaten – danken. Ich glaube, ich kann das im Namen aller hier in diesem Hause tun. Wir wissen alle, wie schwierig es ist, viele verschiedene Gruppen unter einen Hut zu bekommen. Das ist Ihnen außerordentlich gut gelungen. Ich möchte Sie zu Ihrem Motto "Wir machen Kunst, keinen Krawall!" beglückwünschen.

Diese Worte des Dankes erlaube ich mir, ohne mich dem Vorwurf aussetzen zu wollen, die Künstler in irgendeiner Weise zu vereinnahmen. Diese Auseinandersetzung ist sehr wichtig für uns, das möchte ich deutlich sagen. Der Streit ist wichtig für die Stadt und für uns, auch wenn er für uns GALier nicht immer einfach ist, nicht, weil er in der Sache schwierig wäre, sondern weil er für uns als Regierungsfraktion schwierig ist. Uns eröffnen sich jetzt andere Handlungs- und Kommunikationswege als die, die wir aus der Opposition kannten, wobei klar ist, dass wir davon ausgehen, jetzt die effektiveren Instrumente zum Erreichen unserer politischen Ziele in der Hand zu haben.

> (*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das wird sich noch zeigen!)

– Ja, das wird sich zeigen, daran werden wir uns gerne messen lassen, Herr Dressel.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Debatte, die wir jetzt führen, weist weit über das Gängeviertel hinaus. Sie zielt im Kern auf die Frage, wie wir leben wollen und ob wir Kunst und Kultur dazu brauchen.

(Dr. Eva Gümbel)

Kultur hat eine besondere Bedeutung für uns Grüne; ihre Förderung ist uns wichtig. Wir haben das Konzept "Kreative Stadt" entwickelt und Kultur zum Kern grüner Stadtpolitik in Hamburg gemacht. Kultur hat einen großen Stellenwert bei der Entwicklung von Städten, aber Kultur ist natürlich weit mehr als Standortpolitik. Deshalb – das sei den Unterzeichnern des Künstlermanifestes geantwortet – haben wir den Kulturetat um 7 Prozent angehoben.

Wir führen einen offenen Dialog mit allen, die sich in dieser Stadt zu Wort melden, was aber nicht gleichzusetzen ist mit der kritiklosen Übernahme der Position unseres Gegenübers. Angefangen beim Gängeviertel über das BNQ bis hin zum Frappant setzen wir uns in der Sache mit der jeweiligen Problematik auseinander und kommen zu unterschiedlichen Lösungen. Der Verrats-Vorwurf aus der alten, linken Mottenkiste trifft mich nicht.

Nach unserem Verständnis dient Kultur in erster Linie der Selbstvergewisserung und Selbstreflektion einer Gesellschaft. Sie ist ein wichtiges und notwendiges Forum, um die Frage nach der Art unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu beantworten. Die Künstler im Gängeviertel stellen diese Frage mit Vehemenz und finden im Stadtraum Resonanz. An sich ist das eine paradoxe Situation, denn gerade hier waren die Verhältnisse eigentlich geklärt. Es gab einen gültigen Vertrag mit dem Investor, der vor allem eines will, nämlich Geld verdienen. Jetzt hat er die Künstler mit einer Räumungsklage überzogen. In erster Instanz hat er verloren; die Güteverhandlung vor dem Oberlandesgericht findet gerade statt.

Jahrelang haben die politischen Akteure, egal welcher Couleur, hat die gesamte Öffentlichkeit wenig Interesse an diesem Quartier gezeigt. Sie waren sogar froh, mit Hanzevast einen Investor gefunden zu haben. Heute sieht das anders aus. Das Gängeviertel funktioniert wie ein Brennglas und lässt die unterschiedlichen Antworten auf die Frage, wie wir leben wollen, deutlich zutage treten.

Diese hier stellvertretend geführte Auseinandersetzung begrüßen wir ausdrücklich, denn sie kennzeichnet eine lebendige Bürgergesellschaft. Solch eine lebendige Bürgergesellschaft ist der Kern grünen Politikverständnisses.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wir treten deshalb dafür ein, dass sich Bürgerinnen und Bürger zu Wort melden, dass sie ihre Vorstellungen artikulieren und argumentieren. Wir treten dafür ein, dass im Stadtraum unterschiedliche Lebenskonzepte gelebt werden können, dass die Subkultur in dieser Stadt gefördert wird und sie Orte hat, um sich zu entwickeln, gerade weil die Subkultur das Laboratorium ist, in dem noch außerhalb des etablierten Kunstbetriebes experimentiert werden kann.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ein Satz noch, Frau Abgeordnete.

Dr. Eva Gümbel (fortfahrend): Unser erklärter politischer Wille ist es, dass der Senat sich dafür einsetzt, ein neues Nutzungskonzept im Gängeviertel zu entwickeln, das die Belange des Denkmalschutzes, die Interessen des Investors und die Anliegen der Künstler miteinander verbindet. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Martens.

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass ich es gegenwärtig sehr schwierig finde, die lauten von den leisen und die einseitigen von den konstruktiven Stimmen der erklärten Künstlerschaft der Stadt zu trennen.

Auf der einen Seite steht das Manifest "Not in our Name, Marke Hamburg". Hier wird unisono ein Widerstand gegen die Aufschickung der Viertel in Hamburg artikuliert. Auf der anderen Seite spreche ich mit einzelnen Künstlern und Künstlergruppen, die intensiv die Gespräche mit der Stadt suchen. Beispiele dafür sind die uns allen bekannten Künstler der Initiative "Komm in die Gänge" oder die SKAM-Gruppe aus dem Frappant. Bei der Kulturlounge der CDU-Fraktion zum Themenbereich Kunst im öffentlichen Raum sind ganz klar die extrem unterschiedlichen Positionen der Künstlerschaft hervorgetreten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Aha!)

Die einen wollen Teil der Stadtentwicklung sein und diesen Prozess nachhaltig mitgestalten – dazu gehören auch Wettbewerbe –, die anderen wollen bewusst intervenieren und Protest ausüben. Dieses Spannungsfeld kann und soll auch gar nicht gelöst werden; es ist Spiegelbild unserer Gesellschaft.

Es gibt nicht den Künstler oder die Künstlerschaft. Ich habe in unzähligen Diskussionen mit Kreativen gelernt, nicht über die Künstler, sondern mit den Künstlern zu reden. Und genau das, meine Damen und Herren, macht die Stadt zurzeit intensiv – selbst das Immobilienmanagement.

Das bedeutet konkret für das Gängeviertel: Die Stadt hat sich – entgegen des Vorwurfes der Opposition, lieber Andy Grote – ganz klar positioniert.

(*Andy Grote SPD:* Wie ist denn die Position? Sagen Sie das doch mal!)

(Brigitta Martens)

Wir werden in fortschreitenden Gesprächen von Anfang an mit den Künstlern aus dem Gängeviertel Wege der Entwicklung für das Quartier suchen. Das Ganze ist aber vor dem uns allen bekannten Hintergrund der bestehenden Verträge mit dem Investor Hanzevast sehr schwierig. Es liegt in der Natur der Sache, solche Verhandlungen nicht öffentlich zu führen. Ich weiß, das ärgert die Opposition, aber das ist Fakt.

Der Weg ist klar.

(*Andy Grote SPD:* Der Weg ist das Ziel!)

Die Stadt verhandelt mit dem Investor Hanzevast und lotet parallel in weiteren Gesprächen die Spielräume für eine denkmalgerechte und finanzierbare Lösung aus.

Meine Damen und Herren! Es gibt generell keine allgemeingültige Lösung, kein Patentrezept für Stadtentwicklung, kein richtig oder falsch,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das, was Sie machen, ist falsch!)

außer, den Weg zu gehen, den Hamburg geht. Jedes Quartier ist individuell in seinem historischen Kontext zu betrachten und mit den Bürgern gemeinsam zu entwickeln. Deshalb ist die Situation bei Frappant in Altona eine andere als die Situation im Gängeviertel und die Entwicklung der Veringhöfe in Wilhelmsburg ist wiederum anders.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Tosender Beifall!)

Kultur bedeutet für mich als Kulturpolitikerin ganz klar, den Rahmen für Vielfalt in der Stadt zu gewährleisten. Es muss nicht jeder Bürger in die Oper oder in Musikclubs gehen, aber es muss jeder Bürger die Möglichkeit dazu haben, der Tourist genauso wie der Hamburger. Die CDU setzt dem Manifest ganz klar entgegen: Recht auf kulturelle Bildung, Recht auf kulturelle Vielfalt, von der Elbphilharmonie bis zur Geschichtswerkstatt. Ein Geist geht um.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Oldenburg.

Dr. Christel Oldenburg SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

"Eine Stadt ist keine Marke. Eine Stadt ist auch kein Unternehmen. Eine Stadt ist ein Gemeinwesen."

So lautet eine entscheidende Passage im Künstlermanifest "Not in our Name, Marke Hamburg". Das sind einfache, wahre Sätze, die, so hoffe ich, jeder hier unterschreiben könnte. Es ist beschämend, dass die Regierenden so eindringlich an sie erinnert werden müssen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Über Kultur, Subkultur, Freiräume und Politik ist in Hamburg eine heftige Debatte entbrannt. Das ist notwendig und gut so, denn Hamburg ist keine Marke und darf auch nicht zu einer Marke herabgewürdigt werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Der Vorwurf der Künstler lautet: Der Senat missbraucht Künstler und Kreative als Standortfaktoren. Er spannt sie vor seinen Werbekarren und versucht, mit der etablierten und subkulturellen Szene Touristen nach Hamburg zu locken. All das wäre ja noch gar nicht so schlimm, wenn nicht die Bedingungen für die bildenden Künstler, für die freien darstellenden Künstler, für viele Musikclubs und die Kreativszene so elendig schlecht wären. Es gibt eben kaum noch bezahlbare Atelierräume, bezahlbare Proberäume oder Studios, Räume mit niedrigen Mieten für Livemusik-Clubs oder bezahlbare Gewerberäume. Die geplante Kreativagentur soll jetzt alles zum Besten richten. Das ist bislang ein leeres Versprechen und ich befürchte, das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Im Kulturhaushalt wurde der Etat für bildende Kunst schon vor Jahren auf 250 000 Euro halbiert und bislang nicht wieder aufgestockt. Da nützt es auch nichts, wenn die GAL auf die Etatzuwächse für Stadtteilkultur und Musikszene verweist. Es kann einem ganz schwindelig werden, wenn man daran denkt, wie viel Gutes man mit diesem Geld machen könnte. Da stehen plötzlich Summen von wenigen 100 000 Euro 100 Millionen Euro alleine an Mehrkosten für die Elbphilharmonie gegenüber. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, was man mit diesem Geld alles anfangen könnte. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, Hamburg wäre sehr, sehr viel bunter und damit auch wesentlich attraktiver als heute.

(Beifall bei der SPD)

Zu Recht befürchten Künstler und Kreative, dass sie die ersten sein werden, die in der Finanz- und Haushaltskrise bezahlen müssen, und zwar doppelt: Künstler werden wegen der steigenden Mieten aus den Szenevierteln in die Randlagen der Stadt verdrängt und haben weniger Mittel aus dem Kulturhaushalt zu erwarten. Trotz bester Ausbildung und hohem künstlerischen Niveau ist es vielen nicht mehr möglich, ihren Lebensunterhalt ohne Unterstützung zu bestreiten; selbst Künstler ohne Krankenversicherung sind keine Seltenheit mehr.

Eine verfehlte Stadtentwicklungspolitik hat dazu beigetragen, dass der Markt für Sozialwohnungen leergefegt ist. Schon seit Wochen geht durch die

(Dr. Christel Oldenburg)

Presse, dass die Sparvorgaben des Senats besonders die Kultur treffen werden. Da kann man nur hoffen, dass die publizistische Gegenbewegung Früchte trägt und am Kulturhaushalt eben nicht gespart wird.

Dass die Kultur in Hamburg auch noch gut und gerne 30 Millionen Euro mehr gebrauchen könnte, hat sogar schon die CDU erkannt; noch einmal einen schönen Gruß an Herrn Kruse.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt muss ein lebendiges und vielschichtiges Gebilde mit all ihren Facetten bleiben. Hamburg braucht keine von Quartiersmanagern entwickelte Kreativlandschaft. Wir brauchen Hamburgs Subkultur mehr denn je. Wir brauchen Freiräume, Gegenentwürfe und Utopien von einem anderen, besseren Leben jenseits von Kommerzialisierung, Konkurrenzdruck und Angst.

Meine Damen und Herren! Das ist noch nicht einmal Ideologie, was ich Ihnen hier sage, sondern das ist eine Grundkonstante unseres Daseins. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir jetzt am Anfang dieser Debatte von Seiten der Regierung gehört haben, war natürlich alles andere als ein klares Wort, wie sie mit diesem Konflikt umgehen will. Wir haben stattdessen stammelnde Berichte gehört, aus denen nicht ersichtlich wurde, welchen Weg sie denn nun wirklich einschlagen will.

An einer Sache zeigt sich deutlich die Crux der gesamten Auseinandersetzung: Hier reden – wie immer in vergleichbaren Situationen, – die netten kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen und nicht diejenigen, die für den Besitz verantwortlich sind; die Sprecher für den Bereich Immobilien oder die Finanzexperten zum Beispiel. Solche Spielchen der Regierung gehören sich nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das zeigt, dass Sie mit dieser Frage nicht ernsthaft umgehen. Da ist kein Geist, der herumgeht.

Es geht darum, dass wir die Auseinandersetzung und das, was im Gängeviertel geschehen ist, gemeinsam ernst nehmen. In Ihren Beiträgen klang das immerhin an. Das mit dem "sozialistischen Streichelzoo" habe ich heute zumindest noch nicht gehört – vielleicht kommt das ja noch –

(*Ingo Egloff SPD:* Nee, der darf nicht!)

und das mit dem "bornierten Kultursozialismus" auch noch nicht; wir werden sehen.

Wenn man diese Auseinandersetzung aber ernsthaft betreibt, dann muss man zu Selbstkritik in der Lage sein – das gilt übrigens auch ein bisschen für die SPD, Ihre schönen Worte finde ich im Moment noch nicht so richtig beruhigend –, eine Selbstkritik, die bekennt, dass die Stadt im Zusammenhang mit dem Gängeviertel in den letzten Jahren einen riesigen Fehler gemacht hat. Man kann diese Art und Weise von Höchstpreisverfahren nicht weiter durchführen, wenn man die denkenden Momente in dieser Stadt erhalten will. Das ist ein entscheidender Punkt. Es ist meiner Meinung nach notwendig, dass die Regierung diese Selbstkritik hier auch einmal formuliert.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man sagt, man wolle das Gängeviertel erhalten, dann gibt es keinen Kompromiss, dann muss man das Ensemble Gängeviertel so, wie es jetzt existiert, als Gesamtheit erhalten. Das ist die einzige Möglichkeit. Auch dazu fehlen mir hier klare Worte.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen nicht, dass im Gängeviertel ein paar schicke Büros neben einigen schicken Ateliers eingerichtet werden. Eine Situation wie bei den Hackeschen Höfen ist keine Lösung. Es würde nicht das ursprüngliche Ensemble Gängeviertel bestehen bleiben und damit genau der falsche Weg eingeschlagen werden, wie es die Künstler ja auch gegenwärtig kritisieren. Genau das befürchte ich bei Ihnen.

Es geht um die soziale Situation in dieser Stadt; das ist auch wichtig. Es betrifft nicht nur die Künstler, die keine Möglichkeit mehr haben, irgendwo günstig Ateliers zu bekommen. Die Künstler sagen es in ihrem Manifest deutlich, dass die sozial Schwachen in weiten Teilen der Stadt betroffen sind. Es gibt viele Menschen im inneren Bereich der Stadt, die hier kein "Recht auf Stadt" mehr haben, sondern vertrieben werden. Die Künstler selber sind nur ein Teil von ihnen. Ich finde es toll und sehe es als einen Fortschritt an, dass sie nun gemeinsam mit anderen Initiativen sagen: Wir wollen, dass es in dieser Stadt nicht so weiter geht wie bisher, wir wollen ein "Recht auf Stadt". Ich finde, es ist eine vornehme Aufgabe, das zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das würde aber bedeuten, dass wir einen kräftigen Bruch machen. Frau Martens hat so ganz nebenbei deutlich gemacht, wie die Situation ist. Sie sagte, sogar – das hat sie betont – das Immobilienmanagement sei jetzt bei den Gesprächen dabei. Dabei ist das eine Selbstverständlichkeit. Wir brauchen diese Immobilien, um in der Lage zu sein, eine gute Stadtentwicklung zu haben. Ich habe bei

(Norbert Hackbusch)

der CDU schon lange den Verdacht, dass ihr durch ihre Verbindungen zum Immobilienmanagement – durchaus auch zum privaten Immobilienmanagement – die Interessen der Immobilienhaie wichtiger sind als ihr Interesse an einer guten Entwicklung dieser Stadt.

> (Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Kai Voet van Vormizeele CDU:* Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir werden diese Auseinandersetzung weiter verfolgen und ihre Auswirkungen feststellen können. Das bedeutet für das Gängeviertel: Es gibt keinen Kompromiss zwischen dem Investor und der Initiative im Gängeviertel. Es ist nicht vorstellbar, dass der Investor eine gute Lösung hervorbringt. Es muss gebrochen werden mit dieser Logik und es muss gebrochen werden mit diesem Investor, sonst kann das Gängeviertel nicht die Aufgabe erfüllen, die wir hier alle so schön und einvernehmlich bereden. Das ist der entscheidende Punkt, an dem sich die kreative Politik des Senats zeigen wird. Wenn er nicht in der Lage ist, diesen Schritt zu machen, sind seine Tage kürzer als die Legislaturperiode.

> (Beifall bei der LINKEN – *Frank Schira CDU:* Das glaubt er selbst nicht!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Professor von Welck.

> (*Ingo Egloff SPD:* Alles wird gut!)

Senatorin Dr. Karin von Welck: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stimme Frau Dr. Gümbel völlig zu: Die Debatte um Kunst und Kultur in unserer Stadt, die Debatte um das Gängeviertel ist wichtig und überfällig. Dass diese Debatte mit Umsicht und Besonnenheit geführt wird, das ist nicht nur neu, das ist auch gut für Hamburg.

Wir leben schon lange nicht mehr in einer Welt klarer Gegensätze. Rechts und links, konservativ und progressiv, das war gestern. Heute geht es um gemeinsame Verantwortung. Es geht um den Ausgleich von Interessen und um Lösungen unter schwierigen finanziellen Bedingungen.

Wir brauchen nicht daran erinnert zu werden, dass die Stadt ein Gemeinwesen ist, liebe Frau Oldenburg, und deswegen haben wir auch mit den Künstlern von "Komm in die Gänge" das Gespräch gesucht. Die Künstler haben die ganze Stadt – Senat, Bezirke und Bürger – auf zwei Probleme hingewiesen: Den Mangel an Raum für Kreative und die Notwendigkeit, mit Denkmälern sorgsam umzugehen.

Erinnern wir uns. Noch vor einem Jahr sah die Situation im Gängeviertel vollkommen anders aus. Nach langem Streit und heftigen Auseinandersetzungen schien endlich ein Investor gefunden zu sein, der die letzten Reste des Gängeviertels sichern sollte. Der zuständige Bezirksamtsleiter verkündete damals nicht ohne Stolz: Ende gut, alles gut. Auch der Chef der SPD in Hamburg-Mitte stellte fest, dass es für dieses Stück von Hamburg einen wichtigen Schritt nach vorne gegeben habe. Und heute, nur ein Jahr später, waren alle immer schon für den Denkmalschutz, waren alle immer schon für bezahlbaren Raum für Kreative und so weiter. Aber das spielt jetzt eigentlich keine Rolle mehr. Ich bin einfach nur froh, dass diese Themen endlich jenseits von Fachkreisen diskutiert werden. Ich bin froh, dass die Medien darüber berichten und die Leute darüber auf der Straße diskutieren.

Wir konnten in den letzten Jahren ja auch schon eine ganze Menge bewegen. Im Mai dieses Jahres ist es uns nach langer Vorarbeit gelungen, das Denkmalschutzamt in unserer Stadt personell besser auszustatten. Endlich können die Denkmalschützer ihre Aufgaben so erledigen, wie es in einer Metropole wie Hamburg notwendig ist, denn unser Ziel ist es, die Bausubstanz der Vergangenheit für die Zukunft zu erhalten. Wir haben auch mehr Künstlerateliers eingerichtet, oft mit Hilfe von privaten Mäzenen, aber der große Bedarf konnte bislang nicht gedeckt werden. Das zeigt uns die Gängeviertelinitiative, das zeigen auch die Künstler im Frappant an der Großen Bergstraße.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen die kreative Kraft der Künstler für unser Gemeinwesen. Die Künstler ihrerseits brauchen Raum, und diesen Raum muss Hamburg bieten. Es stimmt aber einfach nicht, dass es in Hamburg keine Flächen für Künstler gibt. Das haben viel zu viele Leute viel zu lange geglaubt. Unsere Recherchen haben das Gegenteil ergeben: Es gibt Flächen. Man muss nur die Besitzer identifizieren und sie davon überzeugen, dass die Nutzung durch Künstler Sinn macht, auf jeden Fall mehr Sinn als Leerstand. Mittlerweile haben wir eine ganze Liste solcher Gebäude. Es wird Aufgabe der Kreativagentur sein, diese Immobilien zu vermitteln. Erste Objekte sind bereits vergeben. Diese Kreativimmobilien sind selbstverständlich nicht nur für bildende Künstler notwendig, sie sind es zum Beispiel auch für Musiker und für die Clubszene, die hier in Hamburg so ungemein lebendig ist. Natürlich weiß auch ich um die aktuellen Probleme der drei Clubs an der Sternbrücke. Wir arbeiten hier gemeinsam an einer Lösung, aber damit können und wollen wir uns natürlich nicht zufrieden geben.

Wie geht es jetzt ganz konkret weiter mit dem Gängeviertel? Letzten Dienstag hat der Senat beschlossen, in alle Richtungen zu verhandeln und die Gängeviertelinitiative in die Überarbeitung der städtebaulichen Planungen einzubeziehen. Die Gespräche laufen und ich kann Ihnen versichern, die Gespräche laufen gut. Aber ich bitte Sie um Verständnis, dass hier keine Zwischenstände ver-

(Senatorin Dr. Karin von Welck)

kündet werden können, sonst gefährden wir womöglich einen guten Abschluss. Ich muss allerdings zugeben, dass wir erstaunt sind, dass der Investor in der Öffentlichkeit Sympathie für die Anliegen der Künstler bekundet und Entgegenkommen signalisiert und dann einen Gerichtsentscheid anstrebt, um die Künstler aus den verbleibenden Gebäuden herauszuklagen.

Grundsätzlich aber gilt für das Gängeviertel genauso wie für Frappant: Es gibt keine Patentrezepte, nur individuelle Lösungen. Das hat auch der Bürgermeister noch einmal sehr deutlich gesagt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Haushaltslage und Stadtentwicklung, ökonomische Vernunft und ökologische Verantwortung, Denkmalschutz und kulturelle Ausstrahlung, das muss in jedem einzelnen Fall abgewogen werden. Nichts weniger ist unsere Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die großen Aufreger in dieser Stadt, das Gängeviertel, auch die Elbphilharmonie, sind Themen, die nicht selbstverständlich sind in dieser Kaufmannsstadt. Als wir Grüne vor vielen Jahren gesagt haben, Hamburg sei mehr als Handel und Hafen, wurde das noch als Provokation gesehen. Dass eine Situation, in der die ganze Stadt über Kulturpolitik, über Stadtteilpolitik, über das, was ein Gemeinwesen lebenswert macht und ob Kultur dazugehört, eine so zentrale Debatte in dieser Stadt auslöst, haben wir uns eigentlich immer gewünscht, als wir unser Leitbild "Kreative Stadt " geprägt haben.

(*Carola Veit SPD:* Ach so! – *Dirk Kienscherf SPD:* Das haben Sie also extra gemacht mit dem Investor!)

Insofern sehen wir das auch als einen Erfolg an, weil in dieser Stadt, in der Kaufmannsstadt, über Kultur gestritten wird, und zwar nicht nur die Kulturszene, sondern die ganze Stadt; das ist ein großer Schritt nach vorne.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Beigetragen dazu hat natürlich, dass wir dafür gesorgt haben, dass Anliegen der Bürger nicht mehr vom Tisch gewischt werden können.

(*Ingo Egloff SPD:* Das hätten Sie mal Herrn Müller sagen sollen!)

Wir haben dafür gesorgt, dass in der Verfassung steht, dass Bürgerbegehren, Volksentscheide bindend sind. Es sollte niemand glauben, dass in der jetzigen Situation, in der Häuser besetzt wurden, dieses Problem nur deshalb nicht durch einen Polizeieinsatz aus dem Weg geräumt wird, weil wir Grüne an der Regierung sind. Ich möchte betonen, dass diese Beschreibung auch unabhängig davon zutrifft, welche der großen Volksparteien den Bürgermeister stellt. Wenn man die Reden von Herrn Dressel zur Inneren Sicherheit hört, weiß man, dass es auch mit einer SPD-geführten Regierung eine große Aufgabe gewesen wäre, das sicherzustellen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Jetzt liegen die Probleme auf dem Tisch, man kann sie nicht wegwischen und so mancher Kollege von der CDU mag sich fragen, ob sich die Besetzer beschweren oder die Standortpolitik der Stadt kritisieren dürfen, obwohl nicht geräumt wird. Ich sage ganz deutlich, sie dürfen das nicht nur, sie sollen es auch, denn nur so kommt eine lebendige Politik in dieser Stadt zustande.

Wahr ist aber auch, dass es für all diese Probleme, die jetzt in dieser Stadt debattiert werden, weil Bürger sich für ihre Anliegen stark machen, keine Patentrezepte gibt, weil die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zum Teil konträr sind. Im Gängeviertel haben wir die Situation – ich werde gleich noch auf sie zu sprechen kommen –, dass ein Investor möglicherweise gegen die Interessen der Kultur und der Stadtentwicklung agiert. Beim Frappant-Gebäude in Altona ist die Situation anders. Dort kämpfen einerseits Künstler für ihre Interessen und andererseits gibt es Einzelhandelsläden und Kleingewerbetreibende, die sich für eine andere Entwicklung aussprechen und IKEA wollen, weil sonst ihr Betrieb dort nicht mehr aufrechtzuerhalten ist und sie weggehen müssten mit der Folge, dass diese Einkaufsgegend völlig veröden würde. In Altona gibt es konträre Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, von Einzelhändlern und Kulturschaffenden; eine einfache Lösung wird es dort also nicht geben.

Das Gute daran ist, dass letztendlich die Bürgerinnen und Bürger entscheiden werden. Es gibt in Altona zwei Volksbegehren, das eine für, das andere gegen IKEA und die Betroffenen, nämlich die Menschen vor Ort, werden die Entscheidung treffen. Auch darauf sind wir stolz, dass wir dafür gesorgt haben, dass so etwas in dieser Stadt jetzt auch möglich sein wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das haben die Bürger selber erstritten, Herr Kerstan!)

– Wir alle wissen, Herr Dressel, dass wir die Verbindlichkeit gemeinsam in der Verfassung geregelt haben, denn sie war anscheinend keine Selbstverständlichkeit.

Aber hier sind klare Worte zum Gängeviertel eingefordert worden und der Wunsch, dass sich Finanzpolitiker dazu äußern sollen. Ich bin ja auch einer auf Regierungsseite und sage im Namen meiner Fraktion, dass die Probleme, die wir im

(Jens Kerstan)

Gängeviertel haben, deutlich machen, dass in zentralen stadtentwicklungspolitischen Fragen das Gebot, Grundstücke nur nach dem Höchstgebot zu vergeben, mehr Probleme schafft als löst.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bei den jetzigen Verhandlungen geht es uns darum, aus alten Fehlern Konsequenzen zu ziehen und eine Trendwende einzuleiten. Das Problem dabei ist, dass wir die Zustimmung des Investors brauchen, weil der Vertrag gültig ist und er seinen Teil bisher erfüllt hat. Als Schill in dieser Stadt regiert hat, war ich ganz froh, dass der Politik gesetzlich durch Gerichte Grenzen gesetzt werden. Das Gleiche gilt für uns in dieser Situation auch, denn auch wenn wir jetzt Regierungsfraktion sind, können wir getroffene Verträge nicht einfach beiseitewischen. Aber ich möchte betonen, dass es uns in diesem Viertel auch um Denkmalschutz geht. Es muss mehr alte Bausubstanz erhalten bleiben und es muss ganz klar sein, dass die Künstlerinnen und Künstler im Gängeviertel eine zentrale Rolle bekommen. Das wird seinen Preis haben und den versuchen wir, für die Stadt so niedrig wie möglich zu halten; deshalb äußern wir uns nicht öffentlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was wir von Herrn Hackbusch von der Linkspartei heute wieder hier gehört haben, war die schon fast übliche Mischung aus Verdrehung und Verschwörungstheorie, die vor allem eines zeigt, dass wir zwar alle unter einem Himmel leben, aber doch deutlich verschiedene Horizonte haben

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das stimmt!)

und ich denke, das wird auch weiterhin so bleiben. Da Herr Hackbusch und auch der eine oder andere Kollege von der SPD sich gemüßigt fühlte, die wiederholten Fragen zum wiederholten Male wiederholt zu stellen, möchte ich jetzt noch einmal ganz deutlich die wiederholte Antwort geben. Wir wollen wie in all den Jahren zuvor ein lebendiges Gängeviertel, das heißt, wir wollen Kultur, wir wollen Wohnen, wir wollen Gewerbe. Das haben wir immer gewollt, das haben wir immer unterstützt, das war immer beabsichtigt und immer geplant.

(Beifall bei der CDU – *Norbert Hackbusch DIE LINKE:* So was nennt man lernfähig!)

– Ja, Herr Hackbusch, als diese ganzen Entscheidungen getroffen und diese Diskussionen geführt wurden, saßen Sie wahrscheinlich noch in der Roten Flora und haben von Weltrevolution geträumt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir haben uns jedenfalls mit diesen Themen beschäftigt, sehr lange im Übrigen auch im Einvernehmen mit der SPD, die nun leider jetzt erst dort den gemeinsamen Weg verlassen hat. Die Kultursenatorin hat noch einmal ganz deutlich gemacht, wie weit und wie tief hier auch der Konsens im Sinne der Stadt war. Nun, Herr Hackbusch, Sie haben die SPD zu Selbstkritik aufgefordert. Ich denke, das hat die SPD gerade in diesem Fall auch nötig und wie ich die SPD kenne, wird sie das sicherlich auch gerne machen, insbesondere wenn es darum geht, was die Kollegen aus Hamburg-Mitte dort gemacht oder gesagt haben.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass es in Hamburg noch andere Gängeviertel gab und gibt; bekannt ist zum Beispiel auch das historische Gängeviertel am Michel, das ganz hervorragend saniert wurde. Wir reden also nicht über das einzige Gängeviertel und die dortigen Bewohner möchten gerne hervorgehoben haben, dass selbstverständlich auch in anderen Teilen der Stadt noch Teile des Gängeviertels erhalten sind. Insofern können wir jetzt auch mit der schon lange als Vorurteil erkannten Falschaussage von der sogenannten Freien und Abrissstadt Hamburg aufräumen. Das hat zuletzt der frühere Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in einem beachteten Zeitungsartikel ganz hervorragend getan.

Wenn ich mir anschaue, was dieser Senat in den letzten Jahren gerade im Bereich des Denkmalschutzes geleistet hat, dann ist das ganz beachtlich. Ich erinnere unter anderem an den Erhalt des Generatorenhauses beim Neubau der Messe, an die Polizeiwache der HafenCity oder, als sicher prominentestes Beispiel, auch an die Elbphilharmonie. Die Elbphilharmonie wird auf dem historischen Kaispeicher gebaut, was nicht zuletzt Unsummen an Geld kostet, aber der Senat, die Stadt und auch die Bürgerschaft haben sich entschieden, hier Alt und Neu zusammenzuführen. Genau das war gewollt und das ist auch die richtige Symbiose, die wir in dieser Stadt weiterhin anstreben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GAL*)

Aber auch von mir noch einmal deutliche Worte an den Investor: Vollkommen unverständlich und überhaupt nicht akzeptabel ist das Verhalten des Investors Hanzevast. Hanzevast glaubt offensichtlich, mit Drohungen und Spielchen, wie beispielsweise die fehlgeschlagene beantragte einstweilige Verfügung durch das Landgericht Hamburg, in irgendeiner Weise Druck auf die Stadt oder die politischen Entscheidungsträger ausüben zu können. Die Ansage an Hanzevast ist in diesem Zusammenhang ganz klar, dass das nicht funktionieren wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Jörg Hamann)

Wir haben uns bisher immer für einen hanseatisch fairen und korrekten Umgang mit dem Investor ausgesprochen. Das bedeutet auch, dass wir über das reden, was der Investor bisher getan hat, vielleicht auch an Investitionen getätigt hat. Wir waren bisher auch immer bemüht, dabei einen Weg zu finden, der die Interessen aller – der Kulturtreibenden, der Stadt, der Künstler, der Investoren – berücksichtigt. Wenn Hanzevast jetzt aber glaubt, mit derartigen Spielchen irgendetwas erreichen zu können, dann ist unsere Geduld auch am Ende.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Na, dann mal Ende jetzt!)

Daher an Hanzevast ganz deutlich die Ansage, Hamburg kann auch anders. Hanzevast sollte jetzt dringend versuchen, die Hand der Stadt zu nehmen und konstruktive Gespräche zu führen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ich denke, die werden schon geführt!)

damit wir hier kurzfristig zu einem Ergebnis kommen. Andernfalls ist unsere Geduld am Ende. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Dann erhält das Wort der Abgeordnete Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin doch etwas überrascht über die unkonkreten Sonntagsreden, die hier von Vertretern der Regierungsfraktion gehalten wurden an einer Stelle, wo eigentlich einmal klare Positionen gefordert gewesen wären. Schließlich ist nicht zu verkennen, ob im Gängeviertel oder am Beispiel des Künstlermanifestes, dass in dieser Stadt etwas in Bewegung geraten ist. Es geht um die grundsätzliche Frage, ob die Stadtentwicklungspolitik des Senats noch der Mehrheit der Menschen in Hamburg dient. Immer mehr Stimmen werden laut, die sagen, das tut sie nicht, und dafür gibt es einige gute Gründe.

Seit Amtsantritt der CDU-geführten Senate kann man beobachten, dass die Stadtentwicklung von den Prinzipien Markt und Marketing regiert wird. Das kann man ganz konkret daran sehen, dass wir keine nennenswerte städtische Wohnungspolitik mehr haben, dass wir einen dramatischen Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben, dass Menschen mit geringem Einkommen aus ihren Wohnquartieren an die Peripherie gedrängt werden und dass wir in innerstädtischen Quartieren insgesamt Aufwertungsprozesse haben, die dazu führen, dass Freiräume, Nischen für Kulturnutzung, für Kreativnutzung nicht mehr vorhanden sind. Man kann es auch daran erkennen, dass städtische Grundstücke systematisch nicht mehr als Teil einer verantwortungsvollen Stadtentwicklungspolitik eingesetzt werden, sondern als Profitcenter der Finanzbehörde auf den Markt gegeben werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Kernfrage, um die es heute geht, um die es letztlich auch im Gängeviertel geht und dazu habe ich hier heute keine klare Position gehört. Wenn Sie sagen, Sie würden in alle Richtungen verhandeln, und wenn Sie das für eine klare Position halten, dann entgegne ich Ihnen, dass ich mir unter einer klaren Position etwas anderes vorstelle. Wenn Sie zudem sagen, Sie würden einiges für die Kreativförderung tun, Sie hätten dafür eine Agentur beauftragt und Sie würden auch den Kulturetat aufstocken und so weiter, dann will ich Ihnen einmal sagen, wie das in der Realität aussieht mit Ihrer Kreativförderung.

Wo sind denn die Perspektiven, wenn es konkret darauf ankommt, sich für die Quartiere einzusetzen, die etwas zu verlieren haben? Wo ist denn zum Beispiel die Perspektive für die Klubs an der Sternbrücke? Was ist denn, wenn sich am Spielbudenplatz tatsächlich Klubs um städtische Flächen bewerben und sie dann anschließend von der Sprinkenhof AG natürlich nicht bekommen? Was ist denn, wenn die Sprinkenhof AG hinter dem Rücken der Klubbetreiber an bestimmten Standorten mit Betreibern von Musicaltheatern, Revuetheatern und anderen verhandelt, um dort eine profitablere Nutzung hinzubekommen? Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass sich diese Koalition beim Reeperbahn-Festival auf die Bühne im Grünspan hinstellt und sich selber feiert und die Stadt es gleichzeitig in zweieinhalb Jahren nicht hinbekommt, diesem Klub einen Mietvertrag zu geben, sodass er jetzt kurz vor der Schließung steht. Das ist die Realität Ihrer Kreativförderung, so sieht es aus.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit entziehen Sie den pulsierenden Szenen, mit denen Sie nach außen hin werben, durch Ihre Politik den Boden. Beim Thema Gängeviertel konnte man sich die Hilflosigkeit, die Sie in dieser Frage haben und die man auch heute Ihren Redebeiträgen wieder entnehmen konnte, in den letzten Wochen eindrucksvoll angucken. Da gibt es eine Kultursenatorin, die sagt, sie verhandele in alle Richtungen und sie spreche mit jedem, ohne dass irgendjemand versteht, worüber und mit welchem Ziel sie überhaupt verhandelt. Da gibt es einen Finanzsenator, der in Wahrheit die Fäden zieht, sich aber bisher mit keinem Wort geäußert hat. Da gibt es einen Bürgermeister, der einen Kompromiss zwischen allem will, obwohl er weiß, dass das nicht gehen wird an dieser Stelle. Da gibt es eine GAL-Fraktion, die über Monate komplett auf Tauchstation geht und jetzt sagt, wie wichtig ihr diese Debatte sei. Ich muss ehrlich sagen, Herr Kerstan, die Freude an dieser Debatte habe ich Ihnen nicht so angemerkt in den letzten Wochen. Da gibt es

(Andy Grote)

Herrn Hamann, der jetzt sagt, wir wollen Lebendigkeit und wir wollen dort eine Lösung, die alle Interessen berücksichtigt. In der letzten Debatte haben Sie noch gesagt, Sie wollen, dass der Investor so schnell wie möglich seine Planung umsetze und dass man im Gängeviertel gar nicht wohnen könne.

Insofern ist im Vergleich mit Schwarz-Grün ein Hühnerhaufen eine straff organisierte Veranstaltung. Was Sie sich hier leisten, ist ein Trauerspiel und wir haben heute kein bisschen Klarheit dazugewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen in Wahrheit alle – Herr Kerstan, das waren immerhin erste zaghafte Signale –, dass es nur eine städtische Lösung geben wird. Sie werden mit einem Investor das, was dort wichtig ist, nämlich bezahlbarer Wohnraum, Erhalt der Bausubstanz und auch bezahlbare Flächen für Künstler und Gewerbe, nicht hinbekommen. Es mag sein, dass viele im Bezirk dieses Problem vor acht Jahren noch ein bisschen anders eingeschätzt haben und auch geglaubt haben, was ihnen dort erzählt wurde. Aber im Bezirk mussten wir auch damit umgehen, dass die Verkaufsentscheidung gefallen war. Insofern geht es jetzt um die Reparatur alter Fehler und Sie können sich entscheiden, ob Sie an dieser Stelle reparieren, aus den Fehlern tatsächlich lernen wollen oder ob Sie denselben Fehler zum dritten Mal machen. Ich hoffe, Sie machen das nicht. – Vielen Dank.

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die schwarz-grüne Regierungskoalition variiert immer nur den Satz, dass Gespräche mit dem Investor intensiv fortgeführt würden. Herr Hamann versteigt sich gar zu einer ziemlich harten Drohung bezüglich einer Alternative zu den Gesprächen. Aber wie schon bemerkt worden ist, haben Sie den Satz, dass Gespräche intensiv fortgeführt würden, in keinerlei Hinsicht konkretisiert.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Ich glaube, Frau von Welck, Sie fragen sich auch nicht, warum Ihnen Kunstschaffende und andere diesen Satz, Gespräche würden intensiv fortgeführt, nicht abnehmen. Warum wohl? Weil Sie selbst vor Kurzem in Ihren Presseerklärungen eingeräumt haben, die Künstler hätten Sie sowohl für den Denkmalschutz als auch dafür, dass geeignete finanzierbare Flächen für die Künstler in unserer Stadt zur Verfügung stehen müssen, verstärkt sensibilisiert. Erst nachdem Sie sensibilisiert worden sind, haben Sie im Senat einvernehmlich beschlossen, das städtebauliche Konzept für das Gängeviertel zu überarbeiten. Es ist positiv, dass Sie sensibilisiert worden sind, und ich finde es auch positiv, dass Sie sagen, Sie wollen das Konzept nun überarbeiten. Aber dann können Sie hier doch nicht behaupten, Sie würden intensive Gespräche führen, über die Sie aber nichts Konkretes verlautbaren lassen und auch nicht mit den Initiativen im Gängeviertel selbst sprechen. Das ist wenig überzeugend, wenig glaubwürdig.

Der zweite Punkt, der mich und andere, die ebenfalls in diese Debatten involviert sind, irritiert, ist, dass sich die Kunstschaffenden, die Sie allerdings nicht als Kronzeugen nehmen wollen, selbst absolut missverstanden fühlen. Sie haben gerade gestern noch einmal erklärt, die Stadt gehöre allen, sie würden keine hervorgehobene Stellung beanspruchen und nicht anders als andere Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt um Freiräume kämpfen. Vielleicht muss man es noch einmal in Großbuchstaben sagen. Wir wollen keine günstigen Ateliers als Alibi in einer Stadt, die nur für die Besserverdienenden da ist – das ist Originalton der Künstler.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie können jetzt nicht einfach versuchen, dies gegen andere Initiativen auszuspielen.

Wenn ich dann aus der GAL-Fraktion, die ihre Rolle so ruhmreich dargestellt hat, höre, die Kunstschaffenden seien doch selber tief in den Ursachenzusammenhang der Gentrifizierung verstrickt, dann kann ich nur sagen, Gott sei Dank, dass die Künstler dazu sagen, da lachen ja die Hühner. Das ist eine bittere Quittung für Sie. Lassen Sie uns also nicht um die Sache herumreden, es geht nicht nur um Kunst oder das kollektive Gedächtnis in Hamburg, sondern auch um Geschäft und Macht im Widerspruch zu den Lebensbedingungen eines Großteils der Bevölkerung in Hamburg.

Wie mein Kollege bereits angesprochen hat, gibt es eine Initiative, in der sich die Gängeviertel, IKEA, aber auch noch ein weiteres gutes Dutzend andere Initiativen zusammengeschlossen haben unter dem Titel "Recht auf Stadt". Damit ich wegen unparlamentarischen Sprachgebrauchs keine Rüge bekomme, gebe ich Ihnen den Inhalt jetzt stark verkürzt und in meinen eigenen Worten wieder. Die Mitglieder dieser Initiative sind frustriert von leerstehenden Bürotürmen, teuren Prestigeobjekten und luxuriösen Eigentumswohnungen. Sie akzeptieren keine steigenden Mieten und wehren sich gegen die Verdrängung lang ansässiger Familien und Gewerbe, gegen die Ansiedlung von Kettengastronomien, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Beschneidung öffentlicher und kultureller Räume. Das ist der Zusammenhang, um den es geht. Wenn Sie Ihr Konzept trotzdem umsetzen wollen, werden Sie erheblichen Ärger bekommen, denn der Protest, der sich da

(Dr. Joachim Bischoff)

aufbaut, geht weit über die Situation im Gängeviertel hinaus und Sie werden es nicht schaffen, die Kulturschaffenden vom Gängeviertel gegen die anderen Initiativen auszuspielen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwicklung im Gängeviertel ist eine sehr alte Geschichte, die in den letzten 15 Jahren nicht richtig vorangekommen ist. Wahrscheinlich kann jeder, der in der Politik aktiv ist, selbstkritisch sagen, dass es innerhalb dieser überaus kurzen Frist ein Verdienst der Künstler ist, deutlich gemacht zu haben, welches Potenzial dieser Ort hat, der sehr vernachlässigt wurde. Dass wir diese Debatte führen, hängt auch mit den Aktionen der Künstler zusammen und ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass der Senat in der vergangenen Woche daraus Konsequenzen gezogen hat. Wir haben für uns ganz klar die Vereinbarung getroffen, das städtebauliche Konzept zu überarbeiten, und die Richtung ist keineswegs unklar. Die Richtung ist, gezielt die Kritik aufzunehmen, die sich daran festmacht, dass der Erhalt der historischen Substanz noch wichtiger genommen werden muss. Ein anderes Ziel ist, künstlerische Nutzungen an diesem Ort zu ermöglichen, und in diese klare Richtung führen wir Gespräche.

Aber ich möchte auch betonen, dass es notwendig ist, dazu Gespräche zu führen, weil wir uns nicht in einem vertragsfreien Raum befinden. Die Mitglieder der Bürgerschaft und die hier Aktiven oder die Mitglieder der Hamburger Verwaltung wissen auch, dass es eine Vertragslage gibt. Auch wenn die Erwartung teilweise anders war, haben wir festgestellt, dass sich der Investor vertragsgemäß verhalten hat, was die Fristen angeht, und das ist erst einmal die aktuelle Gesprächsbasis.

Hier ist einiges über den Investor gesagt worden und ich möchte meinerseits auf Folgendes hinweisen. Ich bedauere es sehr, dass der Investor einen Rechtsweg gegen uns, gegen die Stadt beschreitet, dass wir Nutzungsvereinbarungen mit den Künstlern geschlossen haben und diese fortsetzen wollen. Ich bedauere das zutiefst und ich hoffe, dass der Investor diese Position noch einmal überdenkt. Ich finde es auch unglaubwürdig, wie er die kreativen Leistungen und die Interessen der Künstler angeblich einschätzt. Auch diese Situation ist Ihnen bekannt und sie macht die Gesprächssituation nicht einfacher.

Insofern möchte ich etwas zu den öffentlichen Vorwürfen sagen, die ich insbesondere vonseiten der SPD in den letzten Tagen gelesen habe. Dabei richte ich mich persönlich an Sie, Herr Grote. Sie haben im vergangenen September öffentlichkeitswirksam deutlich gemacht, dass der Investor zum Glück die Kurve gekriegt habe, als es um die Rettung des Gängeviertels ging. Dabei haben Sie und auch der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte sich öffentlichkeitswirksam positiv auf den städtebaulichen Vertrag bezogen, der im Namen der Stadt von dem entsprechenden Bezirksamtsleiter vereinbart worden ist. Dass man diesen städtebaulichen Vertrag selbst geschlossen hat, sollte man meiner Meinung nach schon im Hinterkopf haben, und in diesem Vertrag ist die Gesprächsgrundlage mit dem Investor entsprechend definiert. Das möchte ich hier ganz deutlich zu der Kritik sagen, die mir in den letzten Wochen sehr eigentümlich schien.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vonseiten des Senats haben wir reflektiert und sind zur Selbstkritik insofern fähig, als wir andere Ziele anstreben. Gerade die Akteure der SPD im Bezirk Hamburg-Mitte rufe ich auf, daran mitzuarbeiten, dass wir eine gemeinsame Stimme der Stadt finden,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

denn nur dann haben wir auch die Grundlage für ein erfolgreiches Gespräch mit dem Investor. Die Senatspolitik ist also viel differenzierter, als Sie es hier darstellen. Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit, Herr Grote.

(*Andy Grote SPD:* Unterrichten Sie mich mal! – Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben längst kundgetan, dass die Konzeptqualität eine entscheidende Größe ist bei der Veräußerung städtischer Grundstücke. Das bezieht sich auf städtebauliche Qualitäten, das bezieht sich auf wohnungspolitische Ziele, das ist Gegenstand der Debatte zum Wohnungsbauentwicklungsplan gewesen, Ihr Feld. Die Senatspolitik hat sich hier weiterentwickelt und auch in der Debatte um das "Leitbild Hamburg: Wachsen mit Weitsicht" finden Sie ganz bewusst die Langfristperspektive hervorgehoben. Insofern arbeiten wir daran im Senat und versuchen, immer auch zu reflektieren, was im Sinne der gesamten Stadt richtig ist, wo man sich korrigiert und wo und wie man aber auch Rücksicht nimmt auf die Themen Wirtschaftlichkeit, soziale Fragen, Umweltverträglichkeit und Weiteres.

Ich möchte auch noch einen Punkt ergänzen, der durch die Situation im Gängeviertel ausgelöst wurde. Wir haben nämlich in der Tat eine übergeordnete Debatte über die Stadtentwicklung und die stadtentwicklungspolitischen Ziele. Wir müssen registrieren, dass es eine viel größere öffentliche Beteiligung gibt, dass sich Initiativen bilden, dass diese sich eine Stimme verschaffen und das ist gut so. Ich stehe noch unter dem Eindruck eines Artikels mit dem Titel "Wo Wachstum in der Hansestadt zum Brennpunkt wird", den ich unlängst in ei-

(Senatorin Anja Hajduk)

ner großen Hamburger Tageszeitung gelesen habe. Ich glaube, wir müssen als diejenigen, die den Gestaltungsauftrag in dieser Stadt wahrnehmen wollen, auch den Mut haben zur Differenzierung und zur Auseinandersetzung. Ich empfinde die Diskussion über ein zukünftiges IKEA in Altona als etwas anderes, als dass nur eine eindimensionale Zielsetzung verfolgt werden würde. Wie Herr Kerstan deutlich gemacht hat, muss sich jede Fraktion positionieren und entweder sagen, dass ein solches Möbelhaus das Problem der Verteuerung mit sich bringen würde, oder dass es eine Chance für den Einzelhandel in der Region sein könnte. Initiative hin oder her, wir als Politiker müssen uns entscheiden, was wir inhaltlich wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dasselbe gilt für das Thema Elbtreppen, bei dem darüber diskutiert wird, ob ein Neubau am Elbhang möglich oder nötig ist. Das ist richtig, wir arbeiten da an einem Konzept und ich finde es gut, dass in Hamburg am Elbhang mit Elbblick auch sozialer Wohnungsbau stattfindet und es nicht immer nur einen Wohnungsbau für Reiche gibt. Wir verfolgen ganz andere Konzepte und dazu sollten eine Stadtregierung und eine Bürgerschaft stehen und das auch öffentlich deutlich machen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir sind – damit will ich zum Ende kommen – auch in der Lage, bisher verfolgte Ziele anzupassen, zu korrigieren und in einem Dialog Konzepte zu verändern, womit ich wieder beim Thema Gängeviertel bin. Ich habe Ihnen die Richtung der Gespräche verdeutlicht und kann Ihnen versichern, dass wir dort geschlossen als Senat agieren und unsere Positionen gemeinsam abstimmen. Fantasien, von wegen der Finanzsenator plane etwas anderes als das, was die Stadtentwicklungssenatorin will oder die Kultursenatorin sagt, sind völlig fehl am Platz. Sie können sich darauf verlassen, dass wir geschlossen mit dem Investor verhandeln und Transparenz gegenüber den Künstlern und dem Bezirk Hamburg-Mitte schaffen. Ich hoffe, dass wir gemeinsam mit dem Bezirk Hamburg-Mitte als Stadt eine vernünftige Gesprächsebene gegenüber den Dritten finden, die jetzt mit im Boot sind, und dass wir letztendlich eine verbesserte Situation im Gängeviertel haben werden. Dazu haben die Künstler uns den richtigen Anstoß gegeben. Vor uns liegt zwar eine schwierige Situation, die zugleich aber eine große Chance sein könnte. Der Senat ist bereit, diese Chance wahrzunehmen, und ich hoffe auf eine solidarische Unterstützung, wenn wir uns im Ziel angeblich so einig sind. Geben Sie sich einen Ruck. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Senatorin sehr dankbar, dass sie zu vielen Punkten doch sehr deutliche und klare Worte gefunden hat. Ich hoffe, dass das jetzt auch bei der Opposition angekommen ist.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Es war bisher eine sehr unterkühlte Debatte. Das haben Sie beklagt, aber ich kann Ihnen genau sagen, woran es liegt. 90 Prozent der Vorwürfe, die die Opposition in dem Manifest und der sonstigen Kritik gegenüber Stadtentwicklung und einzelnen Projekten gegen die Regierung gerichtet sieht, hätten uns hier genau so wieder erreicht, egal wie die Regierungskoalition ausgesehen hätte. Das sind einfach die Probleme in dieser Stadt.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Es ist egal, ob Sie regieren oder nicht!)

Es ist nicht so einfach, es ist kompliziert, Herr Kollege. Das Thema geht tatsächlich weit über Kunst hinaus, es geht auch weit über das Gängeviertel hinaus. Wenn das Wort nicht bereits in einem anderen Zusammenhang belegt sein würde, dann wäre ich geneigt zu sagen, es geht nicht um das Recht auf Stadt, sondern wir sind die Stadt.

(*Andy Grote SPD:* Sie sind die Stadt!)

Ich tue das nicht, denn in einem anderen Zusammenhang ist dieser Begriff sicherlich mit mehr Gewicht zu versehen. Da wir aber tatsächlich alle diese Stadt bilden und alle dieses Recht auf Stadt haben wollen, sind wir auch alle gefragt. Die Begriffe sind gefallen, es geht um Interessenausgleich und darum, dass nicht verdrängt wird. Es geht aber auch darum, dass all das, was ein Netzwerk in einer sozialen Gesellschaft ausmacht, durch unsere Politik gewährleistet wird. In einem Exemplar mit dem Titel "Hamburg" und dem Untertitel "Unter Geiern" ist die Kritik einer Stadtethnologin nachzulesen, die sich nicht gegen die Anzugträger und Porschefahrer richtet, sondern dagegen, dass jemand, der keinen Anzug trägt und keinen Porsche fährt, in einem Weinladen nicht bedient wird. Dazu kann ich nur sagen: Ich wünsche diesem Weinladen in Blankenese genauso die Pleite wie in der Schanze.

Das ist aber Teil der Realität in unserer Gesellschaft. Es gibt nämlich nicht nur Stadtentwicklung und Wohnen, Spekulation und die Notwendigkeit, günstigen Wohnraum zu bauen, sondern es geht auch darum, dass wir Menschen das dann leben, was es an Voraussetzungen gibt; das scheint mir nicht ganz einfach zu sein. Im Übrigen würde vielleicht auch jemand mit Kopftuch oder mit einer anderen Hautfarbe in diesem Laden nicht bedient werden.

Gerade weil aber der Vorwurf an die Politik so pauschal und generell ist, müssen wir genauer hinse-

(Antje Möller)

hen, wer sich denn alles noch draufsetzt. Die Details der einzelnen Projekte sind völlig unterschiedlich; darauf ist die Senatorin schon eingegangen. Das Thema "Apfelbaum braucht Wurzelraum" zum Beispiel ist vor allem ein ökologisches, deswegen ist es so schwierig. Mindestens 150 000 Menschen in dieser Stadt leiden unter dem Lärm der Autobahn. Deshalb soll der Deckel drauf und nicht, weil jemandem die Kleingärten weggenommen werden sollen. Darüber muss man lange diskutieren, da muss man viele Jahre lang Interessen abwägen und das dauert. Das ist aber nicht ein Versehen oder ein Vergehen der Politik, sondern das ist das Ergebnis des Ernstnehmens von Bürgerbelangen und der Suche nach einem Ausgleich.

Ein anderes kleines Beispiel ist natürlich, dass Investoren – ich nenne jetzt keine Namen – plötzlich mit Räumungsszenarien drohen und wir müssten alle politisch etwas dafür tun, damit die Bürgerschaftswahl in zwei Jahren nicht zum Desaster werde.

Ich möchte zwei Sätze zur vertraglichen Regelung bei der Flora sagen. Das Wiederkaufsrecht läuft aus, aber das ist auch das Einzige, was ausläuft. Das Thema Räumung oder neue Nutzung steht in einem ganz anderen Zusammenhang und das sollten wir hier nicht in einen Topf werfen. Die SPD ist sehr schnell dabei zu sagen, nun habe die Koalition auch noch die Flora am Hals. Liebe Kollegen und Kolleginnen von der SPD, Sie wissen ganz genau, wie der Sachstand ist. Begleiten Sie uns bei den Projekten, die aktuell anstehen, gehen Sie mit an die Lösungen heran. Die Senatorin hat gesagt, die Bezirke seien gefragt; das sehe ich auch so. Die Bezirke haben viel mit diesen Projekten zu tun und müssen mit dem Senat zusammenarbeiten, wir alle müssen einen Weg finden. Das Hauptproblem in der Auseinandersetzung mit den Gruppen, die hinter dem Manifest stehen, sehe ich allerdings in der Frage, ob moderierte städtebauliche Werkstätten und Partizipation wirklich der falsche Weg sind. Ich glaube es nicht, ich halte diesen Weg für den richtigen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Mohaupt.

Dr. Lutz Mohaupt CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe nur eine ganz kleine Bitte. Meiner Fraktion habe ich sie bereits vorgetragen, deshalb richtet sie sich eher an die Damen und Herren der anderen Fraktionen. Bitte lassen Sie bei dieser Debatte wenigstens ab und zu deutlich werden, dass wir im Grunde genommen alle gemeinsam demselben Ziel verpflichtet sind und uns verpflichtet fühlen. Das wollen die Hamburgerinnen und Hamburger von uns hören.

(Zuruf von *Andy Grote SPD*)

– Herr Grote, auch Sie sollten sich verpflichtet fühlen,

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD:* Amen!)

die Identität unserer schönen, lieben, Freien und Hansestadt Hamburg, Herr Petersen, in die Zukunft zu bringen. Das bekommen wir nur hin durch Innovation.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Sie haben es noch nicht begriffen, das ist klar, Herr Kienscherf.

Wer Identität durch Stillstand bewahren will, braucht Innovation, sonst verfällt sie und bleibt allenfalls noch museal. Das bringt das Erfordernis mit sich, Geld zu investieren. Innovationen sind teuer. Mein Finanzsenator sagt immer zu mir, er habe kein Geld, das sagt jeder Finanzminister heute. Darum brauchen wir Investoren, da kann man Glück oder Pech und gute oder weniger gute Investoren haben, da kann es gut gehen oder nicht gut gehen. Aber das Gegeneinanderausspielen von Geld und Bewahrung von Identität ist falsch. Wir müssen Identität durch Innovation bewahren. Das ist die große Aufgabe auch im Gängeviertel.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Eines geht allerdings nicht, lieber Herr Hackbusch, Sie haben es vielleicht gar nicht so gemeint, als Sie davon sprachen, man sollte den ursprünglichen Zustand des Ensembles wiederherstellen wollen. Das geht natürlich nicht. Der ursprüngliche Zustand war ein einziges Gängeviertel von der Neustadt bis an den Wallring. Die Zustände in diesem Viertel bewegten Johann Hinrich Wichern dazu, die Innere Mission zu gründen, so schlimm war das. Das kann niemand wollen. Aber wir wollen wenigstens das in die Zukunft retten, was noch an Merkmalen der Identität dieser Stadt geblieben ist, und das sind ein paar Häuser in einem kleinen Teil des Gängeviertels. Darum brauchen wir eben Investoren. Wenn es nicht der richtige ist, dann ist das schade, dann haben sich einige Leute auf verschiedenen Posten und in verschiedenen Parteien geirrt, das kann sein, aber der Weg ist im Prinzip richtig. Es gibt keinen anderen Weg, die Identität unserer Freien und Hansestadt Hamburg auch in der Zukunft zu bewahren.

Sie sollten sich das alle miteinander ab und zu einmal vergegenwärtigen, damit die Leute nicht wieder sagen, das sei im Grunde nur parteipolitisches Gezänk, denn diese Aufgabe übergreift alle Fraktionen und Parteien und sie übergreift auch Legislaturperioden. Dessen sollten wir uns ab und zu einmal bewusst sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote.

(*Rolf Harlinghausen CDU:* Hoffentlich hat er zugehört!)

Andy Grote SPD:* – Auch wenn's schwerfiel, das kann ich Ihnen sagen.

Herr Mohaupt, ich kann es nicht mehr hören, wenn Sie von Identität reden, von der schönen Stadt, wie das alles erhalten bleiben müsse. Ihre Politik krempelt die Stadt um, durch Ihre Politik geht Identität verloren. Schauen Sie sich an, was passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dankbar, dass noch einmal die Politik im Bezirk angesprochen wurde und wie da so die Rollen verteilt waren.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Ich kann verstehen, dass Sie in dieser Situation die Verantwortung gerne auf möglichst viele Schultern verteilen wollen, das würde ich an Ihrer Stelle auch probieren. Ich kann Ihnen aber auch Folgendes sagen: Der Bezirk ist mit einer Verkaufsentscheidung konfrontiert gewesen, die er in keiner Weise beeinflusst hat. Es war eine Senatsentscheidung, dass verkauft wird, dass zu diesem sehr hohen Preis verkauft wird und das an einen unseriösen Investor. Man hat damals vielleicht nicht gewusst, dass an einen im Nachhinein unseriösen Investor verkauft wurde. Das war eine reine Senatsentscheidung und das war der eigentliche Sündenfall. Natürlich muss im Bezirk dann mit Bauanträgen und einem Bauvorhaben umgegangen werden. Sie können nicht erwarten, dass, wenn der Senat verkauft, der Bezirk anschließend verhindert, dass da gebaut wird.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Sie wissen auch ganz genau, wie eng die Spielräume im Baugenehmigungsverfahren sind. Herr Hamann, wir haben zum Teil gemeinsam bei diesen Dingen verhandelt und Sie wissen ganz genau, wie schwierig, zäh und kräfteraubend es war, mit diesem Investor irgendetwas hinzubekommen, wie um jedes Dach, jedes Geschoss und jedes einzelne Haus gekämpft wurde und das ganze Gängeviertel scheibchenweise dem immer mehr zum Opfer fallen sollte. 2007 oder 2006 hat der Bezirk gesagt, das gehe so nicht, man komme mit diesem Investor nicht weiter, wir müssten aus diesem Vertrag heraus. Dann wurde festgestellt, dass man aus diesem Vertrag nicht herauskommt. Der Vertrag, den die Stadt abgeschlossen hatte – das Immobilienmanagement der Finanzbehörde war damals alleiniger Vertragspartner, ohne Bezirk –, lässt überhaupt keine Möglichkeiten. Dann ist auf Druck des Bezirks, übrigens aller Parteien aus dem Bezirk, auch der GAL und der CDU, dieser neue städtebauliche Vertrag abgeschlossen worden. Ich bin stolz darauf, dass wir den haben. Daran habe ich gerne mitverhandelt, denn er bietet überhaupt erst Ausstiegsszenarien und Möglichkeiten, aus der Sache herauszukommen. Sonst hätten wir jahrelang dagesessen, ohne dass etwas vonseiten des Investors hätte passieren müssen und ohne dass man überhaupt ein Ausstiegsszenario hat. Insofern war das positiv.

Natürlich steht man noch immer unter dem Druck, ob überhaupt etwas passieren wird oder ob die Häuser von Jahr zu Jahr immer mehr verfallen. Als es dann so aussah, als würden die Baumaßnahmen beginnen und als hätten wir einen Weg, war das natürlich gegenüber einem sich endlos dahinschleichenden Verfall des Gängeviertels eine Rettung und ein Vorteil. Nur gab es zu diesem Zeitpunkt keine Alternative zu dem damaligen Investor; das ist der große Unterschied. Jetzt gibt es die und jetzt erwarte ich, dass diese Alternative auch wahrgenommen wird. Sie müssen sich einmal einen Ruck geben und nicht erklären, es werde in alle Richtungen sondiert und das städtebauliche Konzept überarbeitet. Wenn man das wirklich will, dann muss man auch sagen, dass das mit diesem Investor nicht geht, und das wissen Sie in Wahrheit auch. Sie wissen, dass dieser Investor es nicht machen wird, und Sie verhandeln auch mit einem dritten Investor. Nur deswegen macht es Sinn, das überhaupt zu überarbeiten. Allerdings muss man irgendwann einmal zu dem Punkt kommen zu sagen, es funktioniert nicht mit dem Investor, auch nicht mit einem dritten. Wir machen das nicht noch ein drittes Mal, sondern wir bekennen uns zu unserer Verantwortung und sagen, es ist eine städtische Verantwortung und wir müssen das dann auch in städtischer Regie machen. Wir müssen unsere Fehler korrigieren und es in die eigenen Hände nehmen. Das wäre eine klare Position und das muss man von Ihnen erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hajduk, wenn Sie sagen, Sie hätten in der Senatspolitik gelernt und würden jetzt vom Höchstpreisgebot heruntergehen, das wäre alles ganz wichtig und Sie würden die Weichen neu stellen, dann sage ich Ihnen ehrlich, dass ich das nicht sehe. In der Wohnungsbaupolitik wollen Sie jetzt die dritte Wohnungsbauoffensive an den Start bringen. Das war das einzige Instrument, bei dem Sie tatsächlich mit vergünstigten Flächen der Stadt gearbeitet haben.

Jetzt sagt Ihnen die Finanzbehörde, dass das nicht mehr stattfindet, sondern zum Höchstpreisgebot erfolgen soll. Da gibt es einen klaren Streit zwischen den Behörden. Insofern ist nicht alles einheitlich und harmonisch, sondern in Wahrheit droht es an genau der Frage zu scheitern, ob man Abstriche beim Kaufpreis macht.

(*Jens Kerstan GAL:* Sie sind immer dabei, Herr Grote! Sie müssen es wissen!)

(Andy Grote)

Sie sind da keinen Schritt weiter, sondern gehen einen Schritt zurück.

Auch zu den anderen wichtigen Fragen – die Themen Verdrängung und Gentrifizierung in der westlichen inneren Stadt sind angesprochen worden – haben Sie keine Lösung. Sie haben ein 80 Seiten umfassendes Rahmenprogramm zur integrierten Stadtentwicklung vorgelegt, in dem aber nicht ein Satz zu dieser Thematik steht. Wir haben jetzt auf Bezirksebene soziale Erhaltungsverordnungen auf den Weg gebracht. Man hört von der GAL, sie sei dafür, die CDU ist radikal dagegen und hat das auf allen Ebenen geäußert. Ich bin sehr gespannt, ob Sie dort etwas hinbekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine wichtige Schlussfolgerung aus der Debatte wäre schon einmal, dass wir darin übereinstimmen, dass die Auseinandersetzung um das Gängeviertel zurzeit exemplarisch ist in der Stadt. Das kann man vielleicht über die Parteigrenzen hinweg feststellen. Damit soll überhaupt keine Relativierung der Auseinandersetzung im Gängeviertel verknüpft sein, aber wir müssen sehen, dass die Unruhe wesentlich breiter ist und es Initiativen gibt, die sich gegen bestimmte Entwicklungstendenzen wehren. Ich habe bereits vorhin gesagt, dass niemand bestreitet, dass die Lage im Gängeviertel relativ kompliziert ist. Aber Sie können nicht einfach einen Blankoscheck von uns verlangen und sagen, wir brauchen möglichst die Zustimmung aller Parteien, nur dann können wir wirklich verhandeln. Sie müssen – der Zwischenruf von Herrn Grote war vorhin zu Recht – auch einmal sagen, was Sie in dem Punkt wollen, und Sie müssen Ihre Zielsetzung auch gegenüber den Initiativen, also in dem Fall den Kunstschaffenden im Gängeviertel zur Diskussion stellen und kommunizieren, sonst wird das nichts.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Hajduk, eine Sache ärgert mich jetzt doch, weil sie immer wieder bei verschiedenen Punkten in der Diskussion auftaucht. Wir haben mehr als ein Dutzend Initiativen und ich habe nicht den Anspruch, das alles über einen Leisten zu schlagen. Man muss sich die städtebauliche Entwicklung in jedem konkreten Fall anschauen. Es ist sicherlich ein Fortschritt, dass wir heute solche Rahmenbedingungen haben, dass sich die betroffene Bevölkerung dort zu Wort meldet und sagt, wir wollen ein Stück mitreden. In dem Punkt sind wir uns auch so weit einig. Frau Hajduk, Sie sagen zwar immer wieder, dass wir Ihre Politik nicht mögen, erwecken aber dann den Anschein, als würden wir uns auf jede Initiative draufsetzen und keine eigenen Vorstellungen haben.

(*Egbert von Frankenberg CDU:* So ist das doch auch!)

– Danke, Herr Frankenberg.

Diesen Vorwurf haben Sie vorhin wieder erhoben und das möchte ich eindeutig zurückweisen. Unsere Differenzen bestehen doch darin, ob Sie bei einer Initiative – egal ob das jetzt IKEA, Wilhelmsburg oder A7-Deckel ist – beständig versuchen, soweit das geht, präsent zu sein, um für bestimmte Lösungen zu kämpfen. Unsere Differenzen zeigen sich zum Beispiel in Wilhelmsburg. Sie können nicht dort eine Bürgerbeteiligung wollen, aber ab einem bestimmten, nicht einmal willkürlichen, Punkt ist der Druck da und Sie erklären, jetzt müsse aber entschieden werden.

(*Jörn Frommann CDU:* Da haben Sie einmal wieder nicht zugehört!)

Das ist der entscheidende Punkt in der Auseinandersetzung und deswegen bin ich sehr skeptisch, ob Sie diesen Konflikt im Gängeviertel und andere Konflikte in der Stadt richtig einschätzen.

Auf einen letzten Punkt will ich noch hinweisen: Am Elbhang soll es sozialen Wohnungsbau geben. Darüber müssten wir noch einmal im Detail reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus unserer Sicht besteht bei diesem Wohnungsbauprogramm ein Ungleichgewicht zwischen Eigentumswohnungen und sozialem Wohnungsbau.

(Beifall bei der LINKEN)

Was es da an sozialem Wohnungsbau gibt – das werden Ihnen jedenfalls viele Leute sagen –, ist für uns nicht sozial. Das hat etwas mit Stadtentwicklung und das hat auch etwas mit dem Gängeviertel zu tun. Sie können die Leute nicht ködern und sagen, ihr bekommt preisgünstige Ateliers et cetera. Die sehen sehr wohl, dass in der Stadt einiges schief läuft, und das hat etwas mit Mieten und Flächenangeboten insgesamt zu tun. In dieser Hinsicht muss meines Erachtens ein Umsteuern in der Stadt passieren, denn sonst werden wir wachsende Protestpotenziale haben.

Letzte Bemerkung: Wir hatten im Stadtentwicklungsausschuss eine Anhörung über RISE, also das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung. Der Kollege aus München erklärte, man habe dort 14 soziale Erhaltungsverordnungen; wir haben gerade eine. Wenn man jedoch sieht, welche Mühe es macht, so etwas durchzubekommen, dann wird deutlich, dass man andere Politik machen kann. Das ist auch in dem Rahmen möglich, aber Sie wollen das nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, Herr Bischoff, die Situation ist schwierig im Gängeviertel und wir erwarten da überhaupt keinen Blankoscheck. Wenn gesagt wird, dass in vielerlei Hinsicht verhandelt werde, dann ist eine Option auch die Rückabwicklung. Die wird etwas kosten, weil der Investor ein Recht hat, und das will er sich abkaufen lassen.

(*Andy Grote SPD:* Ja!)

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Grote, und sagen, die Stadt müsse jetzt ohne Wenn und Aber eine Entscheidung treffen, dann müssen Sie einmal überlegen, wessen Geschäft Sie hier gerade betreiben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich kann Ihnen ganz klar sagen, wie die Situation ist. Diese Gespräche laufen seit zwei Wochen. Vor zwei Wochen ging es um einen Betrag x und seitdem in der Öffentlichkeit die Erwartung immer mehr geschürt wird, die Senatorin müsse sich hinstellen und einmal Klartext reden, hat sich die Summe, die der Investor haben will, verdoppelt.

(*Wolfgang Rose SPD:* Was heißt das denn?)

Wir verlangen und wünschen von Ihnen, dass Sie uns den Freiraum geben, dort eine gute Lösung für die Stadtentwicklung zu finden, ohne einem unzuverlässigen Investor einen goldenen Handschlag zu verpassen und ihm ein paar Millionen Euro mehr hinterherzuwerfen. Das muss doch auch Leuten, die ein Manifest geschrieben haben, das sehr investorenkritisch ist, als Argument verständlich sein.

(*Ingo Egloff SPD:* Sagen Sie doch, dass die Bürgerschaft stört!)

Wir wollen eine gute städtische Lösung, aber wir wollen diesen Investor nicht mit einer goldenen Nase rausgehen lassen, weil er denkt, er könne jetzt den Reibach machen, wenn das Interesse so groß ist.

(*Wolfgang Rose SPD:* Deswegen sollen wir den Mund halten, oder was?)

Wir wollen keinen Blankoscheck in dieser Frage und es wäre uns wirklich geholfen, wenn Sie dieses Argument akzeptieren würden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

In der Tat sind die Interessenlagen nicht nur im Gängeviertel schwierig. Die Interessenlagen sind überall in dieser Stadt schwierig, weil da Erwartungen verschiedener Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen und die sozialen Erhaltungsverordnungen – da sind wir ganz auf Ihrer Seite, Herr Bischoff – einen Teil der Konflikte lösen. Aber gerade wenn Sie sich anschauen, welche Probleme in "Unter Geiern" angesprochen werden, wird deutlich, dass es um viel mehr Probleme geht, als es eine soziale Erhaltungsverordnung regeln kann. So mühsam und schwierig das Geschäft auch ist, wir müssen, wenn wir dort vorangehen wollen, auf die einzelnen Initiativen zugehen. Aber mit dieser einen übergreifenden Botschaft, die Sie hier verkünden, das sei die Standortpolitik des Senats oder ähnliche Dinge, werden wir bei den verschiedenen Problemlagen nicht vorankommen, sondern wir müssen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Dafür gibt es nicht das eine Patentrezept. Wenn man dieses sucht, dann werden wir dort nicht weiterkommen.

Es wurde die Sorge geäußert, dass jetzt in der Finanzkrise der nächste Schritt sein werde, noch mehr aus den Liegenschaften herauszupressen. Dazu will ich ganz deutlich sagen: Mit der GAL als Regierungsfraktion wird es eines nicht geben, und zwar eine Verschärfung des Höchstgebotverfahrens in der Krise. Das wollen wir nicht, sondern im Gegenteil. Wir haben beim Wohnungsbau gerade beschlossen, dass es dort nicht mehr in jedem Fall nach dem Höchstgebotverfahren gehen soll, und wir haben auch dafür gesorgt, dass die SAGA nicht mehr flächendeckend Wohnungen verkauft.

Und wenn wir darüber reden, dass es die wachsende Stadt nicht mehr gibt, dann ist klar, dass es uns Grünen doch um die gleichen Problempunkte geht, die hier und im Manifest angesprochen wurden. Wenn wir von Wachsen mit Weitblick sprechen, dann benennen wir auch, was wachsen soll in dieser Stadt. Unser Ziel ist eine gerechte und lebenswerte Stadt. Wir wollen diese Stadt als eine wachsende Metropole der Talente, der Nachhaltigkeit, wo ein Ausgleich zwischen Ökonomie, Sozialem und Ökologie stattfindet, und der Verantwortungsbereitschaft, um die Probleme, die es in unserer Gesellschaft gibt, in dieser Stadt als Labor zu lösen. Eine der Antworten ist unsere Bildungsreform, wo es auch in gewisser Weise um eine Art Klassenkampf geht.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ja, das ist richtig! und Beifall)

Es würde mich freuen, wenn sich der eine oder andere, der sich in dieser Debatte sehr dezidiert äußert, auch zu diesem Thema einmal äußern würde, und natürlich geht es auch darum, dass diese Stadt Klimahauptstadt 2011 in Europa werden wird.

All das sind Punkte, die wir unter Wachsen mit Weitsicht verstehen. Dabei ist uns wichtig, dass das nicht von oben verordnet wird, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wird, und dass diese sich einbringen können. Aber es gibt eben kein Patentrezept, wir müssen uns auf den mühsamen Weg einlassen, je-

(Jens Kerstan)

weils vor Ort die schwierigen Situationen und Interessenlagen zu behandeln, und das werden im Gängeviertel andere Lösungen sein als bei Frappant. Auf den Weg müssen wir uns machen, wir sind dazu bereit und wir würden uns wünschen, dass Sie das auch konstruktiv begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Herr Kollege Bischoff, München hat 14 soziale Erhaltungsverordnungen, das haben Sie in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses gehört und gelernt.

(*Frank Schira CDU:* Und schön teure Mieten!)

Hamburg hat eine, das ist richtig. Hamburg hat aber auch eine Umwandlungsverordnung und München hat keine. Außer Hamburg und München hat keine Stadt irgendeine soziale Erhaltungsverordnung oder Umwandlungsverordnung. Vielleicht sollten Sie zunächst einmal darüber nachdenken, ob es tatsächlich das allein seligmachende Mittel ist, eine Verordnung zu verabschieden und zu sagen, damit bekommen wir alle Probleme des Stadtteils in den Griff. Das ist es nämlich mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

GAL und CDU arbeiten sehr intensiv an einem Papier, in dem es genau um diese Probleme wie Gentrifizierung geht, und wir versuchen, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten, das deutlich darüber hinaus geht, irgendwo eine soziale Erhaltungsverordnung zu verabschieden. Wir machen uns da noch einige Gedanken mehr.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Aha!)

Wie die gesamte SPD sind selbstverständlich auch Sie, Herr Kienscherf, aufgerufen, sich auch einmal ein paar Gedanken zu machen und nicht immer nur das abzuschreiben, was Sie schon seit Jahrzehnten schreiben und wiederholen und übrigens als Regierung selbst nie umgesetzt haben. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich komme auch gerne noch einmal auf den Kollegen Grote zurück. Das war eine sehr beachtliche Rede, die offensichtlich unter dem Motto stand "Glücklich sind die Vergesslichen, denn sie werden selbst mit ihren Dummheiten fertig". Wenn ich es mir leicht machen wollte, dann könnte ich einfach sagen, dass der heutige Zustand des Gängeviertels doch eigentlich nichts anderes ist als der Ausdruck von 40 Jahren SPD-Politik, die wir in dieser Stadt gehabt haben.

(*Andy Grote SPD:* Na klar!)

– Was heißt, na klar? Was haben Sie denn in all den Jahrzehnten dort im Gängeviertel gemacht? Warum sah es denn, als Ole von Beust den Senat und die Regierung übernahm, so aus, wie es leider in großen Teilen heute noch aussieht?

(*Andy Grote SPD:* Was haben Sie denn in den acht Jahren gemacht?)

Sie haben kein Konzept und keine Idee gehabt. Dieser Senat hat sich als Erstes wie bei vielen anderen früheren Baustellen Ihrer Senate darangesetzt und die Probleme in die Hand genommen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Acht Jahre haben Sie gebraucht!)

Dazu gab es zunächst eine Ausschreibung, bei der ein Investor für das Grundstück gesucht wurde, und es wurde ein Investor gefunden. Es gab viele Bewerber und wir haben selbstverständlich den Investor genommen, der den höchsten Preis geboten hat. Herr Kienscherf, mit diesem Investor waren damals alle zufrieden. Alle waren begeistert, sogar die SPD, denn nicht nur der Preis, sondern auch das Konzept war gut, das über einen städtebaulichen Wettbewerb weiterentwickelt wurde. Der Investor gefiel insbesondere der SPD ganz hervorragend, denn – was Sie nicht mehr hören wollen und was Sie gerne vergessen haben – dieser Investor hatte sich im Grunde genau in diesem Viertel schon bewährt. Ich habe es Ihnen schon einmal erzählt und vielleicht merken Sie es sich dieses Mal: Dieser Investor hatte es nämlich geschafft, ein historisches Gebäude am Valentinskamp, in dem sich heute der Engelsaal befindet, hervorragend zu renovieren und mit Kunst, Kultur, Gewerbe und Wohnungen zu bespielen. Insofern waren alle glücklich, dass dieser Investor gefunden war. Heute nun zu sagen, wir waren von Anfang an dagegen, aber wir haben es nicht gesagt, weil wir vergessen haben, es zu sagen, das ist einfach unaufrichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Probleme ergaben sich dann im Weiteren durchaus auch in der Zusammenarbeit mit dem Bezirk und aus den Schwierigkeiten, die dieses besondere Bauvorhaben einfach mit sich bringt. Ihre Behauptung, Herr Kollege Grote, der Bezirk hätte es dann gerettet, indem er den städtebaulichen Vertrag entwickelt hat, ist genauso falsch. Von Ihnen als gutem Juristen und Kollegen, als den ich Sie kenne und schätze, weiß ich, dass Sie es besser wissen. Es ist das übliche Verfahren in dieser Stadt. Die Liegenschaft verkauft das Grundstück und macht den einen Vertrag und die Bezirke machen den städtebaulichen Vertrag. Das passiert in sieben Bezirken und, oh Wunder, es geschieht auch im Bezirk Hamburg-Mitte. Das ist nicht Besonderes, da ist kein Unterschied, das machen wir

(Jörg Hamann)

seit Jahrzehnten so, im Übrigen auch in den 40 Jahren, die die SPD an der Regierung war.

Das haben wir unverändert fortgesetzt und es war die Aufgabe des Bezirks, den städtebaulichen Vertrag zu entwickeln; ohne städtebaulichen Vertrag kein Kaufvertrag. Als wir beides dann schließlich fertig hatten, wurde unterzeichnet, es ging zum Notar, der Vertrag wurde geschlossen und die weitere Ausarbeitung des Bauvorhabens mit Baugenehmigung sollte erfolgen. Das hat die letzten Jahre in Anspruch genommen. Das ist bedauerlich, aber nun, wie wir auch von der Kultursenatorin gehört haben, haben Sie vor kurzer Zeit gejubelt, man hätte jetzt endlich die Kurve gekriegt. Wir sehen, die Kurve ist noch nicht ganz gekriegt, aber ich bin sicher, wir werden die Kurve in Kürze kriegen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grote für vier Minuten.

Andy Grote SPD:* Gegen Ende nimmt die Debatte doch noch etwas an Fahrt auf. Herr Hamann, Sie sagen, die SPD hätte nie etwas gemacht, sei nicht interessiert und so weiter. 2001, als Sie die Regierung übernommen haben,

(*Barbara Ahrons CDU:* Entscheidungen mussten getroffen werden!)

gab es ein Konzept, das fertig war für eine Sanierung in öffentlicher Verantwortung. Es war an die GWG ein Auftrag ergangen, dies zu prüfen, dafür Szenarien zu entwerfen und das lag alles auf dem Tisch. Als Sie die Regierung übernommen haben, haben Sie das verschwinden lassen und gesagt, es werde jetzt ausgeschrieben, die Sache werde verkauft. Sie haben auch dieses ganze Ausschreibungsverfahren und das Ergebnis zu verantworten. Es mag sein, dass wir damals mehr Hoffnung hatten in diesen Investor; die Konzepte, die dort vorgestellt wurden, klangen auch recht gut, das bestreitet niemand. Aber zu sagen, deswegen sei die SPD von Anfang an an allen Dingen beteiligt gewesen, dem ist nicht so. Es gab keine Möglichkeit, aus der Nummer herauszukommen. Der städtebauliche Vertrag ist fast sieben Jahre nach der Anhandgabeentscheidung an diesen Investor verhandelt worden.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Da kann man mal sehen, wie langsam Hamburg-Mitte arbeitet!)

Das ist natürlich nicht der normale Gang der Dinge, sondern es ist verhandelt worden unter der Überschrift Ausstiegsszenarien; das war der Anlass, das ist kein normaler Vorgang.

Noch einmal zu Herrn Kerstan. Es wird hier immer bunter, jetzt darf man die Investoren schon nicht mehr kritisieren, weil die das in eine bessere Position gegenüber der Stadt bringe; das kann nicht Ihr Ernst sein. Als Opposition soll man ruhig sein, weil man sonst das Geschäft des Investors betreibe und den Kaufpreis hochtreibe.

(*Jens Kerstan GAL:* Da haben Sie nicht zugehört!)

Ich will Ihnen sagen, warum das so ist. In diese Lage hat uns einzig und allein das Verhalten des Senats manövriert, und zwar noch bis vor wenigen Monaten, als die Rate noch nicht bezahlt war. Da ist im Immobilienmanagement das Szenario Rückabwicklung durchgespielt worden. Das ist vom Immobilienmanagement selbst auf den Tisch gelegt worden. Der Investor ist zu diesen Gesprächen angereist und alles musste wieder eingesammelt werden, weil die Behördenleitung sagte, es finde nicht statt. Damals wäre es wesentlich günstiger gewesen darüber zu reden als jetzt.

(*Jens Kerstan GAL:* Sie sitzen immer an allen Tischen dabei! Woher wissen Sie das denn alles, das stimmt doch gar nicht!)

Ich glaube, Sie schätzen unsere Rolle etwas zu hoch ein, wenn Sie sagen, die Opposition betreibe hier das Geschäft des Investors.

(*Wolfgang Beuß CDU:* So ein Blödsinn!)

Sie sagen, Sie hätten kein Patentrezept. Es wäre aber schön, wenn ich von Ihnen einmal irgendein Rezept hören würde. Herr Hamann hat die soziale Erhaltungsverordnung angesprochen und gesagt, wir hätten das damals auch nicht gemacht. Wir haben vor 2001 drei soziale Erhaltungsverordnungen in Hamburg gehabt, von denen Sie zwei gekillt haben. Eine ist aufrechterhalten worden, die in der südlichen Neustadt, und Sie wissen genau, dass diese hochwirksam ist.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Vollkommen unnützes Instrumentarium!)

Sie ist das einzig wirksame Instrument, das wir an dieser Stelle haben. Ich bin sehr gespannt darauf, wenn Sie demnächst noch wirksamere Instrumente vorlegen. Aber erst einmal erwarte ich, dass man die Instrumente, die man hat, auch nutzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Redezeit der Aktuellen Stunde beendet.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Tagesordnung, der Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission
– Drs 19/4219 –]

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor, er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Es wäre hilfreich, wenn die noch nicht eingesammelten Stimmzettel hochgehalten werden, damit man erkennen kann, wo noch nachgearbeitet werden muss.

Gibt es noch nicht abgegebene Stimmzettel? – Das ist so. Dann bitte ich die Schriftführer, die noch nicht eingesammelten Stimmzettel, insbesondere der CDU-Fraktion, einzusammeln.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird nun ermittelt und ich werde es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Wir kommen zu Punkt 19 der Tagesordnung, Drucksache 19/4275, der Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft, Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. März 2009: Zusätzliche Betriebsprüfer für Hamburg.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. März 2009 „Zusätzliche Betriebsprüfer für Hamburg“ Drs. 19/2361
– Drs 19/4275 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Kerstan, bitte.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Großes Interesse auf der Senatsbank! Da sitzt keiner!)

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Zeiten der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten brechen Milliardenbeträge an Steuern in Hamburg weg. Dadurch entstehen große Probleme, die Regierungsseite muss über die größte Neuverschuldung jemals in Hamburg nachdenken. Die Frage ist, wie man auf diese Krise reagiert. Schafft man es, in dieser Krise die wesentlichen Tätigkeiten des Staates zur Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten, Zukunftsinvestitionen zu tätigen und gleichzeitig zukünftige Generationen nicht übermäßig zu belasten. Es gibt viele Sorgen in dieser Stadt, dass an falscher Stelle gespart werden würde. Es gibt die Aufforderung des finanzpolitischen Sprechers der SPD, doch endlich beim Betriebshaushalt einzusparen. Jeder, der den Betriebshaushalt gut kennt, weiß, dass es da meistens um Personal geht. Andererseits geht es auch darum, die Einnahmeseite des Staates zu verbessern.

Jetzt sind wir als Landespolitiker in der nicht sehr beneidenswerten Lage, dass wir zwar von Bundesebene immer sehr viele Ausgaben zugeteilt bekommen, aber auf der anderen Seite die dafür notwendigen Einnahmen durch Steuererhöhungen zum Beispiel nicht generieren können. Es gibt viele Vorschläge, dieses Dilemma auf Bundesratsebene zu lösen, Initiativen zu starten, um trotz sehr klarer Verhältnisse im Bundesrat unter anderem eine Vermögensteuer einzuführen, eine stärkere Erbschaftsteuer zu erheben und Ähnliches. Dies sind alles Maßnahmen, die auch im Parteiprogramm meiner Partei stehen, aber angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und der neuen Bundesregierung ist das natürlich ein frommer Wunsch.

Dieser Senat hat angefangen, sich das anzusehen, was er selbst beeinflussen kann, und einen Trend zu brechen, den es leider seit vielen Jahren, nicht nur hier in Hamburg, sondern in vielen Bundesländern, gibt, dass in der Finanzverwaltung bei den steuererhebenden Bereichen eine Art Schwindsucht herrscht, indem es immer weniger Personal gibt, das teilweise immer weniger in der Lage ist, Steuern einzutreiben. Das war eigentlich zu allen Zeiten so, egal, welche Regierungsfarben gerade im Senat vertreten waren, weil es leider einen strukturellen Grund dafür gibt. Die Ausgaben, die man dadurch tätigt, indem man Betriebsprüfer und Steuerprüfer einstellt, führen zu Mehreinnahmen, aber der Großteil dieser Mehreinnahmen geht entweder in den Bundeshaushalt oder in den Länderfinanzausgleich.

Natürlich ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit, gerade in einer Situation, in der schwierige Sparmaßnahmen auf die Stadt zukommen, klarzumachen, dass diese Stadt trotzdem auf den Bereich der Eintreibung von Steuern, der Durchsetzung der Steuergesetze ihren Schwerpunkt legt. Darum sind wir, das sage ich ganz ehrlich, sehr stolz, dass es uns gelungen ist, mitten in dieser Finanzkrise, wo in vielen Behörden natürlich auch darüber nachgedacht wird, Personal einzusparen, vielleicht freiwerdende Stellen nicht wieder zu besetzen, im Haushaltsplan zu vereinbaren, dass neue Jahrgänge an Anwärtern in der Finanzverwaltung eingestellt und auch ausgebildet werden, sodass in Zukunft in diesem Bereich die Steuerverwaltung auch wesentlich effektiver arbeiten kann, indem nicht nur altersbedingt ausscheidende Kolleginnen und Kollegen ersetzt werden, sondern dort auch aufgestockt wird. Das ist auch eine notwendige Maßnah-

(Jens Kerstan)

me, wenn man weiß, dass die Steuerverwaltung noch von ganz anderer Seite unter Druck steht, die zur Fluktuation führt. Die übermäßig komplizierte Steuergesetzgebung in diesem Land führt dazu, dass man als Steuerberater einem guten Einkommen frönen kann.

(*Antje Möller GAL:* Das stimmt!)

Die engagiertesten Mitarbeiter in der Steuerverwaltung stehen häufig unter einem sehr großen Abwerbungsdruck. Sie kennen die Steuerverwaltung sehr genau und sie bekommen dort, ich würde nicht sagen, unsittliche Angebote, aber doch sehr gut dotierte Angebote aus der Wirtschaft, sodass man sehr häufig die Situation hat, dort immer mehr Mitarbeiter ersetzen zu müssen, die dann den Sprung auf die andere Seite wagen.

Auch vor diesem Hintergrund ist es eine gute Botschaft für diese Stadt, dass es gelungen ist, zum 1. Oktober 2009, noch vor den Sparbeschlüssen, den ersten Jahrgang mit 24 Anwärtern und im nächsten Jahr 24 weitere einzustellen. Das ist ein kleiner Schritt, das will ich nicht leugnen, aber es ist auch ein bedeutsamer Schritt, weil er etwas symbolisiert. In diesem Bereich haben wir etwas bewegt, das dafür sorgen wird, dass Maßnahmen im öffentlichen Bereich auf eine größere Akzeptanz stoßen, denn letztendlich geht es hier um eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Das, was wir in den Gesetzen fixieren – Steuern sind zu zahlen und von staatlicher Seite auch durchzusetzen –, ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kreuzmann.

Thomas Kreuzmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich hätte ich Herrn Kerstans Worten nichts mehr hinzuzufügen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann können Sie es ja kurz machen!)

dennoch möchte ich einige wichtige Sachen etwas vertiefen. Der Bericht des Präsidenten, den wir heute debattieren, teilt uns mit, dass der Senat das Bürgerschaftliche Ersuchen aus der Drucksache 19/2361 umgesetzt und die Mittel zur Ausbildung von je 24 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärtern – Herr Kerstan sagte es – in den kommenden zwei Jahren im Haushalt eingestellt hat. Wer jetzt aber glaubt, dass mit den zusätzlichen Betriebsprüfern höhere Steuereinnahmen generiert werden, der wird enttäuscht sein. In der öffentlichen Diskussion wird oft suggeriert, dass die Steuereinnahmen mit jedem zusätzlichen Betriebsprüfer linear ansteigen werden. Das ist nicht der Fall. Der größte Teil der Steuereinnahmen durch Betriebsprüfungen wird durch die Prüfungen von Großbetrieben erzielt, das sind zurzeit 80 bis 90 Prozent. Diese Großbetriebe werden in der Anschlussprüfung auch noch regelmäßig überprüft. Zusätzliche Betriebsprüfer werden daher hauptsächlich bei den Klein- und Mittelbetrieben eingesetzt. Hier sind jedoch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen nicht so hoch. Auch die Steuererstattungen sind bei diesen Betrieben höher, sodass im Saldo nicht so viele Mehreinnahmen je Prüfer zu erwarten sind. Trotzdem ist die Ausbildung zusätzlicher Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter zu Betriebsprüfern sinnvoll und notwendig, einige Eckpunkte hat Herr Kerstan dazu genannt, die möchte ich nicht noch einmal wiederholen. Uns ist es wichtig, drei Dinge dabei zu erwähnen.

Zum Ersten wird damit der positiven Entwicklung in Hamburg Rechnung getragen, dass es neue und zusätzliche Betriebsansiedlungen gibt.

Zum Zweiten trägt es zur Steuergerechtigkeit bei, auch in präventiver Sicht.

Zum Dritten, das ist ein positiver Nebeneffekt, schafft Hamburg damit Ausbildungsplätze. Die Ausbildung der Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter dauert drei Jahre. Nach einer Zusatzausbildung von zwei Jahren können die ersten zusätzlichen Betriebsprüfer 2014 und später eingesetzt werden. Wir wünschen viel Erfolg bei der Ausbildung und der Umsetzung ihrer Aufgaben. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Teilnahmequote könnte man hier fast denken, das ist eine Orchideendebatte.

(*Antje Möller GAL:* Die haben alle Angst vor dem Betriebsprüfer!)

– Ja, genau, die sind wahrscheinlich alle draußen noch dabei, ihre Steuererklärung weiter zu optimieren.

Aber es geht um eine wichtige Sache und wir hatten Anträge quer durch die Fraktionen – es gab Anträge von der Linksfraktion dazu, auch von unserer Seite im Juni 2008, für 25 zusätzliche Finanzanwärterinnen und -anwärter – und wir freuen uns, dass auch dieser interfraktionelle Anstoß dazu geführt hat, dass sich die Regierungsfraktionen dem angenommen haben, dass es jetzt vorangeht.

Wir glauben, dass es gerade in diesen Zeiten wichtig ist, wenn in den nächsten Wochen, Ende November, die Sparklausur des Senats stattfinden

(Dr. Andreas Dressel)

wird. Irgendwann wird wohl einmal ein Ergebnis herauskommen, wenn es schon beim ersten Versuch nicht geklappt hat. Aber beim zweiten Versuch wird es Sparbeschlüsse geben, das ist dann auch ein Zeichen von grundsätzlicher Gerechtigkeit, dass man nicht nur die Frage von Steuergerechtigkeit aufwirft, sondern auch die Frage, was auf der Einnahmeseite getan werden kann. Dazu werden wir nachher sicherlich auch noch vom Kollegen Tschentscher Vorstellungen und Vorschläge von unserer Seite hören.

Wir glauben schon, dass es mit mehr Betriebsprüfern insgesamt ein Mehr an Einnahmen geben kann. Das kann man sicherlich nicht 1 : 1 berechnen nach dem Motto, ein Betriebsprüfer mehr gibt soundso viele Euro auf der Habenseite. Es wäre in der Tat schön, wenn man es so berechnen könnte, aber es kann ein Mehr an Einnahmen geben. Insofern ist es eine gute Entscheidung für die Steuergerechtigkeit, aber auch für die allgemeine Wahrnehmung von Gerechtigkeit, wenn es darum geht, wie in dieser Stadt Lasten verteilt werden in Zeiten knapper Kassen.

Ich will trotzdem ein paar Zahlen nennen. Wir müssen davon ausgehen, dass die Anwärter erst einmal ausgebildet werden, bis sie dann tatsächlich für die Betriebsprüfungen zur Verfügung stehen. Der Kollege Tschentscher hat vor Kurzem in einer Anfrage nachgehakt, dass wir bisher einen Sinkflug hatten bei der Zahl der Betriebsprüfer, also 618 vollzeitäquivalente im Jahr 2009; das war ein entsprechender Rückgang auch aus den Vorjahren. Wenn man sich dann die Zahlen der Betriebsprüfungen von 2007, 2008 und auch 2009 ansieht, so geht es rapide nach unten. Wenn man hochrechnet, welche Zahlen bis zum Juli 2009 auf die Anfrage von Dr. Tschentscher vom Senat vorgelegt wurden, dann werden wir wahrscheinlich weniger als 6000 Betriebsprüfungen im Jahr 2009 haben.

Das kann es nicht sein, das ist an der Stelle nicht das, was man von einem Senat und von der Finanzverwaltung erwartet. Wenn man die Großbetriebe betrachtet – der Kollege von der CDU sagte eben, man nehme dort vor allem etwas ein –, dann ist genau in dem Bereich ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen von 1300 im Jahr 2007 auf 1200 im Jahr 2008. Und wenn sich die Zahlen so fortschreiben, wird es auch in 2009 einen deutlichen Rückgang bei den Betriebsprüfungen der Großbetriebe geben, genau da, wo man auch als Steuerverwaltung Einnahmen erzielt.

Das ist ein falsches Signal und deshalb ist es gut, dass man jetzt mehr Leute einstellt, die diese Arbeit verrichten können, aber dies muss sich auch in der Vollzugspraxis auswirken und das heißt, hier muss genauer und intensiver geprüft werden. Wir hoffen, dass die Mehreinstellungen auch dazu führen, dass diese Zahlen nach oben gehen und dass hier etwas getan wird sowohl für den Stadtsäckel als auch für die Steuergerechtigkeit. In diesem Sinne wird uns das Thema sicher weiter beschäftigen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der GAL vom März liegt dieser Debatte zugrunde und zielt darauf ab zu prüfen, ob eine Aufstockung des Personals in der Steuerverwaltung zu mehr Steuergerechtigkeit führen kann.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Richtig!)

Ich will diesen heroischen Schritt von 24 erweiterten Ausbildungsplätzen nicht kleinreden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, wie dies im Slang heißt.

Zu Ihrem Antrag: Herr Jäger – ich kenne ihn von der Pferderennbahn und so weiter – ist unübertroffen in seiner Argumentation. Wenn er jetzt feststellt, dass mit diesen jeweils 24 Stellen dem Bürgerschaftlichen Ersuchen Genüge getan sei, dann leben wir in ganz unterschiedlichen Welten. Die GAL hat zu Recht in einer breiten Begründung gesagt, so können wir nicht weitermachen. Herr Kreuzmann, der Hinweis, dass oft in der Debatte etwas schöngerechnet werde, ist in Ordnung, aber für das, was uns vorliegt, ist noch ein anderes Argument wichtig. Die jetzige Praxis des Steuervollzugs – ich erwähne Schwarz-Gelb erst gar nicht – ist auch in Hamburg ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Es mangelt an Steuerprüfern und an technischer Ausstattung in den Finanzämtern. Zusammenfassend hat der Präsident des Bundesrechnungshofs formuliert, die Steuererklärungen würden nur noch im Schnellverfahren bearbeitet, fast wie bei der HSH Nordbank und dem Schnell-Ankaufverfahren. Den Bearbeitern bleibe nichts anderes übrig, als die Angaben überwiegend zu übernehmen und abzuhaken. Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, dass der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze nicht mehr gewährleistet sei; um diesen Punkt geht es. Dass dies einkommensmäßig in dieser Situation nicht zu unterschätzen ist, finde ich auch. Aber wir haben Zustände, in denen keine Rechtsgleichmäßigkeit mehr gewährleistet ist, das heißt, ein Teil der Steuersubjekte entzieht sich systematisch der Verpflichtung. Wir wissen das und das ist der zentrale Punkt. Das kann man mit 48 zusätzlichen Stellen in zwei Jahren – vielleicht geht das ja noch weiter – nicht gewährleisten. Ich bin ausgesprochen

(Dr. Joachim Bischoff)

skeptisch, ob und in welchen Zeiträumen wir hier weiterkommen.

Das heißt, es geht um den verfassungsmäßigen Gleichheitsgrundsatz. Abgesehen von den Details und den Schlussfolgerungen ist das für unseren Etat sowie für das Gemeinwesen eine ganz schwere Schädigung, die wir seit Jahrzehnten einfach hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frage der Schaffung einer zentralen Steuerverwaltung wird immer wieder aufgeworfen. Es gibt auch Berechnungen, dass dies 11 Milliarden Euro mehr im Jahr einbringen würde. Das ist für mich aber nicht der entscheidende Punkt, sondern entscheidend ist, dass wir uns keinen Gefallen tun, wenn wir die Verletzung der Verfassung in dieser Weise weiterhin tolerieren.

Wenn man sich das im Einzelnen ansieht, dann sieht man, dass Hamburg nicht besonders gut dabei abschneidet, sondern eher noch am Schluss der Skala steht. Das heißt, hier wird noch einmal besonders krass der Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Die Zahlen sind dann auch sehr beeindruckend. Gerade in der Krise wäre die Erhöhung der Einnahmen in diesem Bereich wichtig. Wir konnten vorhin die Debatte nicht führen, aber wenn der große Finanzpolitiker Kruse mit 10 Prozent Personalkürzungen, also mit der Zahl von 7500 Stellen, alle Leute in Hamburg aufscheucht, dann wissen wir, was eigentlich die Alternative ist. Die Alternative ist, dass sich bestimmte Bürgerinnen und Bürger systematisch ihrer Pflicht entziehen, ihren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu leisten. Das kann meines Erachtens nicht hingenommen werden.

Besonders krass ist dies vor allen Dingen bei Einkommensmillionären. Eigentlich sollten ihre Angaben regelmäßig in Außenprüfungen unter die Lupe genommen werden. Tatsächlich liegt die Quote nur bei rund 15 Prozent und bei geschickter Wahl des Bundeslandes auch in der Nähe von Null. Dabei sind die Prüfungen natürlich lukrativ. Der Bundesrechnungshof sagt, ein gutes Beispiel für einen nicht ordnungsgemäßen oder nicht mehr gesetzmäßigen Vollzug der Steuergesetze sei die Überprüfung oder mangelnde Prüfung, sprich Außenprüfung, der sogenannten Einkommensmillionäre. Die sollen laut Anweisung des Finanzministers zu 100 Prozent überprüft werden und die Länder, die diese Prüfungen vollziehen, kommen dem nicht nach, auch Hamburg nicht. Das ist unter allen Gesichtspunkten ein Skandal. Ich bin wirklich Pragmatiker, aber sehen Sie es mir nach, dass ich über diese 48 Ausbildungsstellen wirklich nicht in Jubel ausbrechen kann. Da muss noch einiges passieren, wenn wir dieses Problem beseitigen wollen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/4275 Kenntnis genommen hat.

Ich weiß, dass Sie sicher sehr gespannt sind auf das Wahlergebnis der Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommisssion.

Es sind insgesamt 111 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren einer ungültig, vier Enthaltungen, neun Nein-Stimmen. Uwe Grund ist mit 97 Stimmen gewählt worden.

Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zu Punkt 50 der Tagesordnung, Drucksache 19/4399, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE: Zusätzliche Belastungen der Kommunen verhindern – weitere Absenkung des Bundeszuschusses für Kosten der Unterkunft und Heizung stoppen.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Zusätzliche Belastungen der Kommunen verhindern - weitere Absenkung des Bundeszuschusses für Kosten der Unterkunft und Heizung stoppen
– Drs 19/4399 –]

Diese Drucksache 19/4399 möchte die Fraktion DIE LINKE federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Baum, bitte.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Bei der steigenden Arbeitslosigkeit steigen auch die Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose voraussichtlich im nächsten Jahr bundesweit um circa 2 Milliarden Euro von bisher 14 auf 16 Milliarden Euro. Das sind die Prognosen des Bundes. Mit dem Gesetzentwurf versucht die Bundesregierung, die steigenden Kosten 1 : 1 auf die ohnehin stark belasteten Kommunen abzuwälzen. Voraussichtlich am 27. November 2009 soll im Bundesrat abschließend darüber beraten werden.

Der Bund beteiligt sich an den Kosten zur Unterkunft für Langzeitarbeitslose, weil den Kommunen damit eine Entlastung ihrer Haushalte von circa 2,5 Milliarden Euro verschafft werden sollte, das wurde in den Verhandlungen zum Zweiten Buch des SGB so zugesagt. Wenn dieses Sechste Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches so wie im vorgelegten Entwurf beschlossen werden würde, müssten die Kommunen circa 2 Milliarden Euro mehr zu den Leistungen für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose beitragen. Woher soll das Geld kommen in Zeiten

(Elisabeth Baum)

der Wirtschaftskrise, bei steigender Arbeitslosigkeit und damit ohnehin steigenden Ausgaben für die Kommunen? Es wird wahrscheinlich auch noch dazu kommen, dass Hamburg Steuereinnahmen fehlen, vermutlich dramatisch sinkende Steuereinnahmen, die gleichzeitig auf den Haushalt drücken.

Ein weiterer Punkt ist die Grundlage der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten für Leistungen zu Unterkunft und Heizung. Hier wird seit 2008 eine Formel angewendet, die sich nicht an den tatsächlichen Ausgaben der Kommunen orientiert, sondern an einer statistischen Planzahl, die die Zahl der Bedarfsgemeinschaften vor eineinhalb Jahren zugrunde legt. Der Deutsche Städtetag hat in seiner Erklärung zum Gesetzentwurf vom 7. Oktober gefordert, dass die Kommunen in Zeiten der Wirtschaftskrise auf keinen Fall mit 2 Milliarden Euro mehr belastet werden dürften, im Gegenteil, der Anteil des Bundes an den Kosten müsse sogar noch erhöht werden. Die Errechnung des Bundesanteils müsse in jedem Fall aus den realen Ausgaben erfolgen. Die kommunalen Spitzenverbände haben den Beschluss der Bundesregierung vom 7. Oktober 2009, mit dem die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und ihre Familien ab dem Jahr 2010 auf durchschnittlich 23,6 Prozent gesenkt werden sollen, massiv kritisiert – ich zitiere – :

> "Es ist ein sehr unfreundlicher Akt, wenn die Bundesregierung nach wochenlangem Protest der Kommunen meint, ihnen mitten in der Wirtschaftskrise trotz wachsender Arbeitslosigkeit zusätzliche Lasten aufbürden zu können."

So der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Dr. Stefan Articus.

Wenn man eine ernsthafte Haushaltspolitik betreibt, die zum Ziel hat, die Mehrbelastung des Hamburger Finanzhaushalts durch die Folgen der Wirtschaftskrise einzudämmen, ist es sinnvoll und notwendig, dass sich Hamburg im Bundesrat dafür einsetzt, dass der Bund die erwarteten Mehrkosten für Unterkunft und Heizung von Langzeitarbeitslosen von 2 Milliarden Euro nicht einfach an die Kommunen weiterreicht. Laut dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales soll im Jahr 2010 ohnehin eine Evaluation der bisherigen Rechtslage und der Berechnungsformel des Bundesanteils stattfinden. Es wäre also sinnvoll, eine gesetzliche Entscheidung erst nach den Ergebnissen der Evaluation zu treffen und damit nicht einseitig zulasten der Kommunen. Ich hoffe, dass Hamburg sich im Bundesrat entsprechend dafür einsetzt, denn man kann nicht einerseits mehr Geld und mehr Beteiligung vom Bund fordern und andererseits dies einfach so hinnehmen. – Vielen Dank.

> (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Der Abgeordnete von Frankenberg hat das Wort.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Kern der Sache haben Sie mit Ihrem Anliegen recht, da kann ich Ihnen durchaus zustimmen. Sie fordern den Senat auf, sich dazu zu positionieren. Hierzu will ich Ihnen kurz etwas zur Kenntnis geben, und zwar darf ich Folgendes zitieren:

> "Ein im Gesetzentwurf vorgesehenes Absinken der Bundesbeteiligung auf bundesdurchschnittlich 23,6 Prozent widerspricht der gesetzlichen Zusage einer bundesweiten Entlastungswirkung von 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2010. Der Bundesrat weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Bereich der Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht einseitig auf die ohnehin stark belasteten kommunalen Haushalte verlagert werden dürfen.
>
> Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Änderung der Anpassungsformel für die Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung … vorzunehmen."

Das ist in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik, Bundesratsdrucksache 748/1/09 vom 26. Oktober 2009, so dargelegt und das ist auch die Position der Freien und Hansestadt Hamburg. Insofern ist der Senat da schon sehr viel weiter als Sie und Sie sind mit Ihrem Antrag im Grunde genommen ein bisschen zu spät gekommen.

> (Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass es hier nicht um ein Politikum geht und nicht um eine politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien, sondern hier geht es im Grunde genommen um die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den Kommunen und Bundesländern auf der einen und dem Bund auf der anderen Seite.

Nun muss man allerdings dazu sagen, dass es nicht nur die Kosten für die Unterkunft zu besprechen gibt, sondern in Bezug auf den Koalitionsvertrag, das haben alle mitbekommen, gibt es zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung einiges zu besprechen. Die Unterkunftskosten sind nur eines dieser Themen und werden mit Sicherheit auf der Tagesordnung stehen, damit wir dort zu einem gerechten Ausgleich kommen.

Die gegenwärtige Rechtslage ist unnötig kompliziert und sie ist auch etwas intransparent. Von daher gibt es eine gewisse Rechtsunsicherheit und der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP hat dort eine Überarbeitung vorgesehen. Das macht si-

(Egbert von Frankenberg)

cherlich Sinn, denn die gegenwärtige Berechnungsformel ist aus unserer Sicht oder aus Sicht der meisten Bundesländer nicht sachgerecht. Daher begrüßen wir eine Überarbeitung und hoffen, dass es in Zukunft zu einem gerechten Ausgleich kommen wird.

Der Antrag ist durch die Länderaktivitäten im Bundesrat, denen Hamburg sich angeschlossen hat, im Grunde genommen erledigt. Wir wissen nicht, wie es nachher im Plenum des Bundesrates ausgeht, aber Hamburg hat sich in dem zuständigen Ausschuss klar positioniert und insofern werden wir Ihren Antrag, weil er zu spät gekommen ist, heute hier ablehnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Badde.

Elke Badde SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt gute Gründe, über die Finanzierbarkeit von staatlichen Leistungen durch Länder und Kommunen nachzudenken, denn auf Bundesebene wurde soeben ein Koalitionsvertrag abgeschlossen, der als Vertrag zuungunsten Dritter eigentlich unwirksam sein müsste. Doch, verehrte Fraktion DIE LINKE, der vorliegende Antrag ist ungeeignet, dieses Thema zu bewegen.

Erstens hat Herr Frankenberg das schon ausgeführt, aber zweitens stecken in dem Antrag auch einige Inhalte, die es hier noch einmal zu bewerten gilt, denn ganz so einfach ist die Welt nicht, wie Sie als LINKE das in dem Antrag darstellen. Nicht der im Bundesrat vorliegende Gesetzesantrag legt die Kostenbeteiligung des Bundes fest, sondern bereits das Zweite Buch des Sozialgesetzbuchs. Dort wird nämlich im Paragrafen 46 festgelegt, dass die Kommunen die Kosten der Unterkunft zu tragen haben. Gleichzeitig wurde ein Ergebnis der Hartz-IV-Verhandlungen gesetzlich festgeschrieben, nämlich dass der Bund die Länder bei einem Teil der Kosten entlasten soll. Dafür ist sogar die Summe von 2,5 Milliarden Euro gesetzlich festgelegt worden.

Damit diese Summe relativ gleichmäßig erreicht werden kann, ist gleichzeitig gesetzlich auch festgelegt worden, dass der vom Bund zu leistende Prozentsatz nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ermittelt wird. Und diese Festlegung muss immer wieder neu getroffen werden, sonst können die 2,5 Milliarden Euro überhaupt nicht zur Auszahlung kommen. Das ist mit dem vorliegenden Bundesgesetz geschehen.

Dieses Bundesgesetz ist wiederum nicht zustimmungspflichtig. Insofern kann der Bundesrat zwar seine Meinung dazu äußern, aber er kann es nicht ablehnen. Daher, werte Fraktion der LINKEN, könnte gar nichts verändert werden, auch wenn wir hier einer Ablehnung zustimmen sollten. Vielmehr müssen wir zunächst den Zweiten Band SGB ändern, damit sich an der Finanzierung der Unterkunftskosten etwas verändert.

Was können wir also tun? Prinzipiell ist die Finanzsituation der Kommunen und auch die des Stadtstaats Hamburg angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise auch im Hinblick auf die Sozialleistungen viel prekärer geworden. Es darf aber nicht vergessen werden, und das wird ganz schnell unterschlagen, welch enorme Last den Kommunen, und damit auch dem Stadtstaat Hamburg, durch die Hartz-IV-Reform genommen wurde. Dagegen sind die Prozentanteile der Kosten für Unterkunft ein Klacks. Durch die Übernahme aller arbeitsfähigen Menschen in das System von SGB II haben die Kommunen und damit auch der Stadtstaat Hamburg schlagartig Millionen von Euro für Hilfe zum Lebensunterhalt gespart. Das war das größte Finanzierungsprogramm aller Zeiten für die Kommunen. Dies ist bisher viel zu wenig betont worden. Davon wird auch ungern geredet in Zeiten, in denen es enger wird, und wenn, wie in diesem Fall, für Unterkunftskosten etwas mehr gezahlt werden muss.

Außerdem hat der Anstieg der Aufwendungen für Unterkunftskosten eine Menge mit verfehlter Wohnungspolitik zu tun. Und dies wiederum liegt in der Verantwortung des Senats, der seit dem Jahre 2001 massiv den Wohnungsbau und insbesondere das Angebot an preisgünstigem Wohnraum durch Nichtförderung eingeschränkt hat. Dieser Verantwortung kann sich der Senat zumindest aufseiten der CDU als Regierungsfraktion nicht entziehen.

Insgesamt scheint man sich aber auf Bundesebene, das hat Herr von Frankenberg eben betont, dessen bewusst geworden zu sein, dass der im Gesetz vorgegebene Maßstab, nämlich die Bundeszuschüsse nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu bemessen, nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Dies spiegelt nämlich nicht den wahren Anstieg der kommunalen Kosten wider. Das hat, Herr von Frankenberg hat darauf Bezug genommen, auch der Sozialausschuss festgestellt und deshalb eine Änderung der Berechnungsformel vorgeschlagen. Dem schließen wir uns an.

Nicht vergessen dürfen wir vor diesem Hintergrund, dass die neue Koalition in Berlin viele nette Vereinbarungen zulasten Dritter getroffen hat, insbesondere der Länder und Kommunen. Und jede Belastung, wie auch die hier vorgesehene, wirkt sich vor dem Hintergrund sinkender Steuereinnahmen doppelt kritisch aus. Vorsichtige Schätzungen sprechen nämlich davon, dass den Gemeinden ab 2010 jährlich 7 Milliarden Euro fehlen werden und den Ländern noch einmal 10 Milliarden Euro. Man kann sich vorstellen, dass dies hier im Stadtstaat

(Elke Badde)

Hamburg doppelt wirkt. Das heißt also, die Finanzierbarkeit der Unterkunftskosten muss völlig neu aufgerollt werden, damit wieder ein gerechterer Beurteilungsmaßstab gefunden werden kann. Dafür müssen aber auch alle Fakten zu den künftigen Belastungen für Kommunen und Länder auf den Tisch.

Insofern beantragen wir die Überweisung des Antrags, ansonsten müssten wir ihn ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es hat sich eben schon im Redebeitrag des CDU-Kollegen abgezeichnet: Es ist schade, dass wir nicht, wie im Eingabenausschuss, für "erledigt" stimmen können. Die LINKE hat recht mit ihrem Antrag. Anders als es sich hier vielleicht gerade abzeichnet, denke ich, dass sich auf Bundesebene tatsächlich viel politischer Streit an diesem Thema entzünden wird, nicht nur zwischen Bund und Ländern. Diese Neuregelung mit der Anpassungsformel wurde im Jahre 2008 geschaffen. Wenn man sich das Abstimmungsverhalten damals vor Augen führt, waren es CDU und SPD, die diese Anpassungsformel vehement verteidigt und eingeführt haben, während Grüne, LINKE und FDP sie vehement abgelehnt haben. Bei den Debatten ging es wirklich hoch her, anders als jetzt hier bei uns. Daher bleibt die spannende Frage: Wie wird sich die neue Koalition verhalten?

Die Frage ist auch – Frau Badde, Sie haben darauf hingewiesen –, welches Gewicht, welchen Stellenwert die Länder ihren aus unserer Sicht sinnvollen und richtigen Forderungen nach einem Gesetzentwurf, der sich an den tatsächlichen Kosten der Unterkunft und nicht an einer, man kann fast sagen fiktiven Zahl von Bedarfsgemeinschaften orientiert, geben werden. Wie heftig der Streit geführt werden wird, werden wir sehen.

Ich habe absichtlich gesagt, dass diese Zahl der Bedarfsgemeinschaften fiktiv ist. Für das Jahr 2008 will ich gerne unterstellen, dass man deshalb so entschieden hat, weil konjunkturell bedingt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften damals, zumindest vorübergehend, rückläufig war. Aber wir wissen alle, wie sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften steuern lässt, nämlich indem man zum Beispiel jungen Erwachsenen ohne eigenes Einkommen eben nicht die Möglichkeit gibt, als eigenständige Bedarfsgemeinschaft in einer eigenen Wohnung zu leben. Da werden wir insgesamt eine ganz neue Debatte bekommen, denke ich. Auf Bundesebene ist zum Thema Neuorientierung, Neuorganisation der ARGE einiges zu erwarten.

In diesem Fall würde ich gerne sagen, das ist erledigt, aber weil es hier nicht anders geht, werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. Am Freitag befasst sich der Bundesrat mit dem Antrag und dann wird man sehen, wie im Plenum des Bundesrates entschieden wird, ob es eine Mehrheit der Länder dafür gibt. Es gibt jedenfalls aus Hamburg eine positive Unterstützung und das ist aus unserer Sicht das richtige Signal.

(Beifall bei der GAL und bei *Olaf Böttger CDU*)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, Ihre Information war sehr wichtig. Wir haben diesen Antrag am 20. Oktober gestellt mit der klaren Zielrichtung, dass der Senat im Bundesrat in dieser Richtung aktiv wird. Wir fanden es total wichtig, dass in der Bürgerschaft über dieses Thema und dieses Problem diskutiert wird. Da der Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrates am 26. Oktober getagt hat und der entsprechende Antrag dem Plenum am kommenden Freitag vorliegen wird, betrachten auch wir diesen Antrag als erledigt und ziehen ihn zurück.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*, *Antje Möller GAL*, *Egbert von Frankenberg* und *Viviane Spethmann, beide CDU*)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Und weil der Antrag zurückgezogen wurde, brauchen wir auch nicht mehr abzustimmen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 14, Drucksache 19/4242, Senatsmitteilung: Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg.

[Senatsmitteilung:
Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg
– Drs 19/4242 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz und mitberatend an den Wissenschafts- sowie an den Sozialausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Stemmann hat das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Gesundheit ist der größte Reichtum eines Menschen sagt ein deutsches Sprichwort. In der Tat ist sie uns allen ein sehr hohes und wertvolles Gut. Wir wollen sie

(Hjalmar Stemmann)

bewahren und gesund bleiben und wir wollen bei Krankheit wieder gesund werden. Dafür geben wir in Deutschland eine Menge Geld aus. Und so verwundert es nicht, dass dort, wo es Nachfrage nach Gesundheitsprodukten und -leistungen gibt, auch ein umfangreiches Angebot entsteht, das von Krankenhäusern, Kliniken, Praxen, Apotheken über Forschungseinrichtungen, Lehranstalten und Hochschulen bis zu Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistern reicht und zu dem auch Service, Betreutes Wohnen, Wellness, Sportanlagen, Ernährung und gesundheitstouristische Angebote zählen. All das ist Gesundheitswirtschaft und sogar noch viel mehr. Es handelt sich dabei um eine überproportional wachsende und innovative Branche, die insbesondere für Hamburg einen Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung steht. Das sehen Sie allein schon daran, dass bundesweit mit Wachstumsraten von 5 bis 10 Prozent gerechnet wird und dass jeder achte Hamburger im Gesundheitsbereich tätig ist. Das waren im Jahr 2007 immerhin rund 105 000 Menschen in 800 Berufen.

Der Senat hat das Potenzial dieser Branche längst erkannt und bereits seit einigen Jahren eine gute Basis geschaffen, indem er zum Beispiel den Krankenhaussektor finanziell gestärkt hat. Allein 111 Millionen Euro Haushaltsmittel sind in diesem Jahr für die Investitionsförderung der Krankenhäuser veranschlagt. Das ist Förderung auf Spitzenniveau, damit steht Hamburg auch in diesem Jahr bundesweit wieder an erster Stelle.

Aber der Standort Hamburg kann noch viel mehr. Unsere Stadt ist ein starker Gesundheits- und Medizinstandort mit großem Zukunftspotenzial und genau dieses Potenzial wollen wir weiter fördern und ausbauen. Darum entwickelt der CDU-geführte Senat eine Gesundheitswirtschaftsstrategie als Fortsetzung und Ergänzung des erfolgreichen Clusters Life Science, über die er uns mit dieser Senatsmitteilung informiert.

Meine Damen und Herren! Die Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft im Großraum Hamburg ist wichtig für die Bevölkerung, für die Patienten und die vielen in der Branche Beschäftigten. Die Gesundheitspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und die Stärkung der mit Gesundheit beschäftigten Betriebe und deren Arbeitnehmer sowie Freiberufler dient vor allem dem Patienten. Und sie ist ein bedeutender Baustein für den Wirtschafts- und damit den Arbeitsmarktstandort. Von den über 100 000 Beschäftigten in unserer Stadt arbeitet rund die Hälfte nicht direkt am Patienten, sondern in der Forschung oder in Unternehmen aus dem Bereich Medizintechnik, Biotechnologie, Gesundheitshandwerken und Pharma. Das heißt, wenn die Gesundheitswirtschaftsstrategie erfolgreich sein soll, dann müssen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch attraktiver gestalten, die gesamte Branche und alle Akteure einbinden und uns auch um Neuinvestoren in Hamburg bemühen. Die vom Senat erarbeiteten Handlungsfelder und Maßnahmen der Strategie sind wichtig und richtig, um die genannten Ziele zu erreichen.

Die Wirtschaft habe ich bereits erwähnt. Beispielhaft sei auch der Bereich Aus- und Fortbildung erwähnt. Hier ist zum Beispiel interessant, welche Ausbildungs- und Berufsbedarfe es zukünftig geben wird und wie sich Hamburg hier aufstellen kann. Dazu findet im Dezember zum Beispiel eine Messe "Wachstumsmarkt Pflege und Gesundheit" in der Agentur für Arbeit statt. Sie ist eine gemeinsame Aktion mit der Hansestadt für interessierte Arbeitslose, Arbeitgeber und Qualifizierungsträger und informiert über entsprechenden Fachkräftebedarf.

Darüber hinaus muss und soll, und das halte ich für besonders wichtig, aus der Gesundheitswirtschaft heraus entwickelt werden, was der Standort Hamburg benötigt und was ihn verbessern kann, denn dort sitzen die Expertise und das Engagement und dort werden die maßgeblichen Ideen entwickelt. Dafür bedarf es Strukturen, die zumindest eine Zeit lang speziell auf die Bedürfnisse der Hamburger Gesundheitswirtschaft ausgerichtet sind. Und genau dafür hat der Senat zusammen mit der Handelskammer Hamburg in Public Private Partnership die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH gegründet, deren Aufgabe es ist, zu koordinieren, zu vernetzen, die Handlungsfelder mit konkreten Maßnahmen weiterzuentwickeln, neue anzustoßen und für deren Umsetzung zu sorgen.

Dabei sollten wir keine Doppelstrukturen schaffen, sondern die bisherigen Einrichtungen bestmöglich nutzen, zum Beispiel die Clusterexpertise, die Hamburg inzwischen federführend in der BWA aufweisen kann. Ebenso ist eine enge Zusammenarbeit mit der Agentur für das Life Science Cluster von Hamburg und Schleswig-Holstein, der Norgenta, wichtig. Um noch einmal die Abgrenzung klarzumachen: Die Norgenta ist für die wissenschaftlichen und technischen Innovationen in der Gesundheitswirtschaft zuständig, und das länderübergreifend für Schleswig-Holstein und Hamburg. Die Clusteragentur Gesundheitswirtschaft Hamburg ist zurzeit nur auf die Hansestadt ausgerichtet und hat zum Ziel, erstens an der Verbesserung der Gesundheitsversorgung mitzuwirken und zweitens den Gesundheitsstandort zu stärken.

Eingebunden wird über die Gesundheitswirtschaft Hamburg GmbH auch die Handelskammer Hamburg. In deren Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft sind maßgebliche Branchenakteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Versorgung und Verwaltung organisiert. Aus diesem Kreis stammt das Konzept, mit dem Hamburg am Wettbewerb "Gesundheitsregionen der Zukunft" des Bundesministeriums für Forschung und Bildung teilgenommen hat. Dieser

(Hjalmar Stemmann)

geht nun in die dritte Runde und Hamburg ist dabei.

Ich hoffe, dass sich Hamburg mit der Gesundheitswirtschaftsstrategie in genau die richtige Richtung entwickelt. Ich setze sehr große Hoffnung in diese Aufgabe und wünsche mir, dass Hamburg auch mit der maßgeblichen Unterstützung aus der Bürgerschaft in dieser Hinsicht Vorbild für andere Regionen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Jenny Weggen GAL*)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Domres.

Anja Domres SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Stemmann, erst einmal vielen Dank für diesen mitreißenden Vortrag.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Ich weiß gar nicht, wie oft die CDU in dieser Legislaturperiode bereits das Thema Gesundheitswirtschaft zur Debatte angemeldet hat, vier- oder fünfmal, ich glaube, Sie wissen es selbst nicht.

(*Hjalmar Stemmann CDU:* Zweimal!)

Es ist wirklich interessant, dass der CDU-Fraktion beim Thema Gesundheit nur das Thema Gesundheitswirtschaft einfällt. Es gibt für Sie scheinbar kein anderes Thema in diesem Bereich. Dabei gibt es so viele wichtige Gesundheitsthemen in dieser Stadt, wie beispielsweise die ambulante Versorgung oder auch die Situation in den Krankenhäusern.

Heute dürfen wir uns also mit einer 16-seitigen Senatsdrucksache zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg beschäftigen. Auf den ersten Seiten erfolgt ein reiner Statusbericht, altbekannte Zahlen, leider nichts Neues. Wir erfahren unter anderem, dass die Zahl der älteren Menschen in der Bevölkerung zunimmt und dies natürlich Auswirkungen auf Pflege und die gesundheitliche Versorgung in Hamburg haben wird. Für den Senat ist das offensichtlich eine neue Erkenntnis, für die Mehrheit der hier Anwesenden ist es eher nichts Neues. Wer jetzt glaubt, wenigstens auf Seite 9 konkrete Handlungsansätze zu finden, Hinweise darauf, was mit welchen Akteuren in welcher Zeit umgesetzt werden soll, wird leider bitter enttäuscht. Es folgen weitere acht Seiten mit Absichtserklärungen. Da heißt es, der Zugang zu Beratungsangeboten und das Angebot haushaltsnaher Dienstleistungen solle ausgebaut werden. Das klingt irgendwie einleuchtend. Aber was ist daran innovativ? Der Senat will den mündigen beziehungsweise informierten Versicherten, die Bürgerinnen und Bürger sollen informiert werden; das ist das sogenannte Empowerment. Informierte Versicherte wollen wir alle sein. Aber wie soll das umgesetzt werden, durch mehr Transparenz? Ein guter Ansatz. Dies soll besonders für benachteiligte Gruppen gelten und für diese verbraucherorientiert aufbereitet werden. Aber wie das geschehen soll, wird mit keinem Wort erwähnt.

Konkret wird die Drucksache leider nur an wenigen Stellen. Die Gesundheitswirtschaft wird als wichtiger Wirtschaftsfaktor bezeichnet und dies ist sicherlich richtig. Aber die Frage ist, ist die Gesundheitswirtschaft auch der wachsende Markt, wie er in der Drucksache beschrieben wird. Mittel- und langfristige Wachstums- und auch Beschäftigungseffekte in der Gesundheitswirtschaft sind nicht erkennbar. Die Krankenhäuser haben bis heute, soweit bekannt, keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen und es gibt auch keine Hinweise darauf, dass sie dies zu tun gedenken. Diese Einschätzung wird durch Angaben des Statistischen Bundesamtes gestützt. In der "Financial Times" erschien im September dieses Jahres ein Artikel, der sich mit den Beschäftigtenzahlen in der Gesundheitswirtschaft befasste. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Beschäftigtenzahlen seit dem Jahre 2000 bundesweit um mehr als 40 000 gestiegen. Das klingt gut, sieht aber anders aus, wenn man bedenkt, dass das Arbeitsvolumen von 1997 bis 2007 mit rund 3,3 Millionen rechnerisch Vollzeitbeschäftigten relativ konstant geblieben ist. Das Wachstum der Beschäftigtenzahlen ist nur der Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen geschuldet und bedeutet keineswegs eine Zunahme der Stellen insgesamt.

Mit keiner Zeile wird in der Drucksache auf die wirklichen Probleme beim Thema Gesundheit Bezug genommen. Da wird zwar erwähnt, Hamburg sei bei den Krankenhausinvestitionen Spitzenreiter und gebe rund 9000 Euro im Jahr für ein Krankenhausbett aus im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die nur 5700 Euro im Jahr ausgäben. Das, lieber Senat, heißt aber nicht, dass Hamburg besonders gut ist, sondern nur, dass Hamburg besonders viel Geld ausgibt. Wenn die Tatsache, dass man besonders teuer baut, einen gleich in die Spitzengruppe katapultieren würde, dann wären wir, wenn wir die explodierenden Kosten der Elbphilharmonie betrachten, auf dem besten Weg, Kulturhauptstadt Europas zu werden.

(Beifall bei der SPD)

In der Drucksache wird leider auch nichts dazu gesagt, dass Hamburg den Landesbetrieb Krankenhäuser trotz eines anderslautenden Volksentscheids verscherbelt hat und rund 1000 Beschäftigte von Asklepios

(*Jörn Frommann CDU:* Immer dieselbe Leier!)

Ihr Wahlrecht wahrgenommen haben und zur Freien und Hansestadt Hamburg zurückgekehrt sind. Sie konnten die Arbeitsbedingungen ihres neuen

(Anja Domres)

Arbeitgebers Asklepios nicht ertragen, hatten Angst vor Jobverlust und haben lieber in Kauf genommen, an irgendeinem Arbeitsplatz der Stadt Hamburg zu landen. Dabei haben viele bis heute keinen festen Arbeitsplatz, sondern dümpeln in irgendwelchen Projekten vor sich hin. Was soll mit diesen Menschen eigentlich auf lange Sicht passieren? Gibt es irgendein Konzept des Senats? Ich kenne keines.

Eine Folge des Verkaufs ist, dass sich der Pflegenotstand verschärft hat. Es herrscht in den Krankenhäusern eine dramatische Pflegesituation. Besser als sich damit zu brüsten, viel Geld in Krankenhausbetten zu stecken, sollten Sie überlegen, in die Menschen, in die Köpfe zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema ambulante Versorgung wird in der Drucksache zwar gesagt, dass die Versorgungsstrukturen für Patientinnen und Patienten optimiert werden sollen, es wird aber mit keinem Wort erwähnt, wie die ambulante Versorgung in den besonders sozial schwachen Stadtteilen zukünftig sichergestellt werden soll. Wir haben in Hamburg ein dramatisches Versorgungsproblem, ein großes Angebot in Stadtteilen wie beispielsweise Eppendorf, ein schlechtes beziehungsweise gar kein Angebot in den sogenannten sozial schwachen Stadtteilen. Da nützt die vielbeschworene Facharztdichte und die Versorgung von Hamburg zu insgesamt 100 Prozent auch nichts.

Stattdessen wird stolz auf das Umsatzvolumen der Individuellen Gesundheitsleistungen, der sogenannten IGeL hingewiesen, Leistungen, die Versicherte als Selbstzahler in Anspruch nehmen können. Leider wird dabei vergessen, dass es sehr viele Menschen gibt, die sich solche Extraleistungen gar nicht leisten können.

Klammheimlich haben die Freie und Hansestadt und die Handelskammer im März dieses Jahres eine Gesellschaft gegründet, um die Gesundheitswirtschaft zu bündeln und bei einem Wettbewerb des Bundesforschungsministeriums Geld locker zu machen. Hamburg hat sich beworben, um zu den fünf Gesundheitsregionen der Zukunft zu gehören. Dies hätte 10 Millionen Euro aus dem Fördertopf gebracht. Leider ist es dem Senat nicht gelungen. Statt der erhofften Millionen gewann er in der ersten Runde 100 000 Euro und muss nun auf die dritte Runde hoffen. Ich hoffe, dies deckt wenigstens die bisher entstandenen Kosten.

Trotzdem stellt der Senat für diese Gesellschaft Gelder bereit, für andere Gesundheitsprojekte aber wenig oder gar kein Geld. Neben der Gesellschaft soll ein Beirat gebildet werden. Ein Beirat ist immer gut und wenn man nicht weiter weiß, bildet man einen Arbeitskreis, vermittelt er doch den Anschein von demokratischen Strukturen und ist nichts weiter als ein Element ohne Mitbestimmung. Wie immer fehlt der Umsetzungszeitpunkt in der Drucksache. Was soll denn bis wann geschafft werden? Wann darf die Bürgerschaft damit rechnen, informiert zu werden? Dies alles fehlt und abschließend lässt sich nur sagen: 16 Seiten heiße Luft statt einer Seite mit konkreten Vorschlägen. – Schade.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben vor einigen Monaten schon einmal im Rahmen der Aktuellen Stunde hier in der Bürgerschaft zum Thema "Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg" diskutiert und ich habe auch schon damals darauf hingewiesen, warum dieses Thema in der Stadt von zentraler Bedeutung ist. Das möchte ich noch einmal kurz aufgreifen.

Zum einen ist die Gesundheitswirtschaft gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen ein wichtiger Wirtschaftszweig und ein wachsender Wirtschaftszweig. Sie ist ein wichtiger Arbeitgeber mit 100 000 Beschäftigten; das entspricht etwa 8,6 Prozent aller Beschäftigten in dieser Stadt. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Ausbildungssektor und ein wichtiger Exportsektor. Und ich möchte vor allem betonen, dass in einer Wirtschaftskrise gerade dieser Wirtschaftszweig unabhängig von konjunkturellen Schwankungen ist, weil Gesundheitsdienstleistungen immer nachgefragt werden.

Herr Stemmann hat schon aufgeführt, was alles zur Gesundheitswirtschaft zählt. Es ist eine weitreichende Branche, die neben Ärzten und Krankenhäusern, die einem vielleicht als erstes einfallen, auch Bereiche wie Krankenkassen, Rehabilitationszentren, Apotheken oder auch den Fitness- und Wellnessbereich einschließt. In der Drucksache ist auch angesprochen, dass sich gerade dieser letzte Bereich, der Fitness- und Wellnessbereich, einer steigenden Bedeutung und Beliebtheit erfreut, was ich aus grüner Sicht, die wir uns sehr stark für Prävention im Gesundheitsbereich einsetzen, als sehr erfreulich erachte.

(Beifall bei der GAL)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal erwähnen, dass gerade das Thema Prävention, das in der Drucksache auch stark betont wird, deutlich macht, dass Gesundheitspolitik insgesamt ein Querschnittsthema ist. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass jetzt auch der Pakt für Prävention in dieser Stadt seine Arbeit aufgenommen hat und dieser Pakt erarbeitet mit relevanten Akteuren aus sehr vielen Bereichen Ziele und Leitlinien für eine nachhaltige Präventionspolitik.

(Linda Heitmann)

Dass Prävention und Gesundheitspolitik Querschnittsthemen sind, müssen wir auch in anderen Bereichen deutlich machen. Wir müssen gesunde Ernährung und Bewegung in Schulen und Kitas dieser Stadt verankern, um in der Gesundheitspolitik erfolgreich zu sein. Wir müssen niedrigschwellige und wohnortnahe Angebote wie Familienhebammen-Projekte oder Gesundheitslotsen oder auch Eltern-Kind-Zentren, in denen auch Gesundheitsberatung stattfindet, weiter ausbauen. Hier möchte ich Frau Domres widersprechen, wenn sie sagt, hier würde kein Geld in Gesundheitspolitik in dieser Stadt fließen.

(Beifall bei der GAL und bei *Hans-Detlef Roock CDU*)

Um eine bessere Positionierung Hamburgs auch als überregionaler Gesundheitsstandort zu erreichen, zeigt diese Drucksache sehr viele Handlungsfelder auf, an denen wir arbeiten müssen. Zum einen ist das die bessere Vernetzung der verschiedenen Akteure. Zum anderen macht die Drucksache aber auch darauf aufmerksam, dass wir daran arbeiten müssen, genügend gute Bewerberinnen und Bewerber für Gesundheitsberufe auch in Zukunft zu finden. Das heißt, wir alle sind gefragt, diese Berufe attraktiv genug zu gestalten, um junge Menschen zu motivieren, sich in diesem Bereich zu bewerben.

Ein zweiter Punkt, der in der Drucksache als zentrale Aufgabe der Hamburger Gesundheitspolitik angesprochen wird, ist die bessere, gezielte Ansprache von Migrantinnen und Migranten sowie sozialen Randgruppen. Ich glaube, auch hier muss es immer eine Leitlinie unserer Politik sein, darauf zu achten, dass wir dies in den Fokus nehmen.

Ein weiterer Punkt, der in der Drucksache angerissen wird, ist, dass wir uns dafür einsetzen müssen, verbindliche Qualitätskriterien und mehr Transparenz im Gesundheitswesen für Patientinnen und Patienten zu schaffen. Ich möchte Ihnen widersprechen, wenn Sie sagen, hier seien nur Leitlinien und Ziele vorgegeben. Nein, hier sind auch Maßnahmen erwähnt, die schon umgesetzt werden. Gerade in diesem Bereich wird darauf verwiesen, dass der Hamburger Krankenhausspiegel ein strukturiertes Beschwerdemanagement oder auch die Patientinnen- und Patientenberatung bei der Verbraucherzentrale gute Ansätze sind. Die gilt es weiter auszubauen und über diese Ansätze zu diskutieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der mir im Bereich der Gesundheitswirtschaft sehr wichtig ist. In dieser Drucksache ist auch erwähnt, dass die Gesundheitswirtschaft ein wichtiger Arbeitsbereich für Frauen ist. Das ist er wahrscheinlich, aber ich glaube, wir müssen darauf achten, dass auch in der Gesundheitswirtschaft Gleichberechtigung herrscht. Es kann nicht sein, dass Frauen nur als Krankenschwestern oder Pflegerinnen oder Arzthelferinnen arbeiten, Frauen müssen auch Chefärztinnen werden und in der Pharmaindustrie leitende Positionen übernehmen.

(*Antje Möller GAL:* Genau, das finden wir auch!)

Das alles, liebe Frau Domres, sind wichtige Ansätze, die in dieser Drucksache betont werden, die Leitlinien einer Gesundheitspolitik in Hamburg sein sollten, um Hamburg auch als Gesundheitsstandort in Zukunft noch attraktiver zu machen. Ich möchte allerdings sagen, dass wir einer Überweisung der Drucksache nicht zustimmen werden, und zwar deshalb nicht, weil wir das Thema Gesundheitswirtschaft schon einmal diskutiert haben in einer gemeinsamen Sitzung des Gesundheits- und Wirtschaftsausschusses und ich mich leider daran erinnere, dass damals die Resonanz relativ mau war und die Sitzung nach einer Stunde zu Ende ging.

Ich glaube, diese Drucksache öffnet viele Felder und wenn man einzelne davon noch einmal tiefergehend bearbeiten will, dann sind wir dafür offen, diese noch einmal aufzugreifen, aber das Thema Gesundheitswirtschaft in seiner Gänze hier noch einmal in drei Ausschüssen zu diskutieren ist nicht zielführend. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! 16 Seiten heiße Luft hat Anja Domres gesagt. Waren es wirklich nur 16 Seiten, mir kam es unendlich lang vor.

Ich will trotzdem noch einmal auf einige Details eingehen, denn ich hoffe, alle 121 Abgeordneten haben diese Drucksache gelesen. Man muss als Abgeordnete wirklich nicht alle Drucksachen lesen, aber diese hier sollte von allen gelesen worden sein, denn sie gibt einen Ausblick, wie wir in Hamburg perspektivisch gesundheitlich versorgt werden, also auch Sie hier im Raum, und vor welchem Hintergrund Strategien dafür entwickelt werden sollen und wer dies maßgeblich macht.

Einige Passagen haben bei mir große Bedenken provoziert und ein starkes Gefühl des Zweifels hinterlassen, ob die gesundheitliche Versorgung bei Schwarz-Grün in guten Händen ist.

(*Harald Krüger CDU:* In den besten!)

Ich teile Ihnen gerne meinen vorläufigen Eindruck mit: Sie ist es nicht. Die Drucksache liest sich, als wenn Sie sich im Grunde nur für das zu erwirt-

(Kersten Artus)

schaftende Kapital und das Prestige interessieren, was sich aus dieser Branche herausholen lässt.

(*Hartmut Engels CDU:* Das haben Sie wohl bei Karl Marx gelesen!)

Ich nenne ein paar Details. Es wird zum Beispiel – das wurde von meinen Vorrednern erwähnt – von einem Pakt für Prävention gesprochen und, dies wurde noch nicht erwähnt, von einer derzeit im Aufbau befindlichen Datenbank Hamburger Gesundheitswegweiser. Der Gesundheitswegweiser für in Hamburg lebende Menschen mit Migrationshintergrund stammt von 1999; da bedarf es wirklich einmal einer Neuauflage, gerne auch für alle in Hamburg lebenden Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber knüpft er an das zehn Jahre alte Dokument an oder gibt es für Menschen mit Migrationshintergrund einen speziellen Wegweiser? Es gibt keine Aussagen dazu.

Dann habe ich entdeckt, dass es immerhin schon eine Internetadresse gibt für den Hamburger Gesundheitswegweiser. Auf der stehen zwar noch keine Inhalte, aber schon jede Menge kommerzieller Anzeigen. Ist das etwa ein Omen für den Kommerz? In der Drucksache werden wir nun alle eingeladen, mittels des Pakts für Prävention ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln. Ich frage Sie, inwieweit die Vorschläge des Hamburger Expertenforums, der HAG, schon in Senatsüberlegungen eingeflossen sind. Das Forum hat im Februar 2009 stattgefunden und enthält eine Fülle von kompetenten Ratschlägen bezüglich der Gesundheitsförderung; auch hier gibt es nur Ausschweigen.

Es wird außerdem davon gesprochen, dass es ein neues Qualitätsverständnis in der Pflege geben muss. Das neue Heimrecht, das auch in der Drucksache erwähnt wird, wird hierzu sicherlich einen wichtigen Beitrag leisten, auch wenn mein Eindruck nach der Experten- und Expertinnenanhörung neulich ist, dass vor allem diejenigen, die alters- und pflegegerechten Wohnungsbau anbieten, kein großes Verständnis für Qualität haben. Aus meiner Sicht wollen die vor allem Miete kassieren. Daher kann ich den Senat nur auffordern, keine Kompromisse bei den Anforderungen und Qualitätsansprüchen an betreute und andere neue Wohnformen zu machen, wenn das Gesetz in seiner Endfassung endlich vorliegt.

Das Hin und Her bei der Frage nach ausreichend ausgebildetem Fachpersonal lässt mich zudem zweifeln, ob die Anforderungen, die durchaus gesehen werden, auch lösungsorientiert angegangen werden. Solange Berufe in der Pflege so schlecht bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen derart mies sind, wird es nichts mit der Verwirklichung Ihres hier in der Drucksache hochgestellten Anspruchs, dass Hamburg ein attraktiver Ort für Menschen in allen Lebensphasen wird, sehr geehrte Herren und Damen des Senats. Letztendlich könnte es heißen, du kannst gut in Hamburg leben, wenn du alt bist, wenn du genügend Geld hast.

Lobenswert werden zudem der Hamburger Krankenhausspiegel und das Beschwerdemanagement, das es in den Krankenhäusern gibt, hervorgehoben. Es sollte aber nicht vergessen werden, wie problembehaftet und anfällig beides ist und wie viele Widersprüche sie in sich bergen. Die letzten Sitzungen des Wissenschaftsausschusses zum Thema UKE haben dies deutlich gemacht, zäh waren die Befragungen. Wenn man sich nicht schnell mit dem Präsentierenden einverstanden erklärte und sich unterwürfig dem Fanclub des UKE-Managements zuordnete, rieselte die kollektive Unruhe der Koalitionsbank auf einen nieder und das nur, weil man nachhaltig Angaben von Beschäftigten und Angehörigen verstorbener Patienten nachgegangen ist, die sich einem anvertraut haben und die skandalöse Ereignisse beobachtet haben und die sich trotz des Beschwerdemanagements nicht trauen, diese Ereignisse zu melden oder sie nicht beweisen zu können.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Reden Sie doch mal zum Thema!)

– Das Beschwerdemanagement und der Krankenhausspiegel sind Thema der Drucksache, Herr Beuß.

Mein Resümee ist: Ich glaube künftig noch weniger von dem, was man mir von Senatsseite aus anbietet.

(*Harald Krüger CDU:* Das wird den Senat schwer treffen!)

Nun soll laut Drucksache auch in Arbeitskräfte investiert werden. Das Bündnis für Altenpflege vom Juni 2009 wird lobend erwähnt. Besonders für Frauen, das sagte schon Linda Heitmann, sei die Gesundheitswirtschaft ein bedeutender Beschäftigungsfaktor. Das stimmt, insbesondere im Niedriglohnbereich. Ist es nun gewollt, die Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich weiter auszuweiten? Was das dann mit Gleichstellungspolitik zu tun hat, die in diesem Zusammenhang ebenfalls gleich mit einfließt, erschließt sich mir nicht. Aber ich lasse mich hier gern belehren, vielleicht sagen Sie noch etwas dazu.

Wenn der Senat allerdings mit Herausforderungen für die Gleichstellungspolitik meint, dass die Bewertung von Arbeit in der Pflege künftig neu mit den Tarifsvertragsparteien bestimmt werden soll und neue Kriterien gefunden werden, die dann eine neue und vor allem höhere Entlohnung und Aufstiegsmöglichkeit bringen, dann kann ich das nur begrüßen. Aber ich zweifle daran, weil sich die Drucksache doch sehr undeutlich ausdrückt und weil für bessere Entlohnung, mehr Personal und vernünftige, nicht krankmachende Arbeitsbedin-

(Kersten Artus)

gungen einfach das Geld nicht zur Verfügung gestellt wird.

Es ist auch die Rede von Vernetzung der Akteure zwischen Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft, was mich erst einmal beruhigt, erst einmal, denn dann wird noch differenziert. Weiter hinten ist nämlich schon vom Kunden und nicht mehr vom Patienten die Rede, ein aus meiner Sicht übrigens völlig absurder, aber letztendlich auch entlarvender Begriffsaustausch. Die Warnungen meiner Gewerkschaft ver.di, dass Gesundheit nicht zur Ware verkommen dürfe, ist mehr als berechtigt erhoben worden und immer noch hochaktuell.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Thomas Böwer SPD*)

Aber dann will der Senat nur die Akteure, die die Handelskammer in einem Arbeitskreis zusammengefasst hat, miteinander vernetzen. Raten Sie einmal, ob dazu die Gewerkschaften, die HAG, die Behindertenverbände, Patientenvereinigungen oder die Verbraucherzentrale gehören. Ich finde diese wesentlichen Vertretungen gesellschaftlicher Gruppen, die ein hohes Interesse an einer optimalen Gesundheitsversorgung haben, hier nicht. Wer genau die wesentlichen Akteure sind, auch dazu schweigt sich diese Drucksache aus.

So wundert es dann nicht, dass die im März 2009 neu gegründete Gesundheitswirtschafts GmbH, eine Public Private Partnership zwischen Stadt und Handelskammer, alle diese in der Drucksache erwähnten Punkte weiterentwickeln soll. Für diese Strategie werden 3,3 Millionen Euro bereitgestellt.

Das alles dürfen wir hier heute zur Kenntnis nehmen, Einfluss nehmen dürfen wir nicht mehr. Also ziehe ich vor dem Hintergrund der weiteren Entdemokratisierung und Privatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser für die gesundheitliche Versorgung vorläufig das ernüchternde Fazit: Der Patient ist tot, es lebe der Kunde.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Oh je! – *Wolfgang Beuß CDU:* Das ist starker Tobak!)

Das Gesundheitswesen ist out, es lebe der Markt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4242 federführend an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie mitberatend an den Wissenschafts- und den Sozialausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/4242 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 19/4327, Bericht des Haushaltsausschusses:
1. Anpassung des Haushaltsplans 2009/2010 auf der Grundlage der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009 und der Konjunkturmaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg, 2. Entwurf eines Gesetzes über das "Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg" zur Finanzierung des Doppelhaushalts 2009/2010 und der Folgejahre.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4491 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3921:
1. Anpassung des Haushaltsplans 2009/2010 auf der Grundlage der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009 und der Konjunkturmaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Entwurf eines Gesetzes über das "Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg" zur Finanzierung des Doppelhaushalts 2009/2010 und der Folgejahre (Senatsantrag)
– Drs 19/4327 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4491 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltsanpassung in der Wirtschafts- und Finanzkrise
– Drs 19/4491 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Tschentscher hat das Wort.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um eine Drucksache zur Haushaltsanpassung, um mehrere Milliarden Euro. Die Frage ist, warum wenige Monate nach dem Abschluss der Haushaltsberatungen eine solche Haushaltsanpassung notwendig ist. Ich höre Sie schon rufen, die Krise ist es. Die Frage ist aber im Grunde nicht, warum diese Haushaltsanpassung überhaupt notwendig ist, sondern warum ist eine Haushaltsanpassung in diesem Umfang erforderlich. Darüber würde ich mit Ihnen gern ein bisschen nachdenken.

Sie haben uns nämlich gezwungen, im Frühjahr über einen Doppelhaushalt zu beraten, der mit der Realität nichts zu tun hatte. Mit einem geschönten Zahlenwerk hat der Senat geradezu eine solide Diskussion verhindert, nämlich über die Frage, wie wir mit dem Defizit umgehen, und zwar nicht mit dem Defizit der Krise, sondern mit einem Defizit, das Sie schon vor der Krise angerichtet haben. Und am 18. November letzten Jahres gab es einen guten Grund, Ihren Haushaltsplan-Entwurf anzupassen, es lag nämlich eine neue Steuerschätzung

(Dr. Peter Tschentscher)

vor. Diese Steuerschätzung hätte Anlass geben müssen, die Haushaltsshow von Schwarz-Grün zu beenden. Darüber hätte ich gern mit Ihnen in der Aktuellen Stunde einmal nachgedacht, was die LINKE wohl mit Haushaltsakrobatik gemeint hat. Ich sage Ihnen, was ich darunter verstehe: 6 Milliarden Euro Defizit anhäufen in wirtschaftlich besten Jahren, Vermögen verkaufen, Schulden machen in Schattenhaushalten, die HSH Nordbank mit Renditeforderungen von 17 Prozent in die Insolvenz reiten und dann auch noch von einer kerngesunden Bank und einem ausgeglichenen Haushalt reden – das ist eine Haushaltsakrobatik, die jetzt in der Krise hart aufs Pflaster schlägt.

(Beifall bei der SPD)

Das alles war am 18. November, dem Tag der Steuerschätzung, bekannt. Statt jetzt die Karten auf den Tisch zu legen, beruft der Finanzsenator eine Pressekonferenz ein und erklärt den staunenden Journalisten seine angeblich erfolgreiche Konzernbilanz. Er hätte massive Gewinne erwirtschaftet, das sei ein Meilenstein für mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Noch in der Debatte im März redet er von Gewinnen sowohl im Kernhaushalt als auch für die Öffentlichen Unternehmen. Es sei ein starkes Pfund in der Krise, wenn man so den Haushalt konsolidiere. Den Betriebshaushalt in vier Jahren um über 1 Milliarde Euro aufblähen und das Konsolidierung nennen – kein Wunder, dass dieser Senat finanziell völlig am Ende ist.

Der Rechnungshof hat den Konzernabschluss, über den Herr Freytag mit großen Worten gesprochen hat, am 13. Mai dieses Jahres fertig geprüft. Er spricht von Schwachstellen in der Buchführung, mangelnder Transparenz und Scheingewinnen. Das Eigenkapital der Stadt hat sich gegenüber dem Vorjahr um 350 Millionen Euro verringert. Der Rechnungshofspräsident wörtlich:

> "Trotz sprudelnder Einnahmen gab es strukturell ein Defizit."

Das ist die Wahrheit über die Finanzpolitik eines Senats, der die Stadt mit seinen undurchsichtigen Transaktionen in eine der schwersten Haushaltskrisen führt, für die wir jetzt teuer bezahlen müssen.

Sie haben unsere Sparvorschläge alle vom Tisch gewischt, angefangen bei den Fehlinvestitionen von der U4 über die HafenCity Universität, die Mehrkosten bei der Elbphilharmonie bis hin zu unterirdischen Schießständen der Polizei und Einsparungen in den Senatorenetagen der Behörden. Ich habe gerade gehört, dass die Innenbehörde mittlerweile vier Pressesprecher hat. Sie haben aber nicht den Mut, sich einer offenen Diskussion über Ihre Sparmaßnahmen zu stellen. Sie lassen die Behörden Geheimlisten aufstellen und wählen die Punkte aus, die Ihre Kompromisspolitik retten sollen. Alles andere kommt in den Schredder und danach heißt es: Zu unserem schwarz-grünen Vorschlag gibt es keine Alternativen. Wie es dann mit der Jugend- und Familienhilfe weitergeht, der sozialen Stadtentwicklung, den Bezirken, den Lebensbedingungen älterer Menschen, den Mieten und dem sozialen Wohnungsbau, das wird bei Ihnen keine Rolle spielen und das ist das eigentliche Drama dieser Haushaltsakrobatik.

Die heute vorliegende Drucksache 19/3921 zur sogenannten Haushaltsanpassung zeigt, wie CDU und GAL nicht nur mit Milliarden Euro an Steuergeldern umgehen, sondern auch mit den Haushaltsbeschlüssen der Bürgerschaft. Sie haben auf unsere Hinweise zu den absehbaren neuen Haushaltslöchern immer wieder geantwortet, der beschlossene Haushalt habe Bestand. Es würden nur die konjunkturell bedingten Steuerausfälle durch neue Kredite ausgeglichen. Was lesen wir in der Drucksache tatsächlich? Wir haben im Doppelhaushalt 1,8 Milliarden Euro Steuerausfälle, Sie wollen aber für 3,5 Milliarden Euro neue Schulden machen.

> (*Jens Kerstan GAL:* Denken Sie auch noch weiter?)

– Verzeihung, Herr Kerstan, neue Schulden ist ein altmodischer Begriff bei Ihnen geworden, bei Ihnen heißt das jetzt neue Rücklagen, Rücklagen in einem Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds.

Die alten Rücklagen, die auch nichts anderes sind als Schulden und Vermögensverkäufe, sollen stehen bleiben als Wahlkampfkasse für 2012. Wir sollen ab sofort dreimal Zinsen zahlen. Für die alten Defizite, die Sie noch vor der Krise angerichtet haben – lesen Sie es nach, auf Seite 9 in der Tabelle sind diese Defizite genau aufgeführt – sollen wir Zinsen zahlen, für die aktuellen Steuerausfälle und für die künftigen Wahlkampfkassen von CDU und GAL, damit Sie auch nach der Krise nicht sparen müssen und sich Ihre schwarz-grünen Kompromisse gegenseitig mit dem Geld der Steuerzahler abkaufen können.

Ich will Ihnen noch sagen, was ich eine Missachtung von Haushaltsbeschlüssen nenne. Der geltende Haushaltsbeschluss legt nämlich fest, dass Sie Ihre noch vor der Krise angerichteten Defizite ausgleichen mit den bestehenden Krediten der allgemeinen Rücklage und mit Entnahmen aus dem Grundstock, also aus bereits verkauften Grundstücken. Genau das, Herr Kerstan, haben Sie im Frühjahr in der Haushaltsdebatte auch mit großen Worten betont. Ich zitiere einmal aus dem Plenarprotokoll:

> "Wann ist es denn sinnvoll, Rücklagen aufzulösen, wenn nicht in der größten Wirtschaftskrise der letzten 30 Jahre."
>
> (*Jens Kerstan GAL:* Ja, stimmt doch!)

(Dr. Peter Tschentscher)

– Genau.

"Das ist nicht verantwortungslos,"

so Herr Kerstan,

"sondern dafür sind Rücklagen da. Es ist auch richtig, dass wir sie jetzt auflösen."

Mit diesen Worten haben Sie und Ihr Finanzsenator Ihr Defizit schöngeredet, das mit der Krise gar nichts zu tun hatte. Jetzt wollen Sie davon nichts mehr wissen, Herr Kerstan, jetzt wollen Sie im Doppelhaushalt gleich 1300 Millionen Euro unnötige Schulden mehr machen und damit verstoßen Sie nicht nur gegen den Haushaltsbeschluss, sondern auch gegen die Landeshaushaltsordnung.

(Beifall bei der SPD)

Die Kreditaufnahme überschreitet deutlich die Grenze der Summe der Investitionen. Sie nutzen diese Kredite aber gar nicht zur Abwehr der eindeutig vorliegenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Diese Störung liegt vor, aber die Landeshaushaltsordnung schreibt zwingend vor, dass man in einem solchen Fall die Mittel auch einsetzt zur Abwehr dieser Störung. Aber Sie nutzen das Geld nicht, um dies zu tun, sondern Sie nutzen es, um definitiv beschlossene Haushaltspositionen rückgängig zu machen und als Wahlkampfkasse zur Seite zu schaffen. Genau das ist nicht das Ziel von Paragraf 18 der Landeshaushaltsordnung und deshalb ist die Drucksache 19/3921 nicht nur finanzpolitisch, sondern auch haushaltsrechtlich unzulässig.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um Milliarden Euro neue Schulden geht, für die die Steuerzahler aufkommen müssen, dann ist jeder Euro genau zu begründen. Ob der neue Schuldenberg in den kommenden Jahren benötigt wird, um die finanziellen Folgen der Krise auszugleichen, ist völlig unklar. Das einzige, was sicher ist, Herr Kerstan, ist, dass die jetzt auf Vorrat aufgenommenen Kredite spätestens im Vorwahljahr 2011 von Ihnen ausgegeben werden, und zwar nicht zur Finanzierung von Steuerausfällen, sondern für schwarz-grüne Kompromisse oder einfach nur für weiteres Missmanagement oder für mangelnde Konsolidierung.

Meine Damen und Herren von CDU und GAL, es ist schlimm genug, dass wir in der jetzigen Situation die Steuerausfälle in vollem Umfang durch neue Schulden ausgleichen müssen, weil Sie in Ihrem defizitären Haushalt keinen Cent mehr Reserven haben. Aber darüber hinausgehende Schulden aus politisch durchsichtigen Gründen zu machen, ist eine Zumutung für die Steuerzahler, denn 1,3 Milliarden Euro unnötige Schulden kosten allein für ein Jahr 55 bis 60 Millionen Euro zusätzliche Zinsen. Sie missbrauchen die Krise, um Ihre alten Defizite auszugleichen und eine verdeckte Wahlkampfkasse zu schaffen. Das ist finanzpolitisch verantwortungslos und angesichts einer Rekordneuverschuldung über die Investitionssumme hinaus nach der Landeshaushaltsordnung unzulässig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat der Abgeordnete Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Tschentscher, ich bin überrascht. Wir haben eine Wirtschaftslage, wie wir sie noch nie hatten, und wir versuchen als schwarz-grüne Landesregierung, als Abgeordnete, die sie tragen, darauf zu reagieren. Und Sie haben nichts anderes zu tun, als über schwarz-grüne Wahlkampfkassen zu fabulieren und zu behaupten, Sie hätten diese Milliardensteuerausfälle vorausgesagt, das sei doch alles sichtbar gewesen und im Übrigen seien die Behördenpressesprecher schuld daran.

(Beifall bei der CDU und *Linda Heitmann GAL*)

Herr Tschentscher, das ist unseriös, das ist platt und ich muss ehrlich gestehen, dass ich mich auf einen anderen Aufschlag von Ihnen vorbereitet hatte. Den sollten wir wegen der Seriosität dennoch tun, denn in der Tat ist das, was wir hier tun, erklärungsbedürftig, da haben Sie zweifellos recht. Es ist ein Weg, den es so in der Geschichte der Hamburger Haushaltspolitik noch nicht gegeben hat. Aber er hat seinen Sinn, er folgt der Logik der schwarz-grünen Haushaltspolitik und ist aus unserer Sicht der einzige Weg, den wir in dieser Phase sinnhaft gehen können.

(*Ingo Egloff SPD:* Das ist aber auch die einzige Logik!)

Lassen Sie mich eines vorwegnehmen: Kritik, ohne ein eigenes Konzept zu haben, wie wir denn mit der Finanzkrise dieser Stadt umgehen, das ist zu einfach. Sie fabulieren ganz allgemein, wir versenken das Geld im allgemeinen Haushalt oder wir machen das irgendwo im Betriebshaushalt mit den Rücklagen, die so reichhaltig seien, dass sie 6 Milliarden Euro auf Sicht ersetzen könnten. Das ist zu einfach und da hätte ich mir von einer Partei wie der SPD einen deutlich strukturierteren Vorschlag gewünscht, wie Sie mit der finanziellen Situation dieser Stadt umgehen wollen; das ist schwach.

(Beifall bei der CDU)

Schwierig wird es, wenn die Kritik dann auch noch falsch ist. Wir haben es mit dem höchsten Einbruch des Bruttoinlandsprodukts, in 2009 um 5 Prozent, zu tun, den wir jemals hatten. Ganz Europa, so auch Hamburg, versucht sich in der Folgenabwehr der schwersten Finanzkrise seit den Zwanzigerjahren. Es werden überall Rekordschulden gemacht, so auch in Hamburg. 6 Milliarden Euro Steuerausfälle bis 2013, das sind

(Roland Heintze)

die Eckdaten, in denen wir uns bewegen und für die wir versuchen, eine Lösung zu finden, eine Lösung, die der Stadt hilft und nicht Ihrem Wahlkampfgetöse und der Wahl, auf die Sie abzielen und wo Sie jetzt schon punkten möchten, indem Sie uns Wahlkampfkassen vorwerfen. Hätten wir 6 Milliarden Euro in der Wahlkampfkasse, wären wir gut. Das Problem ist aber, dass wir bis 2013 6 Milliarden Euro neue Schulden haben und hier sind Sie auf dem Holzweg, wenn Sie meinen, das mit Ihrer Akrobatik, die Sie hier vorgeführt haben, lösen zu können.

Was ist das Ziel Ihrer Vorgehensweise? Wir wollen in Hamburg haushaltspolitisch Kurs halten. Das bedeutet für uns, wir müssen die Arbeitsplätze absichern. Rettungsmaßnahmen für Hapag-Lloyd sind hier im Hause einvernehmlich anerkannt und unverzichtbar.

Des Weiteren müssen wir Impulse durch Investitionen setzen . Wir haben ein eigenes Konjunkturprogramm aufgelegt. Die Kofinanzierung des Konjunkturprogramms des Bundes kostet die Stadt noch einmal weitere 100 Millionen Euro, sodass wir auch hier Impulse setzen, um die Investitionen und den wirtschaftlichen Betrieb in dieser Stadt am Laufen zu halten. Aber wir brauchen auch Klarheit und Verantwortung für kommende Generationen und denen ist dieses Vorgehen geschuldet. Es kann nicht sein, dass wir sagen, wir haben jetzt wegbrechende Steuereinnahmen in Milliardenhöhe, wir haben wegbrechende Einnahmen und wir versuchen, das irgendwie im allgemeinen Haushalt zu lösen, sondern wir müssen mit dem Vorschlag, den wir hier machen , einen neuen Weg gehen und wir müssen der besonderen Situation Rechnung tragen. Das versuchen wir, indem wir drei Dinge tun.

Wir müssen im ersten Schritt klarmachen, warum wir diese 6 Milliarden Euro aufnehmen, um damit das, was in den nächsten Jahren wegbricht, zu finanzieren. Das ist der erste Grundsatz dieses Konstrukts.

Der zweite Grundsatz ist, dass wir das in einem Sondervermögen tun mit einem entsprechenden Wirtschaftsplan, der die Transparenz herstellt, die es uns ermöglicht, jederzeit zu zeigen, wo wir hinmarschieren und wie wir mit diesen zusätzlichen Krediten umgehen. Nur so können wir auch nachfolgenden Generationen erklären, was wir gemacht haben und warum wir diese Neuverschuldung eingegangen sind.

Der dritte Schritt, das ist wichtig, ist die Pflicht zur Tilgung und die Mahnung an den laufenden Haushalt, dass die 80 Millionen Euro an Zinsen, mit denen wir jährlich in etwa rechnen, aus den laufenden Haushalten bezahlt werden müssen, sodass wir an dieser Stelle Transparenz haben: Da ist noch ein Sondervermögen, da gibt es noch Schulden, die wir aufgenommen haben, und das muss getilgt werden, um auch unserer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen gerecht zu werden.

Herr Tschentscher, ich verstehe nicht, was Sie daran zu kritisieren haben. Es ist ein sehr klarer Vorschlag. Wir haben drei Eckpunkte, die im Ausschuss sehr intensiv diskutiert wurden. Es wurde noch einmal dargestellt, dass ein Einbruch in dieser Art und Weise nicht absehbar war, als der Doppelhaushalt aufgestellt wurde. Wenn Sie das hätten vorhersagen können, Herr Tschentscher, hätte ich mir an Ihrer Stelle einen anderen Job gesucht, damit hätten Sie viel Geld verdienen können. Ich glaube, an dieser Stelle hat das keiner der Parlamentarier gesehen und auch nicht der Senat. Wir haben daher einen sehr klaren Weg gefunden, damit umzugehen.

Ein massives Sparen schien uns nicht möglich. 75 Prozent der Ausgaben der Stadt sind festgelegt, 25 Prozent sind im Zuwendungsbereich, aber auch da wäre es grob fahrlässig, jetzt einzugreifen, insbesondere in diesen Dimensionen. Der zweite Weg wäre gewesen, massiv zu privatisieren. Auch das hat Grenzen, ist politisch nicht gewollt und hat in der Vergangenheit deutliche Fehler provoziert. Das ist sicherlich nichts, was in einer solchen Krisensituation ein nachhaltiger Weg wäre, um mit der Finanzkrise umzugehen.

Das bedeutet also, Klarheit in der Schuldenrückführung, Verantwortung für kommende Generationen steht hinter unserem Vorschlag. Wir müssen die Neuverschuldung eingehen, wir müssen das jetzt machen, allerdings nur, um die anstehenden Steuerausfälle in den entsprechenden Jahren auch auffangen zu können. Für nichts anderes darf dieses Sondervermögen ausgegeben werden. Das steht in der Drucksache, wenn Sie sie genau lesen, und ist auch in der Ausschusssitzung noch einmal deutlich gemacht worden. Herr Tschentscher, ich verstehe nicht, welche Drucksache Sie gelesen haben. Ich finde unseren Vorschlag sehr klar und auch verantwortungsbewusst gegenüber der finanzpolitischen Herausforderung, vor der wir in dieser Stadt stehen.

Was steckt eigentlich hinter Ihren Vorwürfen, wir würden einen Schattenhaushalt aufstellen oder dunkle, schwarze Kassen für den Wahlkampf anlegen? Da kann ich Sie auch beruhigen. Wir wollen eine Abgrenzung zu den bestehenden Haushalten mit den bereits bestehenden Schulden und den laufenden Betriebskosten schaffen. Wir haben sehr bewusst die Verwendungsmöglichkeiten des Sondervermögens beschrieben, sodass wir es zu nichts anderem als dem vorgegebenen Zweck verwenden dürfen. Das ist hier dargelegt worden. Ich habe ein tiefes Vertrauen, dass das Sondervermögen, das ja kein eigenständiges ist, so aufgebaut ist, dass sich das wird herstellen lassen. Wir haben sehr klare Mechanismen gefunden, die immer wie-

(Roland Heintze)

der sichtbar machen, dass es dieses Sondervermögen gibt und dass da Schulden sind, die abgetragen werden müssen. Sobald es uns möglich ist, wird es auch Schuldentilgung geben.

Für mich ist das insgesamt ein sehr solides, planvolles Vorgehen, das zu der von der CDU und GAL gestalteten Haushaltspolitik der letzten Jahre passt. Wir haben sehr viel erreicht und das kann man an dieser Stelle immer nur in Erinnerung rufen, wenn Sie uns eine desaströse Haushaltsführung unterstellen. Wir haben als CDU 2001 die Haushaltskonsolidierung eingeleitet.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das soll Ihr Einstieg sein? Das ist doch lachhaft!)

Wir haben 2007/2008 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufgestellt – das war ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung – und die Schuldenbremse umgesetzt, noch bevor dies auf Bundesebene beschlossen wurde. Und wir haben als eines der ersten Bundesländer die Doppik eingeführt. Hier ist ein sehr klarer finanzpolitischer Kurs der CDU-Fraktion, den wir jetzt mit dem Sondervermögen fortsetzen werden. Wir haben tiefes Vertrauen in die vorgelegte Drucksache und werden ihr deswegen auch in beiden Lesungen zustimmen.

Kurz zu Ihrem Ergänzungsantrag. Sie fordern dort, dass man doch bitte die Verwaltung controllen und dort wirtschaftlich haushalten möge. Bei aller Liebe, Herr Tschentscher, das Vertrauen in die Hamburger Verwaltung und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe ich, dass sie das ohnehin tun; das brauchen wir an dieser Stelle nicht zu beschließen.

Wenn wir dem ersten Punkt Ihrer Forderungen zustimmen würden, in das Sondervermögen erst einmal nur die Summe einzustellen, die wir in den ersten zwei Jahren an Ausfällen erwarten, dann würde das das eigentlich gewollte Prinzip konterkarieren; deswegen werden wir das ablehnen.

Wenn Sie jetzt auch noch Vorstellungen haben, welche Steuern der Bund erhöhen könnte, dann können Sie das gerne hier oder auf Bundesparteitagen erläutern, aber das ist kein adäquater Weg, um in Hamburg zu einer vernünftigen Haushaltspolitik zu kommen.

Wir werden hier ganz klar Kurs halten. Wir wollen mit diesem Vorgehen größtmögliche Transparenz schaffen, Arbeitplätze sichern und Investitionen forcieren. Das werden wir mit dieser Drucksache erreichen und haben eine gute Sache auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben dieses Thema ja schon öfter debattiert. Ihre Argumentation, Herr Tschentscher, ist nicht neu.

(*Ingo Egloff SPD:* Für Herrn Heintze ist sie neu gewesen! Aber der ist ja auch neu!)

Sie ist sogar schlüssig, weil Sie nur über diesen Doppelhaushalt reden. Sieht man sich nur diesen Doppelhaushalt an, dann geht Ihre Argumentation bezüglich der Haushaltskonsolidierung auf. Sie geht nicht mehr auf, wenn man nur ein einziges Jahr weiter schaut und liegt vollkommen daneben, wenn man sich die mittelfristige Finanzplanung ansieht.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn wir hier darüber reden, diesen Haushalt zu konsolidieren, dann ist es schlicht und ergreifend zu wenig, wenn der haushaltspolitische Sprecher der SPD einen Zeithorizont von zwei Jahren hat. Damit werden Sie der großen Aufgabe, der kommenden Generation Spielräume zu hinterlassen, einfach nicht gerecht.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Da haben Sie zu kurz gedacht, Herr Tschentscher. Ich werde Ihnen auch gerne erläutern, woran das liegt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist in der Tat so, dass wir in diesem und im nächsten Jahr mehr Schulden aufnehmen, als uns Steuereinnahmen wegbrechen. 2012 und 2013 werden wir weniger Schulden machen, als uns Steuereinnahmen wegbrechen. In der Summe werden wir also bis 2013 genau so viele Schulden aufnehmen, wie uns Steuern wegbrechen. Dieses Vorgehen lässt sich ganz einfach mit der verfassungsgemäßen Grenze für die Aufnahme von Schulden begründen, Herr Tschentscher. Wir dürfen nur dann Schulden in Höhe unserer Investitionen machen, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht gestört ist. Wir alle hoffen, dass das in den Jahren 2012 und 2013 nicht mehr der Fall ist. Das heißt, dass wir in diesen beiden Jahren Schulden nur in Höhe der geplanten Investitionen machen dürften. Wir haben für diese beiden Jahre Investitionen von 1 Milliarde Euro geplant. Dem stehen laut Steuerschätzungen Mindereinnahmen durch wegbrechende Steuern von 1,3 Milliarden Euro gegenüber.

Wenn wir Ihrem Zusatzantrag folgen würden, dann müssten wir in diesen beiden Jahren jeweils 300 Millionen Euro zusätzlich zu den Zinsen für die aufgenommenen Schulden einsparen. Da sich bis zum Jahr 2012 die Zinszahlungen auf 250 Millionen Euro kumuliert haben werden, würde das bedeuten, in jedem dieser beiden Jahre 550 Millionen Euro einsparen zu müssen, nämlich genau

(Jens Kerstan)

dann, wenn die Wirtschaft wieder anspringt. Das würde den Effekt haben – und wir sind uns alle völlig einig, dass das nicht passieren darf –, dass der Staat mit harten Sparprogrammen die sich wie ein zartes Pflänzchen erholende Konjunktur wieder abwürgt. Wir haben, um das zu verhindern, den Weg mit dem Sondervermögen vorgeschlagen. Das hat nichts mit Haushaltskassen zu tun, das hat einfach etwas mit verantwortungsvoller Finanzpolitik zu tun, in der man sich nicht nur einen Doppelhaushalt anschaut, sondern wir ändern mit diesem Beschluss auch die mittelfristige Finanzplanung.

Ihr Horizont, Herr Tschentscher, beträgt anscheinend nur zwei Jahre. Wenn Sie diese Zeitspanne um nur zwei weitere Jahre verlängern, dann werden Sie sehen, dass Ihre Vorschläge schon rein rechnerisch überhaupt nicht mehr aufgehen, unsere aber sehr wohl. Insofern ist unser Ansatz nicht nur verantwortbar, er ist auch der richtige Ansatz in der konjunkturell schwierigsten Situation seit Jahrzehnten, in der sich diese Stadt und das gesamte Land jetzt befinden.

Herr Tschentscher, sie sagen immer so schön, wir hätten die Betriebsausgaben aufgebläht, das sei die größte Krise und da müssten wir jetzt dringend Ausgaben reduzieren. Schauen wir uns doch einmal an, wofür wir diese Mittel ausgeben: Für mehr Lehrerinnen und Lehrer, um unsere Schülerinnen und Schüler besser zu unterrichten und ihnen zu ermöglichen, bessere Leistungen zu erzielen, für mehr Stellen im ASD, mehr Mittel für Hilfen zur Erziehung und einzelfallbezogene Maßnahmen, um solche Dramen zu verhindern, wie es der traurige Fall Lara war. Und Sie, Herr Tschentscher, sagen, all das sei unverantwortlich.

Sollen wir das wieder zurückdrehen? Sollen wir die Aufstockung des ASD wegsparen? Sollen wir sagen, wir geben keine Hilfen zur Erziehung mehr, um zu verhindern, dass Kinder in zerrütteten Familien verhungern? Ist das wirklich der Ansatz, den Sie vertreten wollen? Ich mag das nicht glauben, das ist wirklich Verantwortungslosigkeit pur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Ingo Egloff SPD:* Das ist wirklich platt, Ihre Argumentation!)

Vor allem frage ich mich, ob die SPD-Fraktion eigentlich zuhört, wenn ihr haushaltspolitischer Sprecher redet. Bei all diesen Maßnahmen, die ich eben geschildert habe, gab es immer dieselbe Reaktion von der SPD-Fraktion: Das ist der richtige Schritt in die richtige Richtung, aber es muss wesentlich mehr gemacht werden. Wenn wir Ihren Vorschlägen nachgekommen wären, wäre der Betriebshaushalt noch mehr vergrößert worden. Und dann hören Sie hier ganz ruhig zu, wenn Ihr haushaltspolitischer Sprecher sagt, diese Aufblähung des Betriebshaushaltes sei ein Drama. Da sollten Sie sich vielleicht einmal zusammensetzen und sich einigen, was denn jetzt richtig ist und was Ihre Linie ist, bevor Sie hier solche Reden halten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist schlicht und ergreifend so, dass wir die wegbrechenden Steuereinnahmen durch Schulden ausgleichen. Ich bin mir nicht so ganz sicher, was Sie mit der Wahlkampfkasse, von der Sie immer reden, meinen, denn in einer Kasse sind ja eigentlich Einnahmen, die man nicht ausgibt. Wenn wir aber Schulden in genau der Höhe aufnehmen, in der die Steuereinnahmen wegbrechen und damit den normalen Haushalt finanzieren, wo sollte denn da etwas übrig bleiben? Das müssten Sie mir noch einmal erläutern, Herr Tschentscher.

Sie haben vorhin den Punkt mit den Rücklagen zitiert. Da machen wir es in der Tat etwas anders, damit die Rechnung aufgeht. Wir sind im März, als wir den Haushalt beschlossen haben, davon ausgegangen, dass wir das im Haushalt enthaltene Finanzierungsdefizit durch die Auflösung von Rücklagen erbringen würden. Wir werden diese Rücklagen auch ausgeben, wir werden das nur nicht in den Jahren 2009 und 2010 tun, sondern 2011 und 2012. Wir gleichen dann die fehlenden Steuereinnahmen aus und finanzieren gleichzeitig den Haushalt, dessen Konjunkturprogramm ja auch eine konjunkturelle Wirkung hat, das uns hoffentlich davor bewahrt, dass das Loch, in das wir jetzt fallen, noch tiefer wird.

So schwierig ist die Rechnung doch nicht. Schauen Sie einfach in die Steuerschätzungen. Für 2011 werden 1,3 Milliarden Euro Mindereinnahmen erwartet. Schauen Sie dann in die mittelfristige Finanzplanung, wie hoch die geplanten Investitionen sind, das sind ungefähr 1 Milliarde Euro. Würden wir Ihrem Antrag folgen, würde das doch bedeuten, dass wir pro Jahr 300 Millionen Euro zusätzlich zu den 251 Millionen Euro, die wir für Zinsausgaben eingeplant haben, einsparen müssten. Ich bin wirklich sehr gespannt auf die Sparvorschläge Ihrer Fraktion, wo Ihrer Meinung nach zusätzlich zu den 251 Millionen Euro weitere 300 Millionen Euro im Haushalt eingespart werden könnten, ohne bei den Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in unverantwortlichem Maße zu sparen. Liefern Sie diese Liste gleich mit, wenn Sie in Ihrem Antrag Vorschläge machen, denn sonst sind das auch wieder nur unsolide und nicht verantwortbare Reden, die Sie hier halten; das muss ich einfach mal festhalten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es geht in der Tat um ein Sondervermögen. Wir machen das nicht im Haushalt, und zwar aus einem einzigen Grund: Für ein Sondervermögen muss man ein Gesetz erlassen. In diesem Gesetz haben wir festgeschrieben, dass die Zinsen nicht den kommenden Generationen aufgebürdet werden, sondern durch Einsparungen aus dem laufen-

(Jens Kerstan)

den Haushalt erbracht werden. Angesichts der größten Verschuldung, die diese Stadt jemals hat machen müssen, sind die jährlichen Zinsen eine große Summe. Das wird nicht ohne schmerzhafte Einschnitte vonstatten gehen. Das wird eine große Herausforderung. Ich bin jetzt schon gespannt auf die Debatten mit der sozialdemokratischen Fraktion, die hier jetzt so einen großen Spareifer an den Tag legt und das Doppelte einsparen möchte.

Neben der jährlichen Zinszahlung verpflichten wir uns außerdem, und zwar gesetzlich, zur Tilgung des Sondervermögens. 100 Millionen Euro pro Jahr sind nicht so viel. Bei 6 Milliarden Euro kann sich jeder ausrechnen, wie lange die Tilgung dauern wird; das wird lange dauern. Trotzdem ist das eine bedeutsame Weichenstellung, denn in der Vergangenheit wurden Neuverschuldungen immer ohne jede Aussage, wann getilgt wird, aufgenommen. Das ist unser Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Wir sagen, wir wollen diese Generation vor dem wirtschaftlichen Absturz bewahren, diese Generation muss aber durch die Erbringung der Zinsen ihren Beitrag leisten. Außerdem verpflichten wir uns, durch einen Tilgungsplan sicherzustellen, dass die Schulden jährlich abgetragen werden.

Das mag Ihnen zu wenig sein, aber ich kenne kein anderes Bundesland in Deutschland, das einen solchen Weg auch nur diskutiert. Auch die Bundesregierung tut dies nicht. Jeder, der sagt, das sei zu wenig, soll sagen, wie mehr geht.

Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir mit unseren Sparvorschlägen, die wir erarbeitet und hier diskutiert haben, an die Grenze des Verantwortbaren gegangen sind. Wenn Sie jetzt vorschlagen, in den Jahren 2011 und 2012 noch einmal jeweils 300 Millionen Euro an Kürzungen obendrauf zu legen und meinen, das sei verantwortbare Haushaltspolitik, ohne den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt zu zerschreddern, dann sollten Sie uns die Beispiele dafür auch möglichst gleich erbringen, denn sonst halten Sie hier einfach nur eine Fensterrede. Das Peinliche ist wirklich, dass Ihre Rechnung vorne und hinten einfach nicht aufgeht; da hätte ich wirklich mehr von Ihnen erwartet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, das mit den Fensterreden ist so eine Sache. Ich finde, das eben war eine geniale Fensterrede von Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Jens Kerstan GAL:* Aber genial! und vereinzelter Beifall bei der GAL)

Gemeinsam mit Herrn Heintze spekulieren Sie auf das kurze Gedächtnis der Öffentlichkeit; das ist doch der Hintergrund. Wenn wir hier die Lage diskutieren, dann sind wir uns alle in einem Punkt einig – so habe ich das jedenfalls von Herrn Tschentscher und in den anderen Verlautbarungen der SPD gehört –, dass die Situation ernst ist.

Ich will keine Rechthaberei betreiben, aber auf eines doch noch einmal hinweisen. Wir haben diesen Doppelhaushalt Ende März verabschiedet und damals – Sie müssten so fair bleiben, das zuzugeben – in die Diskussion eingebracht, dass der Haushalt 2009 Makulatur ist und der Haushalt 2010 es nicht wert ist, überhaupt diskutiert zu werden, und zwar nicht, weil wir so genial gewesen sind und in die Zukunft sehen konnten, sondern genau dieselben Zahlen berücksichtigt haben, die Sie Ihren Planungen auch hätten zugrunde legen können. Herr Walter von der Deutschen Bank hat bereits damals gesagt, dass die Wirtschaft auf einen Schrumpfungsprozess in der Größenordnung von 5 Prozent zulaufen werde. Natürlich war das auch hier Bestandteil der Diskussionen. Das ist ja keine kleine Rezession, das ist eine schwere Belastung für diese Republik und für Hamburg. Wir müssen uns darauf einstellen und offensiv darüber nachdenken, wie die Folgen der auf uns zukommenden Krise im Haushalt mit berücksichtigt werden können. Dazu haben Sie gesagt: Das brauchen wir nicht, das werden wir später machen.

Ein weiterer Punkt ist – und kommen Sie mir bitte jetzt nicht mit Lehrern, dem Klima oder anderen unstrittigen Punkten –, dass wir nicht einfach so tun können, als könnten wir die Investitionen, die unter sehr guten ökonomischen Rahmenbedingungen erdacht wurden, einfach durchziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sollten wir nicht machen. Wir sollten uns hinsetzen und das in den Haushaltberatungen überdenken. Wir sind da doch gar nicht so weit auseinander, denn wenn man etwas machen will, dann muss man sich eben auch die Investitionen angucken.

Ich will noch einmal feststellen: Mit der Drucksache, die wir heute beraten und verabschieden, hat die Wirklichkeit Einzug gehalten. Wir haben jetzt November. Sie haben sich also reichlich Zeit genommen – von März bis heute –, um sich auf diese historische Situation einzustellen.

Wir sind uns – bei allen kleineren Akzentunterschieden zur SPD – einig, dass wir diesen Schrumpfungsprozess, den Hamburg jetzt durchläuft, nur kreditfinanziert abfedern können; das ist völlig unstrittig.

Der neue Finanzminister Schäuble hat in einem seiner ersten großen Interviews gesagt, die CDU sei doch nicht Brüning und sie würde doch – also sinngemäß – diesen großen historischen Fehler

(Dr. Joachim Bischoff)

nicht wiederholen und in der jetzigen Situation eine Kürzungspolitik betreiben. Zumindest 2010 wird ein sehr kritisches Jahr, sowohl auf Bundesebene als auch in Hamburg, da kann man nicht in diesem Maße den Haushalt konsolidieren.

Herr Schäuble sagt, der Markt wird es nicht richten und wir können die Krise auch nicht aussparen, wir müssen politisch etwas tun. Nun machen sie also Steuersenkungen im Bereich Unternehmensteuer und Nachbesserungen bei der Erbschaftsteuer. Aus meiner ökonomischen Perspektive heraus bestreite ich entschieden, dass das nun wirklich konjunkturbelebende Impulse freisetzt.

Schauen Sie sich im neuen Bundesbankbericht die Entwicklung der öffentlichen Investitionen – abzüglich der Abschreibungen – an. Dann können Sie sich eigentlich nur fragen, wie das überhaupt gehen soll, wenn Sie sehen, in welch desaströsem Zustand die öffentliche Infrastruktur ist; das gilt auch für Hamburg. Denken Sie nur an die Schulen, da bekommen wir wegen Ihres Sondervermögens ja noch weitere Auflagen.

In dieser Situation muss man kreditfinanzieren, gar keine Frage, man muss aber auch den Nerv haben, diese schwierige Situation politisch stabilisieren und nach vorne bringen zu wollen. Ich fand es zwar ein bisschen krass, dass Herr Schäuble sagte, man müsse jetzt gleichzeitig Gas geben und bremsen, das hat sich mir nicht so richtig erschlossen, aber dass der Markt es nicht alleine richten wird, sehe ich auch so.

Und jetzt, Herr Kerstan, bekommen wir hier und heute zu hören, was die schwarz-grüne Koalition in den letzten Wochen gemacht habe. Sie jagen doch wöchentlich oder fast im Drei-Tage-Rhythmus ein neues Gespenst durch die Stadt, und zwar nicht, wie wir konsolidieren und stabilisieren können, sondern mit einer Sparpolitik hinter den Kulissen. Zu Recht schreibt das "Hamburger Abendblatt" über unsere Situation, es herrsche

> "Heulen und Zähneklappern in Hamburg."

Ich mag den Spruch nicht, dass mehr als 50 Prozent der Wirtschaftspolitik Psychologie ist. Sie zitieren das ja am laufenden Meter. Wenn ich diesen Spruch also einmal als Maßstab nehme, dann machen Sie in dieser Stadt die miserabelste Konjunkturpolitik, die man sich vorstellen kann.

> (Beifall bei der LINKEN und vereinzelt der SPD)

Das ist einfach so. Sie können und wollen die Leute gar nicht mitnehmen; Sie entwickeln Horrorszenarien von Kürzungen.

> (*Wolfgang Beuß CDU:* Sie machen das!)

– Das ist doch original Herr Kruse.

Ich möchte einmal sehen, was passieren würde, wenn ich mich trauen würde, in den Zeitungen über die Zusammenlegung von Bezirken und all das, was Sie da an Kürzungen vorhaben, zu spekulieren. Das ist doch nicht auf unserem Mist gewachsen, das ist doch generell Ihr Plan und schwarz-gelb-grüner Mist, den Sie in dieser Situation machen.

> (Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie können das halten, wie Sie wollen, aber das ist wirtschaftspolitisch eine Katastrophe, mir erschließt sich das überhaupt nicht.

Und nachdem Sie alle heiß gemacht haben, vertagen Sie hinter den Kulissen die Lösung des Problems. Man kann tagelang darüber streiten, welchen Anteil die Psychologie bei all dem hat, aber in einer Krise so zu agieren, das ist schlicht politisch unverantwortlich.

> (Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich habe mich gefragt, warum Sie das machen. Herr Kerstan, Sie haben zu diesem Punkt nichts gesagt, ich habe jetzt eine Vermutung und fände es gut, wenn Sie dazu noch einmal Stellung nehmen würden.

Sie sagen in Ihrer Drucksache – und Sie haben es eben auch noch einmal dargestellt –, 6 Milliarden Euro müssten es sein. Das kann man noch einmal diskutieren, aber im Prinzip ist das richtig. Die Zinsen dafür wollen Sie aus dem Betriebshaushalt erbringen. Damit diese Zinsen den Haushalt für das schwierige Jahr 2010, wegen dem Sie hier so einen Radau machen, nicht zusätzlich belasten, wollen Sie diese 80 Millionen Euro dann aus den Rücklagen oder aus einem normalen Haushaltstitel nehmen. Da hätte man sagen können: Wunderbar, Hamburg hat gelernt. Wir hätten ruhig in das nächste Jahr gehen können. Meiner Meinung nach hätte man da noch ein bisschen draufpacken müssen, aber es wäre Ruhe gewesen und wir hätten keine Verunsicherung durch absurde Spardiskussionen gehabt.

Aber jetzt kommt es. Auf einmal höre ich, die Gesamtsumme, also round about 300 Millionen Euro, müsse eingespart werden. Das wären dann 500 oder 600 Millionen Euro; dazu noch die Ausfälle der öffentlichen Unternehmen – weitere 100 Millionen Euro –; ausfallende Dividendenzahlungen der HSH Nordbank und weitere Horrorzahlen von der HPA und so weiter. Da haben wir dann plötzlich – und das verstehe ich jetzt gar nicht – am Jahresende 2009 und vor Beginn des Jahres 2010 eine Spardiskussion in einer Größenordnung, bei der man eigentlich nur in die Knie gehen kann. Das ist aus meiner Sicht wirklich absurd.

Die Grundkonstruktion hätte sein können, dass wir dieses Sondervermögen aufnehmen und dann versuchen, 2010 einigermaßen über die Runden zu kommen. Wir hätten bei den Strukturinvestitionen auch noch ein bisschen obendrauf legen können.

(Dr. Joachim Bischoff)

Wenn ich mir die Hafenwirtschaft angucke, hätte man noch einmal überprüfen können, wo das sinnvoll gewesen wäre. Genau das machen Sie aber nicht. Sie schockieren jetzt sowohl die Beschäftigten als auch die Investoren damit, dass sie demnächst energisch auf die Bremse treten wollen. Man fragt sich, wie das gehen soll.

Damit das klar ist, wir reden hier von den Steuerrückgängen bis zum 30. September. Herr Tschentscher hat das abgefragt und mitgeteilt bekommen, dass wir über ein Steuerminus von 14,5 Prozent reden. Ich will die Frage, wie sich das im nächsten Jahr entwickelt, hier gar nicht weiter erörtern; das ist einigermaßen offen.

Das ist schon eine kniffelige Situation, in der wir sind. Wir hätten aber, auch ohne große Begeisterung, dieses Sondervermögen und die Tilgung, über die man nur schmunzeln kann, beschließen können. Sie schmunzeln nicht, weil Sie natürlich immer nur an die nachfolgenden Generationen denken und das ziemlich lange dauern wird. Wir hätten dann diskutieren können, ob wir nicht zusätzlich ein paar Impulse setzen könnten. Sie aber vertagen diesen Konsolidierungsprozess und haben dann noch den Nerv, hier und heute zu begründen, warum Sie alles im Nebulösen lassen müssen.

Sie wollen ja immer Vorschläge. Hier wäre jetzt ein Tipp. Wenn Sie so gut sind, dann versuchen Sie doch einmal, Ihren Koalitionspartner in Berlin dazu zu bringen, auf diese blödsinnigen Erbschaftsteuerverbesserungen und diese Unternehmensteuerkorrekturen zu verzichten. Gucken Sie sich die Zahlen an. Wenn Sie alles zusammenrechnen, dann ist die Bundesrepublik Deutschland, abgesehen von Österreich, sowieso schon Schlusslicht. Wenn wir nur den Durchschnittssatz aller OECD-Länder nehmen würden, dann hätte diese Republik 100 Milliarden Euro mehr zur Verfügung; zum großen Teil durch Erbschaftsteuer. Das wäre auch etwas, was Hamburg gut gebrauchen könnte, wo wir gerade über Ländersteuern reden. Selbst Ihrem Chef in der Koalition ist offensichtlich der Schreck in die Glieder gefahren, als er gesehen hat, was da alles zu Lasten dritter Verträge in diesem Koalitionsvertrag steht.

Ich lasse einmal weg, wo wir überall sparen könnten. Ganz nüchtern gesagt, passt es nun wirklich nicht, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass Sie eine geniale Antikrisenpolitik machen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Elke Badde* und *Dr. Monika Schaal, beide SPD*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Dr. Bischoff, ich möchte noch eines bemerken: Sie kennen ja meine Neigung, nicht sofort alles rügen zu wollen, aber nach meiner Auffassung passte ein Begriff, der die Politik qualifizieren sollte, nicht ganz in den Katalog parlamentarischer Vokabeln. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei einem persönlichen Abgleich sich meiner Meinung anschließen könnten. Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Lieber Herr Kerstan, einen Punkt möchte ich einmal vorwegnehmen und das ist geradezu typisch. Wenn Schwarz-Grün über Sparen reden soll, dann reden Sie sofort über Kita-Schließungen und verhungernde Kinder.

(*Jens Kerstan GAL:* Das habe ich nicht gesagt!)

Sie reden nicht über Bonuszahlungen für HSH Nordbank Manager; Sie sagen nichts zur Reiterstaffel oder zu den vier Pressesprechern des Innensenators; Sie reden nicht über die 154 Millionen Euro jährlicher Ausgaben für die Senatorenetagen, genannt Intendanzaufgaben, und Sie reden nicht über die 100 000 Quadratmeter zusätzlicher Behördenflächen. Es heißt dann gleich, Kinder müssten verhungern, wenn wir einmal beginnen, kritisch durch die Behördenhaushalte zu gehen. Und damit kommen Sie hier nicht weiter. Wir werden auch nicht aufhören, ganz energisch Vorschläge zu machen.

Sie haben gesagt, wir als SPD-Fraktion seien so kurzsichtig, nur über den Doppelhaushalt 2009 und 2010 zu sprechen. Sie dagegen hätten die Weitsicht und eine Perspektive für die mittelfristige Finanzplanung. Bin ich eigentlich der einzige, der Ihre Drucksachen genau liest? Schauen Sie sich doch einmal die Tabelle auf Seite 9 an. Da sagen Sie: Wir entnehmen die Rücklagen ein paar Jahre später; 2011 und 2012. Die Rechnung stimmt eben nicht.

(*Jörn Frommann CDU:* Gelesen, aber nicht verstanden!)

Erst einmal steht in der Zeile "Finanzierungssaldo aktualisierte Planung", dass wir hier über alte Schulden reden, alte Defizite, die Sie noch vor der Krise angerichtet haben. Diese Zeile lesen Sie sich einmal genau durch, liebe CDU-Fraktion, wenn Sie Ihre Haushaltspolitik der vergangenen Jahre loben wollen.

Dann kommen wir zu der Zeile "Entnahme Grundstock für Grunderwerb". Da fehlen 540 Millionen Euro in der ganzen Tabelle; das nenne ich Wahlkampfkasse. Da müssen Sie nicht sagen, dass Sie hier mittelfristig den Haushalt konsolidieren wollen, nein, Sie wollen die Situation ausnutzen. Jetzt, wo die Krise da ist, wollen Sie über den Durst Schulden machen, über die Investitionssumme hinaus, weil jetzt der Zeitpunkt günstig ist und niemand es merkt.

(Dr. Peter Tschentscher)

Den Justizsenator – eben war er da, jetzt ist er wieder weg – hätte ich gern einmal gefragt, ob er das eigentlich sorgfältig geprüft hat und ob das mit der Landeshaushaltsordnung vereinbar und zulässig ist. Ich hoffe, dass Sie da sehr sorgfältig geprüft haben.

(*Jens Kerstan GAL:* Das habe ich!)

In Wahrheit ist der Zeitpunkt für Sie jetzt günstig, alles in einer Rechnung unterzubringen, was Sie in der Vergangenheit an Defiziten erwirtschaftet haben, und Sie wollen obendrein Ihre Wahlkampfkasse für 2011 organisieren. Das hat mit Haushaltskonsolidierung und auch mit mittelfristiger Finanzplanung nichts zu tun, das ist schlicht unzulässig. Dafür müssen wir – ein Jahr 1,3 Milliarden Euro zu viel aufgenommen – 55 bis 60 Millionen Euro Zinsen zusätzlich aus dem Betriebshaushalt konsolidieren. Herr Kerstan, wir können dann einmal über Kitas reden, wenn Ihre Sparvorschläge auf dem Tisch liegen.

Herr Heintze hat gefragt, wo denn unser Konzept ist.

(*Heiko Hecht CDU:* Genau!)

Das Konzept liegt doch vor. Ich weise darauf hin, dass wir im Grunde nicht viel anderes sagen als Sie. Wir müssen jetzt die Steuerausfälle ausgleichen. In Punkt I unseres Zusatzantrags stehen nicht nur die Steuerausfälle, wir rechnen sogar noch einmal 100 Millionen Euro Ausfälle bei den öffentlichen Unternehmen obendrauf, die nur Gewinne machen, wenn man Herrn Freytags Konzernbilanz glaubt. Dann sind es insgesamt zwei andere Zahlen und die führen dazu, dass wir zurzeit 1,3 Milliarden Euro weniger Schulden machen und deshalb auch für 1,3 Milliarden Euro weniger Zinsen zahlen müssten. Das wird den Betriebshaushalt entlasten beziehungsweise uns ermöglichen, überhaupt auf Sicht durch diese Krise zu kommen.

Dann müssen wir anfangen, über echte Betriebsausgaben nachzudenken. Darüber rede ich gleich noch einen Moment. Zunächst möchte ich aber feststellen, dass es völlig utopisch ist, 100 Millionen Euro Tilgung in der Zukunft festzuschreiben. 2015, das ist die nächste Generation, das ist der nächste Senat, dem Sie diese 100 Millionen Euro aufbrummen wollen, Herr Kerstan. Es ist völlig unrealistisch zu glauben, dass wir ohne eine Stärkung der öffentlichen Einnahmen von Ihren Schuldenbergen herunterkommen. Deswegen appellieren wir noch einmal an Sie: Gehen Sie auf die Bundesregierung zu, die Steuersenkungen plant, um die Haushaltskrise noch zu verschärfen, und sagen Sie ihr, dass wir jetzt die Vermögensteuer und die Börsenumsatzsteuer brauchen, damit die öffentlichen Haushalte perspektivisch wenigstens eine Chance haben, wieder aus diesen Defiziten herauszukommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dieses Thema drücken Sie weg, das würde uns retten und nicht die Schulden auf Vorrat, die am Ende eh für Ihr Missmanagement draufgehen.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das ist sozialistische Giftmischerei!)

Sie wollen einen historisch einmaligen Schuldenberg aufnehmen und verraten nicht, woher Sie die Zinsen nehmen wollen. Der einzige öffentliche Vorschlag, den ich vernommen habe, kam von Herrn Kruse und war wirklich mutig. Er will 30 Millionen Euro mehr für Kultur ausgeben. Das ist eine super Idee in einer Einspardiskussion. Ich möchte einmal wissen, wie Sie die Zinsen daraus finanzieren wollen.

Sie sollten einmal die Daten der Behörden und Ihre Sparvorschläge offen auf den Tisch legen, und zwar sofort, bevor wir sehen, was Sie alles in den Schredder tun.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Dann können wir auch mit offenen Karten mit Ihnen über Einsparvorschläge reden. Sie sollten sofort und nicht erst irgendwann damit beginnen, den Betriebshaushalt nicht weiter auszuweiten, sondern schrittweise an den richtigen Stellen zu sparen. Herr Kruse hat vorgeschlagen, 10 Prozent aller Personalausgaben einzusparen. Das ist völlig unrealistisch. Das würde einen Kahlschlag in Bereichen bedeuten, in denen wir uns keinen Kahlschlag erlauben können; ich habe die Bezirke in der Presse erwähnt. Aber Sie können durchaus 10 Prozent sparen, und zwar bei den Chefetagen der Behörden und Senatorenbüros.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Ja, ja! – *Barbara Ahrons CDU:* Populismus ist das!)

Dort haben Sie die Stellen ausgeweitet und geben jedes Jahr über 150 Millionen Euro für sogenannte Intendanzausgaben aus. Gehen Sie doch gemäß dem Vorschlag von Herrn Kruse mit gutem Beispiel voran, sparen Sie nur 10 Prozent an der Stelle und schon haben wir 15 Millionen Euro pro Jahr mehr in der Kasse.

Machen Sie als Nächstes schrittweise die Ausweitung der Behördenflächen um 100 000 Quadratmeter in den letzten vier Jahren rückgängig. Schon sind weitere 12 Millionen Euro bei Mieten und Pachten in der Kasse, die Sie auf mittlerweile über 120 Millionen Euro ausgeweitet haben. Dann nehmen wir Ihre mit obskuren Grundbucheinträgen finanzierte Wissenschaftsstiftung dazu, die ab sofort jedes Jahr 10 Millionen Euro kosten soll. Auf diese Weise sind wir mit drei Vorschlägen heute schon bei 37 Millionen Euro.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Das machen wir aber nicht, Herr Dr. Tschentscher!)

(Dr. Peter Tschentscher)

– Das machen Sie eben nicht. Sie wollen an anderen Stellen sparen, aber verraten uns noch nicht, wo es denn hingehen soll.

Wir haben Ihnen schon bei den Haushaltsberatungen vorgeschlagen, die globalen Minderausgaben der Fachbehörden um 30 Millionen Euro zu erhöhen, damit die Behörden endlich einmal im laufenden Geschäft in eine aufgabenkritische Diskussion kommen und nicht mit jeder neuen Aufgabe dem Haushaltsausschuss neue Stellen vorschlagen. Das ist nämlich das Problem, das wir mangelndes Controlling im Behördenhandel nennen.

Und reduzieren Sie schließlich die überhöhten Rückstellungen für Mehraufwendungen. Sie sind nämlich nichts anderes als ein Einfallstor für weitere unkontrollierte Steigerungen im Betriebshaushalt um 33 Millionen Euro. Diese Vorschläge kennen Sie aus den Haushaltsberatungen. Damit hätten Sie den Betriebshaushalt um 100 Millionen Euro jährlich entlastet und könnten zum ersten Mal überhaupt von Konsolidierung reden.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Wenn denn alles so einfach wäre!)

Und Sie würden nicht, Herr Beuß, weiterhin in die Portemonnaies der Familien, Studierenden und Rentner greifen, deren schmales Einkommen als Kaufkraft gerade in der Krise aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen gestärkt werden muss.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Herr Kerstan erhält das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf die Frage von Herrn Bischoff antworten. Mit Blick auf die Ausgaben in diesem Jahr wollen wir die Zinszahlungen in Höhe von 80 Millionen Euro aus dem Haushalt erbringen, und zwar aus dem Schuldzinsentitel, weil man für dieses, das nächste und das übernächste Jahr mit einem deutlich höheren Zinsniveau gerechnet hat, als man im Moment an den Kapitalmärkten für Hamburgs Schulden bezahlen muss.

In der Tat kommt jetzt hinzu – Herr Tschentscher hat es angesprochen –, dass in der Wirtschaftskrise die öffentlichen Unternehmen natürlich nicht mehr die Dividende abwerfen, mit denen man geplant hat. Das sind nicht nur die Dividenden der HSH Nordbank, über die wir schon leidvoll genug geredet haben, sondern das sind natürlich auch die HHLA und der Flughafen, wo mit einem Minus von 20 bis 30 Prozent gerechnet wird. Das ist doch alles ganz klar. Es gibt Überlegungen, ob man das durch Einsparungen in diesem Jahr erbringt oder ob man das relativ schmerzfrei wie diese Zinsen an anderer Stelle ausgleicht, ohne dass im wirklich kritischen Jahr 2010 größere Einschnitte erfolgen müssen. Das ist in der Tat in den nächsten Jahren eine Position, die zusätzlich zu den Schulden dazukommt, zu den wegbrechenden Steuereinnahmen. Wir müssen mit diesem Minus von 100 Millionen Euro umgehen, sie sind Teil der zu erbringenden Konsolidierungsmaßnahmen.

Insofern sind wir ganz dicht beieinander, wenn wir sagen, im Jahr 2010 darf es keine großen Einschnitte geben; aber natürlich müssen aufgrund der steigenden Zinsen in den nächsten Jahren größere Konsolidierungsbeiträge erbracht werden.

Wenn Sie jetzt fragen, warum wir nicht endlich unser Sparprogramm vorlegen, dann ist das genau die gleiche Debatte, die Herr Bischoff immer so gerne in Bezug auf den letzten Doppelhaushalt führt. Beim letzten Doppelhaushalt haben wir die neuesten Steuerschätzungen noch nicht gehabt. Wir wussten nicht, in welcher Höhe die Steuern wegbrechen, darum konnten wir den Haushalt noch nicht anpassen. Das haben wir in dem Moment gemacht, als wir das wussten. Jetzt befinden wir uns in der gleichen Situation. Wenn wir an diesen beiden Tagen nur das hätten erbringen müssen, was wir uns vorgenommen haben, nämlich die Zinsen für die Schulden, die wir aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen aufnehmen, dann wären wir halbwegs fertig geworden.

Aber jetzt haben wir eine neue Bundesregierung. Zumindest meine Partei und auch ein paar andere Parteien hier im Saal haben dafür gekämpft, dass es die nicht geben soll, damit diese unverantwortliche Politik nicht gemacht wird, die unseren Haushalt jetzt belastet. Herr Bischoff, wenn Sie sagen, in dieser Situation sei Unsicherheit doch der Tod, dann stimme ich Ihnen durchaus zu. Aber meinen Sie wirklich, es wäre psychologisch geschickt, wenn man Anfang November eine Sparrunde verkündet, sich dann noch einmal durchrechnet, was die Bundesregierung an Zumutungen einfordert, und in vier Wochen mit der nächsten Runde kommt? Ich glaube nicht, dass das eine Debatte wäre, die uns in dieser Stadt guttut. Das ist der einzige Grund. Wir warten jetzt die nächste Steuerschätzung ab, da werden wir am Donnerstag die Nachrichten bekommen. Obwohl die wirtschaftliche Lage nicht so dramatisch ist, wie wir Anfang des Jahres noch gedacht haben, wird leider die Steuereinnahmensituation wahrscheinlich nicht besser sein, sondern eher schlechter. Das heißt, dort kommen weitere Belastungen zusätzlich zu dem, was die Bundesregierung beschlossen hat, auf uns zu.

Zum anderen haben wir noch einmal kalkuliert, was im Rahmen der Krise im Bereich der gesetzlichen Leistungen zusätzlich dazukommt. Dieses ganze Paket wollen wir gerne in einem präsentieren. Das hat nichts mit Geheimlisten zu tun oder damit, dass wir es nicht verkünden wollen. Ende

(Jens Kerstan)

November wird es eine Klausurtagung geben, wo wir das Paket schnüren wollen. Bis dahin laufen noch Arbeiten. Aber ich halte in der Tat überhaupt nichts davon, halbgare Pläne in der Öffentlichkeit zu verkünden. Sie nennen in diesem Zusammenhang immer gerne ein paar Vorschläge, die in der Presse ruchbar geworden sind, von einem Kollegen, der mittlerweile nicht mehr Mitglied dieses Hauses ist. Herr Kruse war bei diesen Beratungen nicht dabei und das sind auch keine Vorschläge, die wir dort besprochen haben. Insofern brauchen Sie sich da gar nicht so sehr aufzuregen.

Wir werden uns über die Vorschläge schon noch aufregen, weil Sparen nicht leichtfällt und nicht guttut. Es ist aber trotzdem notwendig. Warten Sie insofern das Konzept ab, das wir erarbeiten wollen, und im Moment laufen einfach noch Gespräche. Es gibt jeden Tag noch Gespräche in den Behörden, zwischen den Fraktionen, zwischen den Behördenleitungen und auch im Senat. Wir sind noch nicht fertig, weil die Aufgabe, die wir erbringen müssen, einfach größer geworden ist.

Herr Bischoff und Herr Tschentscher, Sie haben ein paar Einsparbeispiele gebracht, die in dieser Stadt immer sehr populär sind. Die Investitionen der HafenCity Universität solle man jetzt lassen oder die Elbphilharmonie sei so teuer. Dazu möchte ich Ihnen eines sagen: Das ist in der jetzigen Situation nichts, was uns hilft, denn es gibt die Verschuldungsgrenze, dass man nur so viele Schulden aufnehmen darf, wie man investiert. Das werden Sie dieses Mal rechnerisch nachvollziehen können, Herr Tschentscher. Wenn man nur so viele Schulden aufnehmen kann, wie Investitionen vorhanden sind, und man diese senkt, dann darf man auch weniger Schulden aufnehmen. Das ist ein Nullsummenspiel, das hilft uns im Moment leider überhaupt nicht. Es tut mir leid, aber darum können Sie auch die Stadtbahn nicht mehr infrage stellen. Das kann man einsparen, aber dann haben wir das gleiche finanzielle Problem wie vorher.

Das zweite Problem ist, dass wir diese Investitionen doch im Moment tätigen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Wir haben 500 Millionen Euro vom Bund bekommen und da gibt es eine Ansage.

> (*Ingo Egloff SPD:* Machen Sie doch noch mehr Investitionen, dann können Sie noch mehr Schulden machen!)

Wenn wir Ihren Vorschlägen in dem Punkt folgen würden, dann müssten wir 500 Millionen Euro zurückzahlen, denn der Bund hat gesagt, ihr bekommt das Geld nur dann, wenn ihr nicht jetzt schon geplante Investitionen streicht. In dem Moment, wo an einer anderen Stelle Investitionen gestrichen werden, fordern wir das Geld zurück.

Auch daran wird deutlich, dass Sie hier ganz klar Punkte benennen, die in der Öffentlichkeit Aufregung erzeugen. Das würde ich als Opposition vielleicht auch tun, aber das haushaltspolitische Problem, das Sie da benennen, lösen Sie mit Ihren Vorschlägen in keiner Weise. Darum wird uns diese Debatte noch erhalten bleiben. Wir werden leider Gottes noch viele Runden darüber reden müssen, weil die Situation schwierig ist. Aber ganz so einfach sollten Sie es sich bei der Debatte nicht machen. – Vielen Dank.

> (Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Karl Schwinke SPD:* Das machen Sie aber!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht mehr der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der SPD–Fraktion aus der Drucksache 19/4491. Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/4327. Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz über das "Sondervermögen Konjunkturstabilisierungs-Fonds Hamburg" aus der Drucksache 19/3921 beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist in erster Lesung so angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

> (Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das Gesetz damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte sich darüber hinaus der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/4327 anschließen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dies ist mehrheitlich geschehen.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

> (Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Der Senat stimmt einer sofortigen zweiten Lesung zu. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so geschehen. Damit ist er auch in zweiter Lesung und endgültig beschlossen worden.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Ich rufe dann Punkt 51 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4404, Antrag der CDU-Fraktion: Lücken in der Forschungsförderung schließen – Vermarktung von Erfindungen stärken.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Lücken in der Forschungsförderung schließen – Vermarktung von Erfindungen stärken
– Drs 19/4404 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt zu verzichten. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag der CDU–Fraktion aus der Drucksache 19/4404 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist bei großer Mehrheit und wenigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe den Punkt 52 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/4405, Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Subsidiaritätskontrolle und Mitwirkungsmöglichkeiten.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Subsidiaritätskontrolle und Mitwirkungsmöglichkeiten
– Drs 19/4405 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Machaczek bitte.

Bettina Machaczek CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Beginn unserer heutigen Debatte möchte ich deutlich sagen, dass ich mich freue, dass wir seit gestern tatsächlich den Lissabon-Vertrag ab dem 1. Dezember in Kraft setzen können. Das ist auch einen Applaus von allen Fraktionen wert.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Danke schön. Wir werden es nach Prag weitermelden, denn dieses ist natürlich die Grundlage für unseren Antrag, den wir heute eingebracht haben. Der Lissabon-Vertrag wird dazu führen, dass es ein neues Kapitel in der europäischen Integration gibt, welches uns im Inneren und Äußeren mehr Kraft und Stärke bringt. Eine Stärkung ist die Subsidiaritätskontrolle und ich werde Sie jetzt nicht mit einem Vortrag darüber nerven, was das denn bedeutet. Die meisten von uns haben es inzwischen verstanden.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Doch, bitte!)

– Nein, diesem Wunsch kann ich nicht nachkommen.

Die Subsidiaritätskontrolle soll sowohl bei den nationalen als auch bei den regionalen Parlamenten gestärkt werden, und zwar dadurch, dass wir frühzeitig in die Beratung von europäischen Gesetzen einbezogen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat jüngst ganz deutlich unsere Rolle in diesem Zusammenhang unterstrichen. Das Subsidiaritätsprinzip selbst ist schon seit 1992 in der Verfassung und im Vertrag von Maastricht formuliert, aber erst jetzt gibt es die Kontrolle darüber. Das Instrument hierzu ist ein förmliches Verfahren, das der endgültigen Gesetzgebung der Europäischen Kommission vorgeschaltet ist. Es soll im Rahmen eines Frühwarnsystems stattfinden und in diesem Rahmen sollen die nationalen und regionalen Parlamente konsultiert werden. Da die nach dem Lissabon-Vertrag vorgesehenen Aufgaben der nationalen Parlamente in Deutschland von Bundestag und Bundesrat wahrgenommen werden, können auch wir Einfluss auf die mögliche Wahrnehmung des Klagerechts beim Gerichtshof der Europäischen Union nehmen.

Das Lissabon- und das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben den Parlamenten in Deutschland neue Rechte, aber auch Pflichten aufgegeben, zum einen diese, sich sehr sorgfältig mit der Gesetzgebung auf europäischer Ebene auseinanderzusetzen, aber auch, aus Sicht der CDU-Fraktion, im Blick zu haben, dass die neuen Rechte nicht zu einer neuen Bürokratisierung in der Europäischen Union führen und es laufend Einsprüche gibt, die die Europäische Union dann wieder bearbeiten muss und die zu einem unendlichen Schwanz an Diskussionen und Bürokratie führen. Also müssen wir auch bei unserer Arbeit beachten, dass wir möglicherweise in einen Konflikt zwischen zwei Anforderungen geraten, nämlich auf der einen Seite, dass Europa gestalten und handeln soll, und auf der anderen Seite, dass die Politik Bodenhaftung haben soll und die Bürger das Gefühl haben sollen, dass nicht alles weit weg von ihnen über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Aber ich bin mir auch sicher, dass die Bürger letztendlich wollen, dass wir Probleme lösen und sie nicht unnötig verzögern.

Als Hamburger wissen wir auch, dass wir von der EU mit ihrem Binnenmarkt und der Währungsreform ganz besonders profitieren und auch unser Wohlstand davon abhängig ist. Deshalb wollen und werden wir nicht zu den Nörglern in der Europäischen Union werden. Im Einzelfall werden wir daher genau zu klären haben, wann die Subsidiarität im Vordergrund steht und wann die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Für Hamburg sind hier insbesondere Fragen des Hafens und der Infrastruktur sehr wichtig. Hierauf wollen wir natürlich in Zukunft verstärkt unser Augenmerk richten.

Mit unserem Antrag ersuchen wir nun als Regierungsfraktionen den Senat, Vorschläge zu erarbeiten, wie dieser neue Mechanismus der Subsidiari-

(Bettina Machaczek)

tätskontrolle bestmöglich umgesetzt werden kann. Hier kommt es besonders darauf an, eine praktikable Lösung für ein Teilzeitparlament, wie wir es sind, zu finden und als kleines Bundesland gemeinsam mit dem Senat an einem Strang zu ziehen, denn es geht hier insbesondere darum, dass Hamburg insgesamt in der Lage ist, eigene hamburgische und Norddeutschland-orientierte Abwägungen zu den Themen zu treffen, die für uns besonders wichtig sind. Damit das alles gelingen kann, ersuchen wir den Senat ferner, uns früh über anstehende Gesetzgebungsverfahren zu unterrichten und uns auch sein Abstimmungsverhalten im Bundesrat und in der EU zu übermitteln.

Da der Vertrag in wenigen Wochen in Kraft tritt, wollen wir keine Zeit verschwenden, sondern den Senat sofort an die Arbeit gehen lassen. Das Ergebnis dieser Arbeit wollen wir allerdings im Ausschuss diskutieren; deshalb werden wir heute einer Überweisung nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren! Wir haben neue Rechte erhalten, wir wollen sie im Sinne gesamteuropäischer Verantwortung, aber auch regionalpolitischer Mitbestimmung wahrnehmen. Daher bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Gwosdz GAL*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mehr als die Hälfte aller Gesetze, die von den nationalen Parlamenten beschlossen werden, werden inzwischen von der Europäischen Union vorgegeben. Beim Wirtschaftsrecht sind es sogar vier Fünftel. Vor diesem Hintergrund muss uns das Thema der Subsidiarität interessieren. Der Grundsatz der Subsidiarität, der, das wurde hier schon gesagt, mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt wurde, ist einer der Grundpfeiler einer föderalen und bürgernahen Politik in der Europäischen Union. So schwer dieser Grundsatz im Einzelfall anzuwenden ist, beinhaltet er im Kern eine einfache, ja schlichte Regelung. Jede gesetzgeberische Entscheidung soll so weit wie möglich auf der bürgernahesten Ebene entschieden werden. Das ist in der Freien und Hansestadt Hamburg die Bürgerschaft.

Der Vertrag von Lissabon enthält eine neue Definition des Subsidiaritätsprinzips – ich will sie Ihnen doch geben – und danach wird die Union nur noch in den Bereichen tätig, die nicht ihrer ausschließlichen Zuständigkeit unterliegen, sofern und soweit die damit verfolgten Ziele von den Mitgliedsstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. Das ist ziemlich kompliziert, aber das ist so.

Hieraus wird bereits deutlich, dass die Anwendung dieser Gedanken auf den Einzelfall notwendigerweise eine Mitwirkung und Meinungsbildung der betroffenen Parlamente voraussetzt. Diese Beteiligung kann aber nur funktionieren, wenn die jeweiligen Parlamente rechtzeitig informiert sind.

Meine Fraktion hat bereits in der vorletzten Wahlperiode, nämlich im August 2002, einen Entwurf zur Änderung der hamburgischen Verfassung eingebracht, der die Anwendung und Handhabung des Subsidiaritätsprinzips entscheidend verbessern sollte. Wir hatten vorgeschlagen, nach dem Vorbild der entsprechenden Regelung in der baden-württembergischen Verfassung den Senat dazu zu verpflichten, die Bürgerschaft über Gesetzesvorhaben, welche die Gesetzgebungszuständigkeit Hamburgs wesentlich berühren, zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu informieren und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die in Artikel 31 der hamburgischen Verfassung bereits enthaltene Unterrichtungspflicht des Senats sollte auf diese Weise konkretisiert werden und die Rolle der Bürgerschaft wäre gestärkt worden.

Der Zeitpunkt der Information, nämlich frühestmöglich, spielt dabei eine entscheidende Rolle, denn schon die Ausgestaltung unseres Landesparlaments als sogenanntes Teilzeitparlament bedeutet angesichts der komplexen Regelungsmaterie der Gesetzesvorhaben eine erhebliche Herausforderung bei der Bewältigung der anfallenden Arbeiten.

Unser damaliger Antrag ist von der Schwarz-Schill-Mehrheit nach kurzer Debatte in der Bürgerschaft abgelehnt worden. Man hat es noch nicht einmal als notwendig angesehen, den Antrag im Europaausschuss weiter zu beraten. Es komme nicht auf eine schön formulierte Unterrichtungspflicht an, sondern immer auf den Willen des Senats, dieser Pflicht auch nachzukommen, ist vonseiten der CDU in der Debatte gesagt worden. Wie wahr! Offenbar hat die heutige Regierungskoalition erkannt, dass man auf die Freiwilligkeit des Senats nicht unbedingt vertrauen kann.

Aber wie kleinmütig kommt der Antrag in der Drucksache 19/4405 daher. Der Senat wird gebeten, er möge der Bürgerschaft doch bitte sagen, wie sie am besten ihre Rechte aus dem Subsidiaritätskontrollmechanismus ausüben könne. Dabei hatte der Senat im Europaausschuss im April 2009 erklärt, er habe noch keine Vorstellung, hatte aber etwas zynisch, wenngleich in der Sache nicht ganz falsch, den Rat gegeben, auch die Bürgerschaft könne initiativ werden. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von CDU und GAL, ob Sie einfach nur zu feige waren, unseren alten Antrag noch einmal herauszuholen, oder ob irgendeine höhere Erkenntnis hinter Ihrem Antrag steht. Ich habe eher den Eindruck, dass auf Ihrer Seite nicht die Bereit-

(Rolf-Dieter Klooß)

schaft besteht, sich mit diesem Thema einmal ausführlich und angemessen zu beschäftigen, zum Beispiel in Form einer Expertenanhörung, wie es die SPD in der Julisitzung des Europaausschusses gefordert hatte.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Wir haben es doch angemeldet!)

Wir müssen insbesondere über eine Zuspitzung und Schärfung der Informationspflicht des Senats in Artikel 31 der hamburgischen Verfassung sprechen. Weitere Regelungen und Abkommen mit anderen Bundesländern könnten herangezogen werden. Eine solche Initiative muss aber von der Bürgerschaft selbst als dem zu informierenden Organ ausgehen und kann uns doch nicht vom Senat als auskunfterteilendem Organ mundgerecht vorgelegt werden. Der Europaausschuss ist der richtige Ort, eine Diskussion zwischen den Fraktionen und mit dem Senat zu führen, um dann einen gemeinsamen Weg zu finden, wie und wann die Bürgerschaft zu informieren ist.

Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen haben im Übrigen bereits gezeigt, dass die Informationsverfahren einen erheblichen personellen Aufwand nach sich ziehen. Das bedeutet, die personelle und sachliche Ausstattung muss entsprechend angepasst werden. Das kostet Geld, das sollte allen klar sein. Indes ist dieses Geld gut angelegt. Die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips ist wesentlich, will man die Europäische Union nah an den Menschen halten und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass die EU kein Bürokratiemonstrum ist, auf dessen Entscheidungen sie keinen Einfluss haben.

Frau Machaczek, seien Sie unbesorgt, uns geht es gewiss nicht darum, einer Bürokratisierung das Wort zu reden oder Nörgeleien zu fördern. Ich erinnere aber einmal daran, dass das Bundesland Bayern bestrebt war, eine Regionalisierung dieses Themas herbeizuführen. Das ist aber gottlob von den großen Fraktionen verhindert worden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Abgeordnete Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal an das anknüpfen, was Frau Machaczek einleitend gesagt hat. Es ist ein gutes Timing, dass wir zufälligerweise heute über die Umsetzung des Subsidiaritätskontrollmechanismus reden, einen Tag, nachdem der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus, als Letzter seinen Widerstand gegen den Vertrag von Lissabon aufgegeben hat. Es ist allerdings auch wichtig zu wissen, dass wir eben jetzt die Beratungen beginnen und nicht vorher schon einen Subsidiaritätskontrollmechanismus und seine Umsetzung für Hamburg erarbeitet haben, zu einem Zeitpunkt, als wir noch gar nicht wussten, ob das Drama um die Verfassung Europas und um die neuen Verträge noch weiter geht und sich länger hinzieht und eventuell auch der Vertrag von Lissabon scheitert und wir deswegen hier Arbeit gemacht hätten, die möglicherweise obsolet geworden wäre.

Aber jetzt haben wir endlich wieder eine Situation, in der die lange Hängepartie, wie es mit Europa und seinen Institutionen weitergeht, beendet ist und in der wir auf europäischer Ebene und damit auch bei uns in Hamburg bei der Bearbeitung europäischer Themen voranblicken und hoffen können, dass wir eine neue Dynamik bekommen. Die Subsidiaritätskontrolle ist ein neues, großes Recht, das den nationalen und auch den regionalen Parlamenten gegeben worden ist, und es nimmt uns in die Pflicht, verantwortungsvoll damit umzugehen.

Die Frage ist nur, wie. Wenn man sich anguckt, wie andere Landtage in Deutschland momentan europäische Themen behandeln und sich mit europäischen Dokumenten befassen, stellt sich, wie bereits ausgeführt wurde, erst einmal die Frage, welcher Mechanismus für uns und unsere Strukturen der ratsame und der geeignete ist. Wir könnten uns beispielsweise auch dafür entscheiden, uns jedes Dokument anzusehen, das von der Europäischen Union aus Brüssel kommt.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Ich hatte einmal im Rahmen eines Forschungsprojekts das Vergnügen, eine Zeitlang wirklich jedes Dokument der Europäischen Union auf seinen Umgang mit Umweltbelangen hin betrachten zu dürfen. Würden wir jetzt bei jedem Dokument darauf achten, wie es mit Subsidiaritätskontrolle umgeht, würde sich die Flut an Vorlagen und Drucksachen, die wir dann alle bekommen würden, schnell verdoppeln oder verdreifachen. Insofern stellt sich die Frage, ob dies für uns als Teilzeitparlament ohne Wissenschaftlichen Dienst angemessen wäre.

Dass wir aus dem Subsidiaritätskontrollmechanismus eine reine Kenntnisnahmeflut machen, möchte ich nicht. Letztendlich hätten wir dann alle Drucksachen irgendwo in unseren berühmten Sammelübersichten und würden sie formal zur Kenntnis nehmen, wobei viele wahrscheinlich gar nicht reingucken würden. Dies wäre ein weiterer Beitrag zu einem nicht gerade verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema Europa und seinen Auswirkungen auf Hamburg mit der Konsequenz, dass letzten Endes die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Europamüdigkeit belassen werden.

(Michael Gwosdz)

Das Ziel des Mechanismus, den wir – das Parlament und der Senat – gemeinsam entwickeln müssen, ist die Stärkung der Europamündigkeit der Bürgerschaft. Aus diesem Grund, lieber Kollege Klooß, finde ich es richtig und wichtig, den Senat in die Ausarbeitung dieses Mechanismus mit einzubeziehen und ihn darum zu bitten, uns einen Vorschlag zu unterbreiten. Letzten Endes wird es auch der Senat sein, der im Bundesrat die nationale Aufgabe der Subsidiaritätskontrolle stellvertretend für uns wahrnimmt, und deswegen müssen wir diesen Punkt gemeinsam umsetzen. Natürlich müssen Bürgerschaft und Senat auch gemeinsam einen Weg entwickeln, der praktikabel für uns ist und dazu führt, dass wir uns gegenseitig vertrauen können und nicht plötzlich eine Misstrauenskultur haben dahingehend, dass der Senat eventuell bestimmte Vorlagen nicht weiterleiten würde.

Der Landtag in Baden-Württemberg hat meiner Meinung nach ein ganz gutes System. Allerdings ist auch bekannt, dass seit 2006 aufgrund des dortigen Systems nur 32 ausgewählte Vorhaben der Europäischen Union in den baden-württembergischen Landtag eingegangen sind. Man kann sich fragen, ob dies nicht eine zu geringe Anzahl ist und ob einem nicht das eine oder andere Vorhaben, das man vielleicht gerne auf regionaler Ebene begutachtet hätte, durch die Lappen gegangen ist. Die entscheidende Frage, über die wir auch im Europaausschuss weiterberaten werden, lautet also: Was kommt wie ins Plenum? Wie Frau Machaczek gesagt hat, wollen wir uns der Diskussion darüber nicht verweigern, aber wir brauchen erst einmal eine Vorlage, auf deren Grundlage wir im Europaausschuss weiterdiskutieren können.

Mir persönlich gefällt zum Beispiel auch der Mechanismus in Bayern ganz gut, demzufolge ein Dokument der Europäischen Union nur dann auf die Tagesordnung des Landtags kommt, wenn es dazu auch eine parlamentarische Initiative gibt. Europäische Themen werden im Bayerischen Landtag also nicht automatisch behandelt, aber wenn, dann werden die Abgeordneten in die Pflicht genommen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das könnte vielleicht auch für uns ein ganz interessanter Weg sein.

Wir in Hamburg haben gemeinsam mit dem Senat ein Interesse an der Subsidiaritätskontrolle. Daher binden wir den Senat bei der Entwicklung eines Mechanismus ein, den wir dann gemeinsam beraten, gemeinsam beschließen und erst einmal auch gemeinsam anwenden. Wichtig ist, dass wir diesen Subsidiaritätskontrollmechanismus in einer ersten Anwendungsphase überprüfen, und zwar auf zwei Kriterien hin. Zum einen, ob er zu unserer Arbeitsweise als Hamburgische Bürgerschaft passt und uns nicht überfordert und zum anderen, ob er tatsächlich eine wirksame Subsidiaritätskontrolle ermöglicht und ob wir es uns mit diesem Mechanismus und aufgrund unseres Status als Teilzeitparlament nicht doch zu einfach machen und zu viele europäische Themen nicht behandeln und somit der großen Verantwortung, die uns der Vertrag von Lissabon gibt, nicht gerecht werden. Insofern wird dieser Mechanismus interessante Fragen aufwerfen, nicht nur in Bezug auf den Umgang mit europäischen Themen, sondern auch hinsichtlich der Arbeitsweise unserer Bürgerschaft. Vielleicht wird sie sich, ähnlich wie Europa hoffentlich durch den Vertrag von Lissabon, zum Besseren verändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klooß, ich kann Ihre Kritik und Ihre Bedenken verstehen, aber um es gleich vorweg zu sagen, wir werden dem Antrag zustimmen.

Uns scheint – und das haben Sie mit Ihrer Rede bestätigt –, als wäre mit der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips nicht nur ein neuer Anlass zu Beratungen geboten, sondern als würde Hamburg in gewisser Weise ein Versäumnis nachholen. Das Subsidiaritätsprinzip ist im EU-Recht schon lange verankert, praktisch schon in den Römischen Verträgen impliziert und 1993 zur Rechtsnorm geworden, wie bereits mehrfach gesagt wurde. Trotzdem bieten jetzt die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips und die Einrichtung eines Frühwarnsystems einen geeigneten Anlass, uns zu beraten. Wir sollten diesen Anlass aber auch dazu nutzen, um über den Kontrollmechanismus auch den Einfluss der Bürgerschaft und der Stadt Hamburg auf den Willensbildungsprozess auf EU-Ebene zu stärken.

Wie auch Sie, Herr Klooß, gesagt haben, gibt es das Subsidiaritätsprinzip schon lange und wir kritisieren, dass bisher seine praktische Anwendung allgemein weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben ist und dass es zu oft missachtet wurde, und zwar nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene.

Sie sprechen in Ihrem Antrag die Belange Hamburgs als Hafenstadt an. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die unsägliche EU-Hafenrichtlinie, die buchstäblich von unten, nämlich im Wesentlichen von den Hamburger Hafenarbeitern, aber auch in einer länderübergreifenden Aktion zu Fall gebracht wurde.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Gespräche einzustellen beziehungsweise nach draußen zu verlagern. Der Lärmpegel ist doch etwas sehr hoch. – Vielen Dank.

Christiane Schneider (fortfahrend): Andererseits ist das Subsidiaritätsprinzip nicht zuletzt auch von nationalen Regierungen missachtet worden, die auf EU-Ebene durchzusetzen versucht haben, was sie auf nationaler Ebene nicht durchsetzen konnten. Umgekehrt haben nationale Regierungen das Subsidiaritätsprinzip so manches Mal vorgeschoben, wenn sie bestimmte Regelungen auf EU-Ebene nicht wollten, zum Beispiel Regelungen sozialer Mindeststandards, wohl wissend, dass nur eine europäische Regelung wirksamen Schutz für soziale Mindeststandards bieten kann.

Wir halten die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips für eine der existenziellen Grundlagen des europäischen Integrationsprozesses. Die europäische Integration wird in ihrem weiteren Verlauf nur dann erfolgreich, weil bürgernah, gestaltet werden können, wenn sie dem Grundsatz der Einheit in Vielfalt folgt. Deshalb begrüßen wir die Verstärkung dieses Rechtsprinzips in den europäischen Verträgen und die Einführung eines Interventionsmechanismus. Dazu gehört unverzichtbar die ständige und rechtzeitige Unterrichtung nicht nur des Bundestages, sondern auch der Länderparlamente, also auch der Hamburgischen Bürgerschaft, über europäische Rechtssetzungsprojekte. Hier wird der Senat in die Pflicht genommen, aber hier wird auch die Bürgerschaft – darauf hat Herr Klooß hingewiesen – gefordert sein, das Subsidiaritätsprinzip als ein Recht aktiv wahrzunehmen.

Meiner Meinung nach kommt es jetzt ganz wesentlich darauf an, wie diese Arbeitsaufträge umgesetzt werden und zu welchen Resultaten die Beratungen im Europaausschuss führen, sodass wir uns mit der Umsetzung der Arbeitsaufträge an dieser Stelle kritisch auseinandersetzen können. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4405 an den Europaausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den gemeinsamen Antrag der Fraktion der CDU und GAL aus der Drucksache 19/4405 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit Mehrheit und einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 46, Drucksache 19/4278, in der Neufassung auf. Antrag der SPD-Fraktion: Hamburg setzt ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen.

[Antrag der Fraktion der SPD:
Hamburg setzt ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen
– Drs 19/4278 (Neufassung) –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 19/4490 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE und als Drucksache 19/4504 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wanderausstellung "Tatmotiv Ehre" erweitern – Gewalt gegen Frauen in Deutschland sichtbar machen
– Drs 19/4490 –]

[Antrag der Fraktion der GAL:
Internationaler Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen" 2009 – zehn Jahre UN-Gedenktag
– Drs 19/4504 –]

Alle drei Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Dobusch, Sie haben das Wort.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt Themen, die kann man aussitzen, die kann man ausgrenzen oder schlichtweg totschweigen und irgendwann, wenn man Glück hat, erledigen sie sich ganz von selbst. Bei dem Thema Gewalt an Frauen ist das nicht der Fall, das wissen wir alle, die hier sitzen, das wissen aber auch alle Zeitungsleser und vor allen Dingen auch alle Zeitungsleserinnen. Gewalt an Frauen geschieht und so anachronistisch uns das auch vorkommen mag, noch immer wird Frauen nur, weil sie Frauen sind, allein aufgrund ihres Geschlechts, durch Zwang bis hin zur Gewaltandrohung oder auch Gewaltausübung die Freiheit verwehrt, so zu leben, wie sie wollen, auch in Hamburg.

Vor fast genau einem Jahr habe ich an dieser Stelle den Senat aufgefordert, ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen in Hamburg zu setzen. Es sollte ein Zeichen sein – ich zitiere jetzt ausnahmsweise einmal mich selbst,

> "…das einerseits den Frauen signalisiert, wir nehmen eure Ängste ernst und verbessern weiter die Maßnahmen, damit wir euch in Zukunft wirksamer schützen können, als wir das bisher tun konnten, und es muss gleichzeitig ein Signal sein, das den Tätern rechtzeitig, nämlich bevor die Taten eskalieren, signalisiert: Stopp, diese Stadt toleriert keine Gewalt gegen Frauen."

Wie Sie alle wissen, gab es für uns damals einen aktuellen Anlass, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Ich nehme an, das tragische Schicksal von Morsal O. ist Ihnen allen unvergesslich.

(Gabi Dobusch)

In der Zwischenzeit ist einiges passiert und der Senat oder ein Mitglied der Regierungskoalition wird sich sicherlich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, dies hier noch einmal ausführlich aufzulisten. Ausgehend von der damaligen Großen Anfrage an den Senat hat meine Fraktion in der Folge einen Antrag mit konkreten Vorschlägen eingebracht, wie der Schutz der fundamentalen Rechte der Frauen auf ein Leben in Freiheit und ohne Gewalt verbessert werden könne. Wie die Mühlen der Demokratie manchmal so mahlen, werden wir diesen Antrag auf einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen tatsächlich wohl morgen, also immerhin noch vor dem nächsten "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen" am 25. November, im Sozialausschuss erstmals auf der Tagesordnung haben.

Damit aber bereits am diesjährigen 25. November ein Signal von Hamburg an die Betroffenen ausgeht, hat meine Fraktion zusätzlich beantragt, sich einer Aktion von TERRE DES FEMMES anzuschließen zum "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen" Flagge zu zeigen. Zum neunten Mal in Folge nämlich sind Städte und Gemeinden aufgefordert, die Fahne "Frei leben – ohne Gewalt" zu hissen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In 2008 waren es bereits über 5 000 Fahnen, die im In- und Ausland, unter anderem auch an allen Berliner Parteizentralen, gehisst wurden. Hamburg würde es unseres Erachtens sehr gut anstehen, diesen Beispielen zu folgen.

Jetzt geht es um die Frage, wo die Flagge aufgezogen werden soll. Es ist schon bemerkenswert, dass die GAL-CDU-Fraktionen in diesem Fall, anders als bei der Regenbogen-Fahne zum CSD, keine Ausnahme machen wollen und vorschlagen, die Fahne an der Justizbehörde am Dienstsitz der Arbeitsstelle Vielfalt zu hissen. Wieso dort und nicht bei Herrn Wersich? Das leuchtet mir nicht ein, das ist doch überhaupt nicht logisch. Ich nehme an, dass sich die CDU-Fraktion mit ihrer alten Linie durchgesetzt hat und nun alles, was ihr nicht straight genug erscheint – ich denke zum Beispiel an die Hamburger Ehe –, nicht mehr wie früher an das von ihr inzwischen geschlossene Senatsamt für die Gleichstellung schiebt, sondern an die Arbeitsstelle Vielfalt und die GAL macht dabei auch noch mit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das finde ich richtig piefig.

(Beifall bei der SPD)

Im Zusammenhang mit unserer Initiative zur Ergänzung des Artikel 3 des Grundgesetzes haben wir bereits erlebt, mit welcher Nonchalance die Regierungsfraktionen auf Züge aufspringen und die Ideen anderer zu ihren ureigenen erklären und entsprechend vermarkten. Dieses Mal kommen sie im Nachklapp mit einem eigenen Antrag, einer kleinen Lösung, auf unseren Vorschlag zurück. Wir werden ihm nicht zustimmen. Wir wollen nämlich kein Fähnchen in den Hamburger Wind hängen, sondern dass Hamburg Flagge zeigt am Rathaus.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich warte gespannt darauf, inwieweit Sie uns schlüssig erklären können, warum die Regenbogenfahne für die Rechte von Lesben und Schwulen am Rathaus wehen darf, eine Fahne für die Rechte von Frauen jedoch nicht. Um Ihrer Verwunderung zuvorzukommen: Die SPD-Fraktion war gegenüber der Öffnung der Flaggenordnung am Rathaus immer sehr skeptisch eingestellt, aber Schwarz-Grün hat die Flaggenordnung gelockert und sich dafür auch hinreichend feiern lassen. Insofern haben wir eine neue Situation und aus A folgt meines Erachtens auch B.

(Beifall bei der SPD)

Ich begrüße es sehr, dass die Koalition es ebenfalls für eine gute Idee hält, die Wanderausstellung "Tatmotiv Ehre" von TERRE DES FEMMES ins Rathaus zu holen. Ihre Bedenken, meine Damen und Herren von der LINKEN, mit dieser Ausstellung könne eine Verengung auf den Aspekt der Gewalt im Milieu von Migrantinnen und Migranten erfolgen, teile ich übrigens nicht. Wir haben immer wieder klargestellt, dass Gewalt gegen Frauen ein Problem ist, das sich durch die gesamte Gesellschaft zieht. Patriarchale Strukturen finden sich tatsächlich überall, aber der Ehrbegriff in bestimmten Milieus verdient sehr wohl unsere Aufmerksamkeit. Eine Verengung des Gesamtproblems ist mit dieser Ausstellung meines Erachtens nicht beabsichtigt und auch nicht verbunden.

Die Stadt hat die Aufgabe, das fundamentale Menschenrecht der Frauen auf ein Leben in Freiheit und ohne Gewalt zu schützen. Lassen Sie uns an diesem Haus für diese Stadt ein Zeichen setzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Koop.

Karen Koop CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der November mit seinen zum Teil bewegenden und zum Teil sehr düsteren Gedenktagen liegt noch vor uns und insofern ist es vielleicht ganz gut, wenn wir heute den Gedenktag zum Thema "Gegen Gewalt an Frauen" aus der Masse der Gedenktage herausheben.

Wir haben im Juni ausführlich über das Thema gesprochen und wenn wir es morgen auch im Sozialausschuss diskutieren, können wir es hier in seiner Breite etwas einschränken. Es ist bestürzend, wie wenig wir dem Phänomen Gewalt entgegenzuset-

(Karen Koop)

zen haben, auch wenn wir bereits eine Fülle von Präventions- und Betreuungsmaßnahmen auf den Weg gebracht haben. Beide betroffenen Behörden, die BSG und die Justizbehörde, arbeiten hervorragend zusammen und wenn wir uns den Aktionsplan Opferschutz ansehen, der fortgesetzt und aktualisiert werden soll, dann ist schon vieles zu unserer Zufriedenheit auf den Weg gebracht worden.

Haupthindernis ist noch immer – und das ist etwas, was sich der Politik teilweise entzieht – die Bereitschaft der Gesellschaft, Gewalt als Alltagsphänomen zu akzeptieren. Man braucht nur in die Printmedien zu gucken, fernzusehen oder ins Kino zu gehen, dann weiß man, was die Menschheit fasziniert. Es ist die Gesetzesübertretung inklusive der Gewalt gegen Menschen, häufig gegen Frauen und Kinder. Aber bei aller Betroffenheit scheint mir die Polarisation, die viele im Kopf haben: Frau gleich Opfer, Mann oder Gesellschaft gleich Täter nicht zutreffend. Wir werden inzwischen auch mit einer Fülle an Gewalt konfrontiert, die von Frauen ausgeht, und zwar umso stärker, je mehr sich die Lebensmodelle von Männern und Frauen einander angleichen. Dass Mütter Gewalt ausüben, ist ein Tabuthema in unserer Gesellschaft und dass junge Mädchen sich in Banden zusammenschließen, entzieht sich unserer Vorstellung, denn bei uns ist die gesellschaftliche Gewalt gewöhnlich mit dem Testosteron verbunden, auch wenn man es sich mit dieser Erklärung zu leicht macht.

Wichtig ist für mich, dass das Augenmerk auf die Motivation der Täter gelenkt wird. Bei aller Sorge um die Frauen, bei aller Betreuung der Frauen, Frauen sind nicht per se Opfer in der Gesellschaft; das müssen wir deutlich machen. Bei der Motivation der Täter geht es immer auch um ihre Sozialisation und ihren kulturellen Hintergrund. Die Ausstellung "Tatmotiv Ehre" von TERRE DES FEMMES, die auch wir unterstützen, gibt genau darüber Auskunft. Wie Frau Dobusch bin auch ich der Meinung, dass die Ausstellung keiner weiteren Klarstellung oder Ergänzung bedarf, denn sie ist explizit auf die fundamentalistische Interpretation von Gewalt und Ehre ausgerichtet und verweist auf einen merkwürdigen Ehrbegriff, den wohl kaum einer von uns unterstützen würde.

Ich war etwas irritiert, als ich im Antrag der LINKEN gelesen habe, dass in der Bundesrepublik der Begriff Ehre erstmals positiv konnotiert wird. Für Sie ist der Ehrbegriff scheinbar doppeldeutig. Für mich hat Ehre etwas mit Ehrenamt, Ehrentitel zu tun und wenn ich jemanden ehre, dann gebe ich ihm gegenüber auch eine Wertschätzung ab. Dass der Ehrbegriff von Ihnen negativ interpretiert wird,

> (*Christiane Schneider DIE LINKE:* Ne, das ist auch nicht so gemeint!)

kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, aber dann sollten Sie das anders formulieren.

Der Ausstellung stehen wir also positiv gegenüber und sie wird sicherlich ein Zeichen setzen und auf ein breites Interesse in der Bevölkerung stoßen.

Zur Fahnenaktion sage ich: Wer A sagt, muss nicht unbedingt B sagen. Lesen Sie einmal nach, was Bertolt Brecht dazu geschrieben hat. Ich stehe solchen plakativen Äußerungen immer etwas kritisch gegenüber, denn sie verführen häufig dazu, dass man in Betroffenheitsrituale verfällt, hinter denen man die eigene Verantwortung verstecken kann. Wenn es der Sache aber dient und wir die Fahne hissen wollen, dann sollte sie an der Stätte des Handelns gehisst werden und nicht an der BSG. Wenn Sie in der letzten Zeit in der BSG gewesen sind, müssten Sie wissen, dass man die Fahne wohl kaum oben an die Baustellenplakate einhängen kann. Insofern ist die Fahne an der Justizbehörde gut angesiedelt und damit sind wahrscheinlich alle zufrieden. Wir werden dem Änderungsantrag der GAL zustimmen und alle anderen Anträge ablehnen.

> (Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Güclü.

Nebahat Güclü GAL:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorab eine kurze Bemerkung an Frau Dobusch. Ich bin etwas verwirrt über Ihren scharfen Ton, denn gerade in der Frage der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen besteht eine sehr große Einigkeit, die über alle Parteigrenzen hinweg mehrfach Thema in der Bürgerschaft war. Auch die Art und Weise, wie wir uns damit befasst haben und dass wir fast alle Begehren zu diesem Thema überwiesen haben, macht deutlich, dass wir uns aus diesem Bündnis nicht entfernt haben, sondern im Gegenteil mit eigenen Vorschlägen involviert sind.

> (Beifall bei der GAL und der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Dann können Sie ja unserem Antrag zustimmen!)

Da wir heute über diesen internationalen Gedenktag sprechen, möchte ich ein Stück weit ausholen. Seit 1999, also seit genau zehn Jahren, ist der 25. November der "Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen", den auch die Vereinten Nationen als anerkannten Gedenktag proklamiert haben. Dies ist ein guter Grund, ihn 2009 besonders zu würdigen, was wir heute auch tun, und ihm werden sicherlich noch einige andere Aktionen folgen. Ich möchte daran erinnern, dass dieser Gedenktag zurückgeht auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal durch den militärischen Geheimdienst am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik, nachdem sie zuvor monatelang gefoltert worden waren. Über 20 Jahre später, 1981, erklärten in Bogotá Konferenzteilnehmerinnen aus Latein-

(Nebahat Güclü)

amerika und der Karibik dieses Datum zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen und Mädchen.

Einige von Ihnen werden sich sicherlich daran erinnern, dass auch in Hamburg dieser Gedenktag bereits im letzten Jahr auf besondere Art und Weise begangen wurde. Es gab eine gemeinsame Aktion der Bäcker-Innung Hamburg, des Arbeitskreises Gewalt gegen Frauen und Mädchen und anderer Beratungsstellen sowie der Hamburger Polizei. Unter der Schirmherrschaft von Bischöfin Maria Jepsen wurde eine breite Kampagne durchgeführt mit Filmvorführungen, Gottesdiensten und einer Abschlussveranstaltung am 25. November 2008. An diesen Tagen trugen in vielen Innungsbäckereien die Brötchentüten die Aufschrift "Gewalt kommt nicht in die Tüte" und der Senat lud zu einem Empfang mit einem Vortrag zum Thema "Ältere Frauen als Opfer von Gewalt in engen sozialen Beziehungen" ein. In der Vergangenheit ging es auch zum Beispiel um Themen wie Genitalverstümmelung. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen hat in Hamburg seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert und wird von einem breiten Bündnis getragen. Ich halte es für richtig und dringend notwendig, diesen Weg auch weiterhin gemeinsam zu gehen, bis wir in sämtliche Winkel dieser Stadt und dieser Gesellschaft vorgedrungen sind, um diese Gewalt zu ächten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wie von den Vorrednerinnen erwähnt, läuft seit 2001 die von der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES initiierte Fahnenaktion und im Jahr 2008 wurden bereits mehr als 5 000 Fahnen in über 850 Städten und Gemeinden gehisst, einige davon im Ausland, auch das wurde schon gesagt. In Hamburg zeigte bisher nur der DGB, dass er diese Aktion unterstützt, wozu ich ihn beglückwünsche. Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des UN-Gedenktages sollten wir diesen Tag entsprechend würdigen und – ich danke der SPD für die Anregung – uns dieser Kampagne anschließen. Meine Fraktion und ich begrüßen es sehr, dass die Justizbehörde als Sitz der Arbeitsstelle Vielfalt mitverantwortlich für das Thema "Gewalt an Frauen" am 25. November dieses Jahres die Fahne von TERRE DES FEMMES hissen wird. Im Übrigen wird sich auch unsere Partei an der Fahnenaktion beteiligen und ich hoffe, dass auch die SPD am Kurt-Schumacher-Haus am 25. November die Fahne hissen wird.

(*Gabi Dobusch SPD:* Aber natürlich!)

– Frau Dobusch, Sie waren damals noch nicht in der Bürgerschaft, aber mein Kollege Farid Müller kann sicherlich ein Lied davon singen, welche Haltung die SPD gerade zuzeiten der rot-grünen Koalition in der Frage der Beflaggung des Rathauses mit der Regenbogenfahne gezeigt hat. Und es war auch damals eine grüne Senatorin, Krista Sager, die als Vorreiterin 2001 endlich das Senatsamt für Gleichstellung beflaggte. Die SPD äußerte verfassungsrechtliche Bedenken und war der Meinung, dass nur die Flagge Hamburgs, die Bundesflagge oder die anderer Länder dort hängen dürfte, obwohl bereits 1982 die HSV-Fahne anlässlich der gerade errungenen Deutschen Fußballmeisterschaft am Rathaus hing.

Wir sind froh, meine Damen und Herren von der SPD, dass es bei Ihnen einen Sinneswandel gegeben hat, zu dem meiner Meinung nach die GAL maßgeblich beigetragen hat. Wir möchten Ihnen auch dafür danken, dass Sie unseren Antrag auf die Beflaggung mit der Regenbogenfahne unterstützt haben. Nun führt wieder ein grüner Senator, Dr. Till Steffen, die Arbeit fort und wird die Fahne hissen.

Den Wunsch, die Ausstellung, die man natürlich gut terminieren muss, nach Hamburg zu holen, begrüßen wir ebenfalls und wir sind in diesem Punkt ganz auf einer Linie mit Ihnen. Hinsichtlich des Antrags der LINKEN schließe ich mich allerdings Frau Koops Kritik an. Wer die Ausstellung kennt – ich habe sie schon besucht, sie ist zurzeit in Lüneburg zu sehen – wird Ihre inhaltliche Kritik nicht nachvollziehen können, Frau Artus. Auch wenn ich Ihnen darin beipflichte, dass Gewalt an Frauen nicht nur auf bestimmte Milieus fokussiert und nicht nur der Islam an den Pranger gestellt werden darf, so können Sie in der Ausstellung die unterschiedlichsten Beispiele aus Brasilien, Argentinien, Peru und dergleichen mehr sehen; das möchte ich jetzt im Einzelnen nicht ausführen. Ich habe auch kein Verständnis dafür, der Arbeitsstelle Vielfalt ein bereits existierendes Ausstellungskonzept an die Hand zu geben und dann in das inhaltliche Konzept hineinzureden. Die Ausstellung hat Anlässe und Arten von Menschenrechtsverletzungen an Frauen weltweit zum Thema gemacht, die mit dem vermeintlichen Tatmotiv Ehre, wie auch immer man es betonen möchte, verbunden wird, ohne Rücksicht auf religiöse und kulturelle Hintergründe. Das ist genau das, was wir brauchen. Ich verspreche mir davon, dass die Diskussion, die durch die Ausstellung in der Stadt sicherlich ausgelöst wird, weitergeführt wird und uns hilft, gemeinsam Wege und Maßnahmen zu finden, um Gewalt gegen Frauen noch besser bekämpfen zu können. Jeder Fraktion ist es darüber hinaus natürlich freigestellt, die Ausstellung mit eigenen Veranstaltungen zu begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Der Antrag der SPD,

(Kersten Artus)

am 25. November das Rathaus mit einer TERRE-DES-FEMMES-Flagge zu schmücken, ist eine sehr gute Idee. Ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen, halte ich für einen sehr guten symbolischen Akt und ist auch leicht umzusetzen. Angesichts der vielen Touristen und Touristinnen, die jeden Tag zum Rathaus kommen, wäre die Beflaggung des Rathauses am 25. November auch eine gute Werbung für Hamburg als weltoffene und internationale Stadt. Die LINKE unterstützt daher diese Idee.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Noch einmal zur Ausstellung: Wir finden schon, dass sie unvollständig ist und deswegen auch zumindest ergänzt werden müsste. Wir wollen der Arbeitsstelle Vielfalt nichts an den Hals hetzen, Frau Güclü; vielmehr denke ich, dass sie genau dafür da ist, auf bestimmte Diskriminierungsmerkmale aufmerksam zu machen und dem etwas entgegenzusetzen.

Die Ausstellung verklärt den Blick nach innen. Ich finde sie schon einseitig. Sie zeigt nur auf Gewalt gegen Frauen, wie sie in anderen Ländern stattfindet. Und sie könnte deswegen auch ein islamfeindliches Weltbild unterstützen und fördern. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass zunächst, mindestens aber zeitgleich, vor der eigenen Tür gekehrt werden muss. Ich glaube auch nicht, dass eine Ergänzung, und nur darum geht es, eine Zerstörung der Ausstellung bedeuten würde.

In feministischen Kreisen gibt es Kritik an der Unwissenschaftlichkeit der Ausstellung, denn Kritik an Gewalt fassen zumindest wir LINKE weiter. Gewalt ist eine strukturelle Erscheinung, die in verschiedenen Formen gegen Frauen gerichtet ist. Worin besteht denn der Unterschied, wenn ein weißer deutscher Christ seine Frau ermordet oder ein Muslim? Bei dem einen heißt das dann Familiendrama, bei dem anderen Ehrenmord. Wer will, macht aus Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund schnell einen Integrationsunwillen. Ich erinnere daran, dass es Henning Voscherau war, der nach dem Mord an Morsal forderte, ihrem Bruder nachträglich die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Und dann schließt sich der Kreis. Der in der Migration verstärkte soziale Druck, Regeln und Normen des Herkunftslandes zu respektieren, um die eigene kulturelle Identität nicht zu verlieren, verstärkt sich noch und eine frauenfeindliche Auslegung des Islam wird als unumstößliche Tatsache angesehen.

Richtig ist, dass Frauen, die keinen deutschen Hintergrund haben, spezielle Hilfsangebote benötigen, geschulte muttersprachliche Fachkräfte, Broschüren und Websites in verschiedenen Sprachen und eine Vorortbetreuung. Wir schlagen daher vor, zusätzlich zu der Ausstellung die Möglichkeit zu geben, eine kritische Bilanz der Zuwandererpolitik darzustellen, warum sich junge Deutschtürkinnen verschleiern, während Gleichaltrige in der Türkei das nicht mehr tun, warum junge männliche Deutschtürken von Ehre reden, während sie den Schulabschluss nicht geschafft haben. Hier könnte die Arbeitsstelle Vielfalt wirklich sehr sinnvoll tätig werden und deshalb haben wir den Zusatzantrag eingebracht. Sollte dieser abgelehnt werden, könnten wir dem Antrag der SPD nur unter großen Bauchschmerzen zustimmen.

Wir werden die Flagge natürlich auch selber hissen, auch wenn ich noch nicht genau weiß, wie wir sie im Haus am Domplatz anbringen können; das bekommen wir aber noch irgendwie hin.

Den Antrag der GAL lehnen wir ab. Ich hätte mir euren Protest gut vorstellen können, wenn die CDU bei den Koalitionsverhandlungen letztes Jahr vorgeschlagen hätte, die Regenbogenflagge statt vor dem Rathaus vor dem Magnus-Hirschfeld-Centrum oder vor "Intervention" zu platzieren. Oder hat sie das vielleicht zuerst getan?

(*Farid Müller GAL:* Das ist keine Behörde, Gott sei Dank!)

Meine Bitte ist: Habt Respekt vor euch selbst und zieht diesen Antrag zurück.

In diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung. Es ist eine undemokratische Form – und es ist schade, dass die GAL sich das von der CDU abgeguckt hat –, Presseerklärungen herauszugeben, die Beschlüsse voraussetzen, die hier noch gar nicht gefasst wurden. Heute hat Nebahat Güclü noch vor 12:00 Uhr die Presseerklärung herausgegeben, dass Hamburg Flagge zeigt und vor der Justizbehörde die Fahne gehisst wird.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Skandal!)

Ich finde, das ist kein parlamentarisch freundlicher Akt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Frau Güclü.

Nebahat Güclü GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß, alle wollen nach Hause, aber gestatten Sie mir trotzdem zwei Punkte.

Erstens ist es, Frau Artus, ein schlechter Vergleich, ob eine Flagge vor irgendeinem Projekt gehisst wird, das öffentlich gefördert wird, oder vor einer Behörde, die ganz klar und explizit diesen Auftrag hat. Das zu vergleichen bedeutet, Bananen mit Weintrauben zu vergleichen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zweitens zu Ihrem Vorwurf, den Sie mir in Bezug auf die Pressemitteilung machen: Es steht jeder Behörde frei zu entscheiden, ob sie beflaggen will oder nicht. Das gilt auch, wenn die Arbeitsstelle

(Nebahat Güclü)

Vielfalt beziehungsweise die Justizbehörde das für sich entschieden haben. Wenn Sie den Antrag genauer lesen, erkennen Sie, dass er auch dahingehend formuliert ist. Insofern ist das kein Widerspruch zu dem, was da steht.

Aber ich möchte auf einen Punkt noch einmal eingehen, weil ich finde, dass Sie sich in der Argumentation widersprochen haben. Einerseits finde ich Ihre Kritik oder Ihre Sensibilisierung sehr sympathisch zu sagen, wenn es um Fragen der Gewalt an Frauen und Mädchen geht, werden sehr schnell Migrantenmilieus an den Pranger gestellt. Grundsätzlich teile ich diese Kritik. In Bezug auf diese Ausstellung, das habe ich ausdrücklich gesagt, teile ich sie nicht, weil ich die Ausstellung kenne und mir auch die Broschüre noch einmal daraufhin angesehen habe. Was ich allerdings dann nicht verstehe, ist, warum Sie unter Berufung auf diese Ausstellung eine Debatte führen wollen, in der die Gewaltthematik im Zusammenhang mit Migration und Einwanderung diskutiert wird. Damit widersprechen Sie sich selbst. Das muss man ordentlich voneinander trennen.

Ich frage mich auch, ob es rechtlich möglich ist, ein Kunstwerk, wie es auch eine Ausstellung ist, konzeptionell zu verändern; das wage ich zu bezweifeln. Ich bin gerne dazu bereit – und da muss man sozusagen auch die Moschee im Dorfe lassen –, darüber zu diskutieren, wo Gefahren, Gewaltphänomene und unterschiedlichste Gewalterscheinungen, ob es sich um strukturelle Gewalt handelt oder nicht, verstärkt auftreten. Wir wissen, dass wir sie im Moment sehr stark im Zusammenhang mit jungen Männern aus Migrantenfamilien beobachten können. Das muss man auch deutlich benennen. Aber ich warne davor, die Gewaltdebatte darauf zu reduzieren, denn wenn man heute mit Mitarbeiterinnen in den Hamburger Frauenhäusern spricht, dann werden die bestätigen, dass die Frauenhäuser vielleicht zu 50 Prozent mit Frauen mit Migrationshintergrund gefüllt sind. Das bedeutet natürlich im Umkehrschluss, dass die anderen 50 Prozent keinen Migrationshintergrund haben. Insofern warne ich davor zu pauschalisieren, aber ich warne auch davor, da wegzusehen, wo Gewalt häufiger auftritt. Damit tun wir auch den Betroffenen nichts Gutes. In dem Sinne haben wir noch ein gutes Stück Weg vor uns, den wir aber gemeinsam gehen können. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Frau Dobusch.

(Zurufe von der CDU)

Gabi Dobusch SPD:* – Ich weiß, es ist spät. Aber ganz so möchte das Ganze doch nicht stehen lassen.

Ich möchte Frau Güclü entgegnen, dass ich es in dieser Legislaturperiode ganz so immer zusammen und gemeinsam nicht erlebt habe. Sie haben zum Beispiel vergessen, dass unsere erste Große Anfrage zum Thema "Gewalt an Frauen" von der Regierungskoalition keineswegs einvernehmlich begrüßt und an den Ausschuss überwiesen wurde. Eine Überweisung und weitere Behandlung dieses Themas wurde von diesen beiden Fraktionen glattweg abgelehnt.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – *Olaf Ohlsen CDU:* Das ist wirklich nicht schön!)

Zum anderen noch einmal zum Verfahren im Zusammenhang mit diesem Antrag, den wir heute debattiert haben. Es ist schlechter Stil, meine Damen und Herren. Wir bringen einen Antrag ein, der zumindest in Teilen gefällt, und wir werden dann aufgefordert, unseren Antrag doch vielleicht netterweise zurückzuziehen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* So sind Sie! – *Olaf Ohlsen CDU:* Ja, warum denn nicht?)

Wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Warum sollten wir das tun, warum sollten wir unseren Antrag zurückziehen? Sie sagen noch nicht einmal, dass Sie gemeinsam mit allen interfraktionell etwas durchbringen wollen, sondern schlagen vor, dass wir einem nachträglich eingereichten, dann auch noch viel schlechteren Antrag, mit dem Sie quasi auf das Thema aufgesprungen sind, zustimmen sollen. Das ist doch absoluter Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie daraus noch verfrüht im Vorfeld eine Pressemitteilung machen, in der Sie gerade noch erwähnen, dass wir die Debatte angemeldet haben, aber natürlich mit keinem Wort darauf eingehen, dass das unser Antrag war, ist das i-Tüpfelchen obendrauf.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, es ging einfach darum, etwas umzusetzen und wir konnten ein bisschen schneller sein als Sie mit Ihrem Antrag; das war die Idee dahinter. Wir haben es begrüßt, dass Sie die Initiative ergriffen haben. Es gab die Gelegenheit, vielleicht durch den etwas direkteren Draht zum Justizsenator, ihn zu befragen und hier sagen zu können, er wird es machen. Und bei der Ausstellung in der Rathaus-Diele sind wir in der gleichen Weise verfahren. Dann ist es einfach ein parlamentarisches Verfahren, zu sagen, Sie könnten, wenn Sie wollten, Ihren Antrag zurückziehen. Sie müssen das nicht tun, wir stimmen gerne ab.

(Antje Möller)

(Beifall bei der GAL – *Gabi Dobusch SPD:* Arroganz der Macht!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/4278 Neufassung, 19/4490 und 19/4504 an den Sozialausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen?-– Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/4490. Wer möchte diesem folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4278 in der Neufassung zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte nun den Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4504 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 4, Drucksachen 19/4204 und 19/4205, Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses Eingaben
– Drs 19/4204 –]

[Bericht des Eingabenausschusses Eingaben
– Drs 19/4205 –]

Ich beginne mit dem Bericht 19/4204, hier zunächst die Ziffer 1. Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 533/09 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Empfehlung mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen zu den übrigen Eingaben einstimmig angenommen.

Die in den Ziffern 2 und 3 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Nun zum Bericht 19/4205. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen zum Bericht 19/4205 einstimmig angenommen.

Die in der Geschäftsführung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf, Drucksache 19/3835, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Atomtransporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet (II)
– Drs 19/3835 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Umweltausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren mehrheitlich abgelehnt.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26, Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird.

Frau Schneider, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die LINKE hat in den letzten ungefähr drei Monaten zwei Große Anfragen zum Thema Atomtransporte durch den Hamburger Hafen und das Hamburger Stadtgebiet gestellt.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist doch schön!)

Hier geht es darum, dass die zweite Große Anfrage mit den Antworten des Senats nach unserem Wunsch an den Innenausschuss hätte überwiesen werden sollen beziehungsweise nach Ihrem Willen nicht überwiesen worden ist.

Die erste Große Anfrage war nicht, wie von uns damals gewünscht, zur Mitberatung an den Innenausschuss überwiesen worden, sie wurde aber ausführlich im Umweltausschuss beraten. Dass diese Anfrage nicht auch an den Innenausschuss überwiesen wurde, erwies sich im Umweltausschuss jedoch als dickes Problem. Zum Zeitpunkt der Beratungen im Umweltausschuss hatten Cuxhaven und Bremen gerade den Transport von Atombrennstoffen aus dem britischen Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde über ihre Häfen und

(Christiane Schneider)

ihr Stadtgebiet aus politischen und aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Bei fast allen unseren Fragen nach der Sicherheit der Transporte und der Transportbehälter, nach Sicherheitsvorkehrungen, nach Übungen des Katastrophenschutzes und so weiter verwiesen die Senatsvertreter den Ausschuss entweder auf die noch ausstehenden Antworten auf die zweite Große Anfrage oder sie blieben die Antwort ganz und gar schuldig oder sie waren völlig überfordert und wussten nichts Genaues und mussten die Antworten dann später zu Protokoll geben.

Jetzt hat die Regierungsmehrheit die zweite Große Anfrage wiederum nicht an den Innenausschuss überwiesen und übrigens auch nicht an den Umweltausschuss. Ich sage Ihnen, warum das ein Skandal ist.

(Zurufe von der CDU)

Die LINKE will die Atomtransporte beenden und wir wollen erreichen, dass sich Hamburg gegen die Transporte über sein Gebiet und über den Hafen wehrt. Aber darum geht es im Konkreten bei dieser Großen Anfrage gar nicht. In dieser Anfrage geht es ganz wesentlich um die hochsensible Problematik des Schutzes der Bevölkerung vor den Risiken der Atomtransporte, solange es eben diese Transporte gibt. Gerade die Antworten auf diese Fragen sind in unseren Augen wiederum ausweichend, vage und insgesamt völlig unzureichend. Wir wurden im Umweltausschuss auf zukünftige Antworten vertröstet und die stellten sich dann als völlig unzureichend heraus. Und jetzt soll im zuständigen Ausschuss, nämlich dem Innenausschuss, nicht Gelegenheit gegeben werden, die Schutzvorkehrungen der zuständigen Behörde kritisch zu hinterfragen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Wo ist jetzt der Skandal?)

– Ich sagte, das ist ein Skandal, und es ist ein zweifacher Skandal.

Es ist einmal ein Skandal im Hinblick auf die Kontrollfunktion des Parlaments. Der Senat begründet seine restriktive Auskunftspolitik zum Teil – und ich betone hier zum Teil, damit man sich gleich ein paar Argumente schenken kann – damit, dass Auskünfte nicht gegeben werden können, weil sie bei der Veröffentlichung in den Drucksachen dann jedermann zugänglich würden, was nach der Gesetzeslage abzulehnen sei. Doch auch wenn wir das nachvollziehen könnten, gibt es in solchen Fällen doch immer die Möglichkeit, den Ausschuss und damit das Parlament in einer nicht öffentlichen Sitzung zu informieren. Diese Möglichkeit wird verwehrt, weil die Regierungsmehrheit die Überweisung an den Ausschuss verhindert hat. Das ist eine Selbstbeschneidung von Rechten der Legislative.

(Beifall bei der LINKEN – *Wolfgang Beuß CDU:* Unter Selbstbeschneidung verstehe ich etwas anderes!)

Der zweite Skandal ist zu sehen im Hinblick auf die Schutzinteressen der Bevölkerung. Der Rechnungshof – ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, die SPD hat mich darauf aufmerksam gemacht und ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich es nachgelesen habe – rügt die Innenbehörde in seinem Jahresbericht 2009 ausdrücklich, dass sie kein strategisches Gesamtkonzept für den Katastrophenschutz habe, dass kerntechnische und Strahlenunfälle ausschließlich im Jahr 2005 geübt worden seien und dass Katastrophenschutzübungen nicht ausreichend ausgewertet würden. Von insgesamt 15 Übungen in den letzten Jahren wurden genau neun ausgewertet.

(*Uwe Grund SPD:* Hört, hört! – *Dr. Andreas Dressel SPD:* So sind sie!)

Insgesamt scheint, das ist meine Schlussfolgerung, die Innenbehörde schon ein Schutzinteresse zu verfolgen, nämlich den Eigenschutz, sich kritischen Fragen zu entziehen. Das ist im Hinblick auf die Schutzinteressen der Bevölkerung gefährlich und, mit Verlaub, erbärmlich.

Deshalb fordern wir Sie auf, Ihren Beschluss zu revidieren, Sie haben das schon einmal gekonnt, der Überweisung unserer Großen Anfrage an den Innenausschuss zuzustimmen und die Erörterung sicherheitsrelevanter Fragen – meinetwegen in geheimer Sitzung und soweit natürlich gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen – zuzulassen.

Aber welche Antworten gegeben und welche verweigert werden, das sollte schon erörtert werden dürfen, weil nach unserer Auffassung einige Antworten sehr voreilig nicht gegeben wurden. Ich kann Ihnen versichern, dass wir in dieser Frage nicht locker lassen werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Herr Trepoll.

(*Heiko Hecht CDU:* Frau Schneider, wir möchten nur nicht, dass Sie sich an den Zug ketten!)

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Schneider, natürlich gibt es das Frage- und Informationsrecht der Abgeordneten und dazu auch die Antwortpflicht des Senats gemäß Artikel 25 unserer Hamburger Verfassung. Aber es gibt auch Grenzen der Antwortpflicht des Senats, die in Artikel 30 geregelt sind. Das Bundesverfassungsgericht, Sie haben das in Ihrer Anfrage angesprochen, hat sich dazu ebenfalls geäußert. Das Bundesverfassungsgericht sagt, die nähere Grenzziehung bedarf einer Abwägung im Einzelfall, insbesondere, soweit Anfragen oder Auskunftsverlangen Umstände betreffen, die aus Gründen des Wohles des Bundes oder eines Landes geheimhaltungsbedürftig sind. Und ich will einige wenige Sätze aus der Großen Anfrage zitieren, weil man das nicht besser begründen kann:

> "Informationen über zurückliegende Kernbrennstofftransporte sind formal noch als Verschlusssache/Nur für den Dienstgebrauch eingestuft. Die langjährige Praxis der Mitteilung eines Großteils dieser Informationen ist jedoch allgemein akzeptiert. Da sich aus der detaillierten tabellarischen Darstellung der am Transport beteiligten Schiffe und Reedereien, Transportfirmen und vor allem der Transportrouten Rückschlüsse zur Identifizierung zukünftiger Transporte ziehen lassen, können diese Daten nicht veröffentlicht werden. Es besteht vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Sicherheitslage die Gefahr, dass die Daten zur Vorbereitung terroristischer Aktionen missbraucht werden könnten. Dadurch wäre eine Gefährdung des Staatswohls sowohl für das Land Hamburg als auch für die Bundesrepublik Deutschland nicht auszuschließen. Damit sind der Informationspflicht des Senats hier verfassungsmäßige Grenzen gesetzt."

Frau Schneider, auch der Bürgerschaftspräsident hatte sich dieser Sache angenommen und das auf Wunsch des Umweltausschusses noch einmal überprüft. Er gibt dem Senat hier recht und kommt zu dem gleichen Ergebnis.

Ich will auch noch etwas zu Ihrer Äußerung sagen, es sei zu wenig beantwortet worden. Umfangreich wird in der Anfrage – ich will nur einige Stichworte nennen – über Beförderungsbestimmungen, Grenzwerte, Entfernungsvorgaben, Mengenbegrenzungen, unfallsichere Verpackungen, Transportmittel, Gefahrgutrouten, Katastrophenschutzpläne, Genehmigungen, Übungen und Haftungsfragen berichtet. Deshalb kann ich mir nicht erklären, warum Sie unbedingt auch noch die Schiffsnamen wissen müssen und die exakten Transportwege in Hamburg veröffentlichen wollen. Ich halte das für unnötig, ja sogar für gefährlich.

> (Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Meine Damen und Herren! Der Senat hat nicht nur richtig gehandelt, sondern er konnte gar nicht anders entscheiden und wir befürworten dies. – Herzlichen Dank.

> (Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Weggen.

> (*Wolfgang Beuß CDU:* Zu spät, Frau Schaal!)

Jenny Weggen GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Schneider, vom Grundsatz her teilt meine Fraktion selbstverständlich die Kritik an radioaktiven Transporten, die Atomkraftwerken zugehen. Wir wollen diese Transporte auf Hamburger Gebiet ebenfalls nicht und das betrifft vor allem den Transport von Brennelementen für Atomkraftwerke. Wir sehen auch das Gefährdungspotenzial für die Bevölkerung und wir sehen es ebenfalls kritisch, dass die Anzahl dieser Transporte sehr hoch ist und in letzter Zeit zugenommen hat.

Wir haben, wie Frau Schneider eben richtig gesagt hat, im Umweltausschuss bereits sehr ausführlich darüber gesprochen. Wir haben unsere Positionen ausgetauscht und den Senat ausführlich befragt.

> (*Ties Rabe SPD:* Aber!)

Wir sind aufgrund dieser Ausführungen allerdings zu einer anderen Einschätzung gekommen als Sie. Wir finden, dass sehr deutlich geworden ist, dass wir in Hamburg einfach nicht den rechtlichen Spielraum haben, da das Bundesamt für Strahlenschutz die Genehmigungen vergibt und die Routen festlegt. Das wird auf Bundesebene festgelegt und nicht von uns. Deshalb finde ich es problematisch, wenn hier so getan wird, als ob wir einen Handlungsspielraum hätten.

Aus diesem Grund macht eine erneute Befassung des Umweltausschusses in der Form einer weiteren Großen Anfrage nicht wirklich Sinn. Allerdings steht noch infrage, ob wir uns in nicht öffentlicher Sitzung im Umweltausschuss noch einmal mit den Routen beschäftigen können. Der Brief des Präsidenten ist darauf eingegangen, aber jetzt muss der Senat auch noch einmal dazu Stellung nehmen, ob das möglich ist.

Die nächste Sitzung des Umweltausschusses ist am Dienstag der kommenden Woche. Ich denke, dass der Senat uns dann Auskunft geben wird, ob wir das machen können. Das wäre dann eine nicht öffentliche Sitzung; eine Geheimsitzung müssen wir nicht unbedingt abhalten, Frau Schneider. Wir müssen schauen, wie das ausgeht. Falls diese

(Jenny Weggen)

nicht öffentliche Sitzung möglich ist, werden sich dabei auch noch einige der innenpolitischen Fragen, die Sie noch haben, beantworten lassen. Damit werden wir uns vermutlich weiterhin mit dem Thema auseinandersetzen und deswegen ist eine Überweisung der Großen Anfrage an dieser Stelle nicht nötig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Weggen, das hört sich schon ganz anders an. Ich habe noch im Kopf, wie die Ausschusssitzung abgelaufen ist. Wir haben festgestellt, dass bei der Erörterung Ihrer ersten Großen Anfrage, Frau Schneider, schlicht und ergreifend nicht die richtigen Leute da waren. Es waren Leute aus der Behörde für Umwelt, aber nicht aus der Innenbehörde anwesend, die die Sicherheitslage hätten erläutern können. Wir stehen in der Tat vor einem Dilemma. Auf der einen Seite sind wir auch als Abgeordnete allesamt verpflichtet, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen, auch im Hinblick auf die Atomtransporte.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Sie ist als Abgeordnete dafür zuständig, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen? Sie ist doch mit dem Klammerbeutel gepudert, die Dame!)

Dass diese Transporte eine potenzielle Gefahr darstellen, wird hier wohl niemand bestreiten. Auf der anderen Seite müssen wir auch dafür sorgen, dass es nicht zu terroristischen Aktionen kommt. Und diese Gefahr ist bei atomaren Stoffen, wenn auch nicht bei Atombrennstäben, nicht ganz von der Hand zu weisen.

Gerade weil es keine abschließende Beratung der ersten Großen Anfrage gegeben hat, wäre es eigentlich sinnvoll gewesen, nach weiteren Wegen zu suchen, wie man die offenen Fragen in den Ausschüssen, im Umweltausschuss, im Innenausschuss oder gemeinsam hätte beraten können. Es gab immer wieder Situationen, in denen Dinge nicht öffentlich beraten werden konnten.

(*Jörn Frommann CDU:* Wenn Sie dabei sind, ist es öffentlich! – *Kai Voet van Vormizeele CDU:* Sie haben wirklich von nichts eine Ahnung und davon ganz viel!)

Wir haben in den Ausschüssen immer Möglichkeiten gefunden, diese Fragen so zu beraten, dass die Abgeordneten ihrer Aufgabe der Kontrolle gerecht werden konnten, auch ohne dass sicherheitsrelevante Informationen auf den Markt getragen wurden, um es einmal so flapsig zu sagen.

Es ist richtig, dass die Transporte zugenommen haben und 190 Transporte in zwölf Monaten ist schon ungeheuerlich, zumal wir auch wissen, dass die Wiederaufbereitung von Brennstoffen eigentlich seit sieben Jahren nicht mehr gestattet ist. Insofern muss man sich um dieses Thema kümmern. Aber eines ist sicher klar, Frau Weggen. Man muss sich nicht einbilden, mit einem Stopp der Atomtransporte oder durch das Fernhalten der Transporte aus Hamburg verhindern zu können, dass Atomkraftwerke weiterlaufen. Da haben wir sicher andere Baustellen zu beackern, über diesen Weg werden wir das nicht erreichen.

Wir haben dafür gestimmt, dass die Anfrage überwiesen wird. Wenn Sie das nicht tun, finde ich das sehr bedauerlich, weil Sie damit sozusagen auch Ihre eigenen Rechte einschränken. Aber wenn Sie zusichern, dass wir dieses Thema auf anderem Wege noch einmal aufgreifen, ist das ein Angebot. Als weitere Baustelle gibt es auch noch den Katastrophenschutz; Frau Schneider hat bereits darauf hingewiesen. Und was die Beschäftigung des Katastrophenschutzes mit atomaren Transporten oder atomaren Unfällen betrifft, ist das eine Katastrophe. Einmal hat man sich im Jahr 2005 damit beschäftigt. Die Kommunikation hat nicht gestimmt. Das kann tödlich sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/3835, Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 17, Drucksache 19/4171, Unterrichtung durch den Präsidenten: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 27. Mai 2009, "Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg".

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 27. Mai 2009 "Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg" Drs. 19/3177
– Drs 19/4171 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 19/4169, Bericht des Haushaltsausschusses: Sonderinvestiti-

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

onsprogramm "Hamburg 2010", Haushaltsplan 2009/2010,
Äußere Erschließung Verkehrsinfrastruktur HafenCity (Teil 4), Westliche Anbindung der HafenCity.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3192:
Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP)
Haushaltsplan 2009/2010
Äußere Erschließung Verkehrsinfrastruktur HafenCity (Teil 4), Westliche Anbindung der HafenCity (Senatsantrag)
– Drs 19/4169 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mehrheitlich angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist in auch zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 19/4178,
Bericht des Haushaltsausschusses: Planung und Errichtung des "Rathausforums Harburg" als neues Verwaltungszentrum im Bezirk Harburg; Errichtung, Anmietung und Einrichtung des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt sowie des Sozialen Dienstleistungszentrums.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3856:
Planung und Errichtung des "Rathausforums Harburg" als neues Verwaltungszentrum im Bezirk Harburg
Errichtung, Anmietung und Einrichtung des Zentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt sowie des Sozialen Dienstleistungszentrums (Senatsantrag)
– Drs 19/4178 –]**

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 19/4394, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres, Kapitel 8520 – Wasserschutzpolizei-Schule, Titel 8520.511.63, Verpflichtungsermächtigung für den Neuabschluss eines Wartungsvertrages für die Hard- und Software der Radarsimulationsanlage.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3756:
Haushaltsplan 2009/2010
Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres
Kapitel 8520 – Wasserschutzpolizei-Schule, Titel 8520.511.63, Verpflichtungsermächtigung für den Neuabschluss eines Wartungsvertrages für die Hard- und Software der Radarsimulationsanlage (Senatsantrag)
– Drs 19/4394 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen?

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 19/4395,
Bericht des Haushaltsausschusses: Realisierung des "Hauses des Waldes" im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes, hier: Bereitstellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts zugunsten der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hamburg e.V.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3789:
Realisierung des "Hauses des Waldes" im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes
hier: Bereitstellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts zugunsten der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hamburg e.V. (SDW) (Senatsantrag)
– Drs 19/4395 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mehrheitlich so beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist in zweiter Lesung mehrheitlich und damit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 19/4396, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Abschlussbericht zur Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens "Schriftgut Hamburger Archive und Bibliotheken retten – Säurefraß stoppen!", Nachforderung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2010, a) 800 Tsd. Euro bei dem Titel 3660.971.20 "Maßnahmen zum Erhalt säuregefährdeter Bestände in wissenschaftlichen Bibliotheken" und b) 200 Tsd. Euro bei dem Titel 3750.971.01 "Maßnahmen zum Schutz vor Papierzerfall und Säurefraß".

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3857:
Haushaltsplan 2009/2010
Abschlussbericht zur Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens "Schriftgut Hamburger Archive und Bibliotheken retten – Säurefraß stoppen!"
(Drucksache 18/4851 vom 24. August 2006)
Nachforderung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2010
a) 800 Tsd. Euro bei dem Titel 3660.971.20 "Maßnahmen zum Erhalt säuregefährdeter Bestände in wissenschaftlichen Bibliotheken"
b) 200 Tsd. Euro bei dem Titel 3750.971.01 "Maßnahmen zum Schutz vor Papierzerfall und Säurefraß" (Senatsantrag)
– Drs 19/4396 –]

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 19/4397, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung, Kapitel 3410 "Förderung der außeruniversitären Forschung"; hier: 1. Nachforderung von Haushaltsmitteln, Zuweisung an die Max-Planck-Gesellschaft, 2. Planungsänderung mit Mehrkosten, Investitionsmaßnahme PETRA III beim DESY.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3988:
Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft und Forschung, Kapitel 3410 "Förderung der außeruniversitären Forschung"
hier: 1. Nachforderung von Haushaltsmitteln (Zuweisung an die Max-Planck-Gesellschaft – MPG –)
2. Planungsänderung mit Mehrkosten (Investitionsmaßnahme PETRA III beim DESY) (Senatsantrag)
– Drs 19/4397 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe.– E nthaltungen? – Das ist in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 32 a, Drucksache 19/4457, Bericht des Haushaltsausschusses: Bezirkliche Seniorenarbeit und Verstärkung des bezirklichen Sozialraummanagements.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/3584:
Bezirkliche Seniorenarbeit und Verstärkung des bezirklichen Sozialraummanagements (Senatsantrag)
– Drs 19/4457 –]

Die Abgeordnete Frau Domres hat mitgeteilt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 49, Drucksache 19/4398, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bücherhallen Iserbrook und Rissen geöffnet lassen.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bücherhallen Iserbrook und Rissen geöffnet lassen
– Drs 19/4398 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Beschluss mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der Fraktion DIE LINKE annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 54, Drucksache 19/4407, Antrag der GAL-Fraktion: Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken, hier: Ergänzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII.

[Antrag der Fraktion der GAL:
Geschlechtsspezifische Arbeit mit Jungen stärken
hier: Ergänzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII
– Drs 19/4407 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache mitberatend an den Rechts- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4407 an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache 19/4407 an den Rechts- und Gleichstellungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4407 annehmen und das darin aufgeführte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches Kinder- und Jugendhilfe beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 55, Drucksache 19/4420, Neufassung, Antrag der SPD-Fraktion: Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zum "Fall Lara".

[Antrag der Fraktion der SPD:
Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung zum "Fall Lara"
– Drs 19/4420 –]

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Forum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Damit sind wir am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ende: 20.09 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Ole Thorben Buschhüter, Hanna Gienow, Michael Neumann, Jana Schiedek, Stefan Schmitt und Andreas Waldowsky

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 4. November 2009

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
7	3891	Kriminalität im Jugendstrafvollzug – Wie viel Gewalt wird in Jugendhaft verübt und wie wird darauf reagiert?
10	4119	Vergabe von Gutachten und Studien durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG): Der Senat verweigert Auskünfte über Auftragnehmer und setzt Beschlüsse eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht um
11	4166	Partystadt Hamburg und die Nöte der Anwohnerschaft
16	4170	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Juni 2009 „Dokumentation von Personalgesprächen“, Bericht des Eingabenausschusses Drs. 19/3245
18	4184	Reise einer Delegation der Hamburgischen Bürgerschaft nach Busan (Republik Korea „Südkorea“) und Osaka (Japan) vom 1. bis 7. Juni 2009
26	4391	Bericht des Haushaltsausschusses
27	4392	Bericht des Haushaltsausschusses
28	4393	Bericht des Haushaltsausschusses
33	4179	Bericht des Sozial- und Gleichstellungsausschusses
34	4247	Bericht des Umweltausschusses
35	4254	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses
36	4269	Bericht des Wirtschaftsausschusses
37	4366	Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz
38	4400	Bericht des Europaausschusses
39	4421	Bericht des Innenausschusses
40	4422	Bericht des Innenausschusses
41	4423	Bericht des Innenausschusses
42	4206	Bericht des Eingabenausschusses
43	4195	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
13	4207	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 23. April 2009 „Umweltbilanz durch die Einführung der Blauen Tonne in Hamburg“ – Drucksache 19/2761 –	SPD	Umweltausschuss
15	4244	Unterrichtung der Bürgerschaft über den Masterplan Forschung am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf	SPD	Wissenschaftsausschuss
20	4299	Bürgerbeteiligung an der Haushaltplanung fortsetzen: Hamburger Bürger-Dialog für eine grundlegende Neuausrichtung des Haushalts, Drs. 19/2326	SPD	Haushaltsausschuss
21	4300	„Barrierefreies Hamburger Rathaus – Ein Ort für alle“ Drs. 18/7413 und 18/7856	SPD	Sozialausschuss
48	4382	Umbenennung der Justizbehörde in Behörde für Justiz und Gleichstellung	GAL	Rechts- und Gleichstellungsausschuss
53	4406	Gesetz über den Schutz vor genetischen Diskriminierungen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen	CDU	Innenausschuss